

No. 1

1901

## Glossen zum Sternberg-Process.

Von

Richard Calwer.

(Berlin.)

Ist das noch als ein Gerichtsverfahren zu bezeichnen, was sich zwischen dem 30. October und 21. December in Moabit draussen abgespielt hat? Selbst der Staatsanwalt konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich in dem Prozesse Sternberg um den Kampf zweier Parteien handele; bei der Vernehmung der Zeugin Hausmann verriet er diese Auffassung. Nicht um eine kühle und nüchterne Ermittlung eines Verbrechens handelte es sich in dem Prozesse, sondern um eine Action, über deren Motive weder der Staatsanwalt, noch der Vorsitzende sich klar geworden zu sein scheinen. Der Staatsanwalt giebt zwar das Bestehen zweier einander bekämpfenden Parteien zu, aber er zieht daraus für seine Haltung nicht die nötigen Consequenzen. Dadurch gewährte die ganze Beweisaufnahme ein Bild, auf dem Licht und Schatten in einseitigster Weise verteilt waren.

Ganz nebensächlich nur wurde im Laufe der Beweisaufnahme die Entstehungsgeschichte des Processes behandelt. Und doch ist gerade sie geeignet, die unhaltbare Stellung der Staatsanwaltschaft, die in Angriffen auf die Verteidigung wahrhaftig nicht sparsam war, darzuthun. Herr Dr. Romen hat als Zeuge den Grundsatz aufgestellt, dass der Criminalbeamte, der die Ermittlung gegen Sternberg zu führen habe, in jeder Beziehung einwandfrei sein müsse, dass er nicht im mindesten gegen Sternberg voreingenommen sein dürfe. Von diesem Grundsatz aus habe er den Stierstädter geprüft. Herr Dr. Romen fasste seine Prüfung in folgenden Worten zusammen: In den acht Monaten, in denen er mit Herrn Stierstädter zu thun gehabt habe, habe er sich den Mann sehr scharf angesehen und sich oft die Frage vorgelegt, ob bei ihm vielleicht eine Voreingenommenheit vorwalte. Er habe sich in seiner staatsanwaltlichen Thätigkeit immer das nobile officium der Staatsanwaltschaft vor Augen gehalten, auch alle für den Angeklagten sprechenden Entlastungsmomente zu sammeln, und er würde es unbedingt für seine Pflicht gehalten haben, wenn ihm eine Voreingenommenheit oder Animosität bei Stierstädter bemerkbar gewesen wäre, diese nicht zu dulden und ihn ablösen zu lassen. Herr Dr. Romen würde

also gegen die Ermittlungen Stierstädters mindestens von grösstem Misstrauen erfüllt worden sein, wenn er sich von dem Bestehen einer Vereingommenheit Stierstädters gegen Sternberg überzeugt hätte. Man darf wohl annehmen, dass auch Staatsanwalt Braut die Anschauung seines früheren Collegen teilt.

Nun hat die Beweisaufnahme genügende Anhaltspuncte ergeben, auf Grund deren angenommen werden muss, dass Stierstädter nicht nur voreingenommen gegen Sternberg war, sondern ihn hasste. Es ist durch Collegen Stierstädters bekundet worden, dass Stierstädter wiederholt erzählt habe, Sternbergs Vater habe seine Verwandten ruiniert und dadurch sein Geld zusammengeschart. Stierstädter entgegnet zwar, dass er sich im Namen getäuscht habe, nicht Sternberg, sondern ein gewisser Strauss sei Schuld an dem Verderben seiner Verwandten. Aber dieser Einwand besagt nichts. Denn Stierstädter selbst hielt eben bis jetzt an der irrigen Meinung fest, dass Sternberg jener Uebelthäter sei. Als ein Ausfluss dieser seiner hasserfüllten Gesinnung gegen Sternberg sind auch die festgestellten Aeusserungen zu betrachten, dass Sternberg ins Zuchthaus müsse, und wenn er — Stierstädter — ihn Jahr und Tag lang zu observieren hätte.

Nach Dr. Romen war also der Zeuge Stierstädter der ungeeignetste Beamte, Ermittlungen gegen Sternberg anzustellen; denn er war ein persönlicher Feind Sternbergs. Schon diese eine Feststellung hätte die Staatsanwaltschaft, aber erst recht den Vorsitzenden des Gerichtshofes, veranlassen sollen, Stierstädters Aussagen mit grosser Reserve gegenüberzutreten und sein amtliches Thun in der Sternberg-Sache kritisch zu betrachten. Denn es wird bedenklich, wenn ein persönlicher Feind Sternbergs, der zufällig Criminalschutzmann ist, gegen diesen einen Strafprocess anhängig machen kann. Stierstädter giebt ja in seiner Vernehmung selbst zu, und Dr. Romen bezeugt es ihm noch ausdrücklich, dass er den Stein ins Rollen gebracht habe. Er führt aus: Bei der Polizei sei die Notwendigkeit erkannt worden, ein wachsames Auge auf die sogenannten Masseusen zu richten. Es war zweifellos, dass viele dieser Personen ihr Gewerbe in der schamlosesten Weise zur Kuppelerei benutzen. Da die Masseuse Grete Fischer in der Alexandrinenstrasse Assistentinnen im Alter von 14 Jahren verlangte, wurde auch sie observiert. Der Zeuge hat dann tagelang mehrere Stunden die Fischersche Wohnung beobachtet und sich an einzelne Mädchen herangemacht, um sie auszuhorchen. Es ist äusserst bedauerlich, dass weder der Vorsitzende, noch der Staatsanwalt Herr Stierstädter darüber ausfragten, unter welchen Umständen er auf die berüchtigte Annonce aufmerksam geworden ist, wie er gerade sich die Masseuse Fischer zur Observierung ausersehen hat. Es ist aber namentlich ganz rätselhaft, dass man Stierstädter die Bemerkung so ohne weiteres hingehen liess, die für die Beurteilung der ganzen Sternbergsache so ungemein wichtig ist. Er sagte ohne weiteren Commentar: es habe sich schliesslich die Notwendigkeit ergeben, die Frieda Woyda auf der Criminalpolizei zu vernehmen. Wodurch ergab sich denn diese Notwendigkeit? Durch seine observierende Thätigkeit wurde er auf die Woyda nicht hingelenkt. Die Notwendigkeit ergab sich vielmehr, wie nachträglich festgestellt wurde, auf Grund eines anonymen Briefes. Diesen Brief hat

Stierstädter aber, wie er einräumt, vernichtet. Wie wir weiter aus der Beweisaufnahme entnehmen, war die Briefschreiberin die Zeugin Fräulein Pfeffer, der zu Gefallen Stierstädter den Brief vernichtet hat.

Hier tritt zum ersten Male Fräulein Pfeffer in Action, und wir müssen eine Abschweifung machen, ehe wir Herrn Stierstädters Ermittlungen gegen Sternberg weiter verfolgen. Auch Fräulein Pfeffer lebt der Ueberzeugung, dass ihre Existenz durch Sternberg vernichtet worden ist. Die Scenen bei ihrer ersten Vernehmung charakterisieren ihre Gefühle gegen Sternberg unwiderleglich als die der Erbitterung. Welche Motive bewegten nun Fräulein Pfeffer, den Criminalschutzmann Stierstädter in einem anonymen Briefe auf die Woyda als eines der Mädchen hinzuweisen, die bei der Grete Fischer verkehrten? Aus welchem Grunde wandte sie sich überhaupt an Stierstädter? Woher wusste sie, dass dieser gerade die Grete Fischer observierte? Warum wandte sie sich an Stierstädter persönlich? Es steht fest, dass Stierstädter und Fräulein Pfeffer in sehr intimen gesellschaftlichen Beziehungen standen, wenigstens nimmt die Frau Stierstädter von Fräulein Pfeffer Geschenke an. Wie weit diese Beziehungen zurückreichen, wurde in der Beweisaufnahme nicht festzustellen versucht. Ist nun in dem vernichteten Briefe nur ein Hinweis auf die Woyda gegeben gewesen oder auch ein solcher auf Sternberg? Die Beantwortung dieser Frage würde in die Motive der ganzen Sternberg-Action helles Licht werfen.

Doch der Brief ist und bleibt vernichtet. Jedenfalls ergab sich aus ihm erst für Stierstädter die Notwendigkeit, die Woyda auf dem Polizeipräsidium zu vernehmen. Die Woyda — so lässt sich weiter Stierstädter aus — räumte ein, unsittlich berührt worden zu sein, und aus der oberflächlichen Beschreibung des Thäters habe dann der Criminalcommissar von Tresckow auf Sternberg geschlossen, dessen Verhaftung dann sofort durch Stierstädter selbst erfolgte. Wenn wir nur wüssten, was in dem Briefe von Fräulein Pfeffer gestanden hat, dann wären wir wegen der raschen Enträtselung des Thäters aus seiner oberflächlichen Beschreibung durch die Woyda sofort im klaren. War nämlich, was nahe liegt, in dem anonymen Brief ein Hinweis auf Sternberg enthalten, so kannte ja Stierstädter den Thäter schon vor der polizeilichen Vernehmung der Woyda. Dann ist allerdings der bemerkenswerthe sichere Schluss des Herrn von Tresckow weniger auffallend. Dass Fräulein Pfeffer zur Zeit der Vernehmung der Woyda auch gerade auf dem Polizeipräsidium war, sei als Merkwürdigkeit beigelegt.

Stierstädter und Fräulein Pfeffer, zwei persönliche Feinde des Sternberg, finden sich also zusammen und vermögen die Staatsanwaltschaft gegen Sternberg mobil zu machen; aber nicht nur die Staatsanwaltschaft, sondern auch die Presse. Und dieser Umstand spricht besonders für das Gefühl, mit dem Stierstädter Sternberg verfolgt. Als Criminalschutzmann hatte er nicht den mindesten Anlass, in der Presse gegen Sternberg zu arbeiten, wohl aber lag ihm dies als persönlichem Feind Sternbergs nahe. Er bemüht sich ganz besonders, dass der Name Sternbergs so frühzeitig wie möglich in Verbindung mit seinem verbrecherischen Treiben öffentlich genannt wird. Auch diese seine Beziehungen zur Presse giebt Stierstädter zu.

Trotz dieser persönlichen Voreingenommenheit Stierstädters gegen Sternberg, trotz seiner Beziehungen zu Fräulein Pfeffer, trotz der Vernichtung eines sehr wichtigen Beweismittels, trotz seiner journalistischen Thätigkeit gegen Sternberg ist aber noch kein Grund vorhanden, Stierstädters Angaben als unzuverlässig oder als unglaubwürdig abzuthun, wohl aber ist ihnen mit der grössten Reserve zu begegnen. Jedenfalls wird man es ihm bei einer solchen Gesinnung gegen Sternberg nicht, wie Dr. Romen es that, als Verdienst anrechnen dürfen, dass er nicht zur Sternberg-Partei, wie etwa Thiel, übergegangen ist. Nein, die Seele der Action gegen Sternberg ist über eine solche Versuchung mehr als erhaben.

Nun hat aber die Beweisaufnahme doch noch andere Handlungen des Criminalschutzmanns ergeben, die weit bedenklicher sind, als alles Bisherige. Stierstädter selbst legte in dieser Beziehung ein Geständnis ab. Der Vorsitzende glaubte ihm dies hoch anrechnen zu müssen, aber bei Licht betrachtet kam er eben durch sein Geständnis nur der Enthüllung seiner Handlungen durch die Verteidigung zuvor. Stierstädter hat mit weiblichen Personen, von denen er neues Belastungsmaterial erhalten wollte und auch erhielt, geschlechtlichen Umgang gepflogen. Zunächst hat er dies mit der Zeugin Hausmann gethan, deren Charakter als Kupplerin unzweifelhaft feststeht. Gegen die Hausmann schwebte und schwebt noch ein Verfahren wegen Kuppelei. Es ist nicht festgestellt, ob dieses Verfahren schon zur Zeit im Gange war, da Stierstädter in der Sternberg-sache die Hausmann besuchte. Es ist auch nicht aufgeklärt, auf welche Weise Stierstädter zur Hausmann kam, ob auf eigene Initiative, ob im Auftrag, ob auf einen Wink von dritter Seite. Es steht aber sicherlich fest, dass Stierstädter in amtlicher Eigenschaft die Hausmann aufsuchte, sie vernahm und nach einigen Stunden oder nach einem Tage wieder bei ihr erschien, um mit ihr geschlechtlich zu verkehren. Ich bin der letzte, von einem Criminalschutzmann Uebermenschliches zu verlangen; ich würde sogar Stierstädter noch entschuldigen können, wenn er im Laufe der Vernehmung selbst sich vergessen hätte. Aber so liegt die Sache nicht. Nach der Vernehmung entfernte er sich, zwischen dieser und seinem Wiederkommen liegen Stunden oder gar ein Tag, in denen er sich die Tragweite seiner Handlungsweise überlegen konnte und sicherlich auch überlegt hat. Nicht augenblickliche Leidenschaft hat ihn übermannt, sondern er ist einem bestimmten Motive gefolgt, als er sich aufmachte, um mit der Hausmann in intimen Verkehr zu treten. Nun bildet für die Berliner Kupplerin der Criminalschutzmann notorisch eine sehr mächtige Persönlichkeit: von ihm hängt es in hohem Grade ab, ob sie ihr Gewerbe ungestraft betreiben kann oder ob sie eines schönen Tages ins Zuchthaus wandert. Jeder Criminalschutzmann kennt diese seine Macht. Wenn nun ein solcher Beamter nachmittags in seiner Eigenschaft als Criminalschutzmann erscheint, um in irgend einer Sache gegen eine Kupplerin thätig zu sein, und die Fortsetzung der Vernehmung bildet ein Besuch des Schutzmannes bei ihr als Kunde — so ergiebt sich, ganz abgesehen von der Beurteilung dieser Handlungsweise selbst, dass die aus solchen Beziehungen erhaltenen Angaben gegen Sternberg das äusserste Bedenken erregen müssen. Der Vorsitzende verhinderte die Verteidigung, gerade nach dieser Richtung hin den Sach-

verhalt weiter aufzuklären. Er wie der Staatsanwalt sprachen immer nur von einer sittlichen Verfehlung des Stierstädter, die Zeugin Hausmann verweigerte auch nähere Angaben über diesen Verkehr, indem man Rücksichtnahme auf die Frau Stierstädters vorschützte. Mit dem Eingeständnis Stierstädters sind aber doch diese Dinge keineswegs abgethan. Man ist doch sonst im Verlaufe des Processes nicht gerade mit der Aufklärungsarbeit über Begünstigungs- und Bestechungsversuche sparsam gewesen. Wenn aber irgendwo Bestechung und Begünstigung vorliegt, so war es doch in diesem Falle! Stierstädter ist dringend verdächtig, durch seine intimen Beziehungen mit der Kupplerin Hausmann diese sich gefügig gemacht zu haben. Selbst wenn er aber das Bewusstsein von der Wirkung seines Vorgehens nicht gehabt hat, so ist darum diese Wirkung auf die Hausmann doch vorhanden gewesen. Die Hausmann aber hatte noch den besonderen Vorteil aus diesem Verkehr: sie fühlte sich in ihrem Kuppelergewerbe durch Stierstädters Beziehungen zu ihr geschützt. Warum sollte sie nicht auch für ihn selbst unaufgefordert thätig sein? Nun mag ja die von Stierstädter begangene Bestechung strafrechtlich anders liegen, wie diejenigen auf seiten der Sternberg-Partei; aber so viel ist sicher, die Stierstädterschen Bestechungen waren wirksamer und zugleich moralisch noch schmutziger, als diejenigen der Sternbergianer. Indessen, auch strafrechtlich scheint mir die Handlungsweise des Criminalschutzmanns Stierstädter recht bedenklich zu sein. Nach § 346 des Strafgesetzbuchs wird ein Beamter, welcher vermöge seines Amtes bei Ausübung der Strafgewalt mitzuwirken hat, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft, wenn er in der Absicht, jemand der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterlässt. Nun kommt es wohl vor, dass die Polizei die Kupplerinnen in Berlin bis zu einem gewissen Grade duldet, aber dass ein Criminalbeamter so weit gehen durfte, im Hause einer ihm als Kupplerin bekannten Person selbst Unzucht zu treiben, sie nicht nur einmal, sondern wiederholt zu diesem Zwecke zu besuchen, ohne auch nur den Versuch zu machen, gegen diese Person, die den amtlichen Charakter ihres Besuchers kennt, einzuschreiten, das ist eine solch unerhörte Gesetzwidrigkeit, dass der gegenüber Thiels Vergehen noch begrifflich erscheint.

Nun vergleiche man mit den Vergehungen und der Handlungsweise Stierstädters die Beurteilung dieses Beamten durch den Staatsanwalt und durch den Vorsitzenden des Gerichtshofs. Nach dem Staatsanwalt steigt der angegriffene Stierstädter wie ein „Phönix“ jedesmal aus der Asche empor, und auf den Vorsitzenden haben Stierstädters Aussagen einen günstigen Eindruck gemacht.

Stierstädter, Pfeffer und Hausmann, zwei persönliche Feinde des Sternberg und eine Kupplerin — das sind die drei Stützen, auf denen das Anklagegebäude ruht. Stierstädter aber in seiner Eigenschaft als Criminalschutzmann hat es vermocht, die Staatsanwaltschaft gegen Sternberg mobil zu machen. Ich gestehe nun offen, dass ich nicht den Mut hätte, auf einen solchen Dreißbund hin mit der Sicherheit und mit der moralischen Ueberlegenheit dem Angeklagten und der Verteidigung gegenüber aufzutreten, wie es seitens des Staatsanwaltes Braut geschehen ist. Nach

der Beleuchtung des Stierstädter durch die Beweisaufnahme sind die Actionen der Sternberg-Partei zwar um kein Haar weniger schlecht, aber bei weitem verständlicher. Und wenn ein Staatsanwalt mit der nämlich rücksichtslosen Weise die Stierstädter-Partei beleuchtet hätte, wie es der Sternberg-Partei geschehen ist, so stände die Art, wie die Anklage zu stande gekommen ist, nicht weniger discreditiert da, als nunmehr die Verteidigung.

Dass der Staatsanwaltschaft so wenig wie dem Vorsitzenden die bedenkliche Seite des Anklagematerials bis zum Schluss der Beweisaufnahme zur Erkenntnis gekommen ist, hat eine ganze Reihe von Gründen. Einer der gewichtigen ist aber zweifellos ein weitgehender Mangel psychologischen Verständnisses für das Milieu, in dem sich der Process abspielt. Um diese Behauptung an einem Beispiel zu zeigen, sei der Beweisaufnahme ein Abschnitt entnommen, der geradezu classisch zu nennen ist. Es handelt sich um die Vernehmung der Zeugin Ehlert, auf die der Staatsanwalt anscheinend zuerst grosse Stücke hielt. Die Ehlert wollte sich erst nicht bequemen, Sternberg zu belasten. Da wendet sich der Staatsanwalt endlich mit dem Aufgebot seines ganzen amtlichen Ernstes an das Mädchen, und nun spielt sich nach den Berichten folgender Dialog ab:

*Staatsanwalt:* Ist es nun wirklich wahr, was Sie hier heute behaupten, dass Sie Sternberg nicht wiedererkennen? *Zeugin* schlägt die Augen nieder und beginnt zu weinen.  
*Staatsanwalt:* Na, heraus mit der Sprache! *Zeugin* schweigt und scheint sich zu besinnen.  
*Staatsanwalt:* Ich frage Sie noch einmal. Sie werden vor Gott dem Allmächtigen zu schwören haben! Gehen Sie doch in Ihr Gewissen hinein! Ist Sternberg der Mann gewesen?  
*Zeugin* weint. *Staatsanwalt:* Na, Ehlert, besinnen Sie sich! *Zeugin:* Ja, er ist es gewesen! (Bewegung.)

Einige Minuten später äussert sich der Vorsitzende zu der Angeklagten Wender: „Sie haben doch nun gehört, wie es dem Staatsanwalt gelungen ist, nach und nach die Zeugin Ehlert zur Wahrheit zu bringen, und wie diese mit einer gewissen elementaren Gewalt durchgedrungen ist.“ Sowohl der Staatsanwalt als auch der Vorsitzende sind felsenfest in diesem Moment der Ueberzeugung gewesen, dass die Ehlert die reine Wahrheit gesagt habe. Aus dieser Ueberzeugung heraus ist allein auch die gereizte Zurückweisung eines Zwischenrufes des Angeklagten zu verstehen. Dass Vorsitzender und Staatsanwalt in dieser Weise auf die Aussagen der Ehlert als die reine Wahrheit bauen konnten, zeigt, wie es ihnen unmöglich wird, die in diesem Process auftretenden Zeugen auf ihre Glaubwürdigkeit hin zu beurteilen. Die Ehlert selbst hat den Gerichtshof und den Staatsanwalt belehrt, wie verkehrt ihr Glauben auf die Aussage der Zeugin war: sie hat alle ihre Aussagen ebenso bestimmt widerrufen, wie sie dieselben unter dem Druck der elementaren Gewalt der Wahrheit gemacht hatte. Das nämliche Mädchen, dessen Geistesschwäche nach einigen Excessen festgestellt werden musste, sollte eine Hauptbelastungszeugin gegen Sternberg werden! Wenn solche Möglichkeiten hart an die Wirklichkeit streifen, dann darf man kecklich behaupten: es fehlte dem Staatsanwalt und dem Gerichtsvorsitzenden das nötige Verständnis für die Charaktereigenschaften dieser armen Mädchen. Prostituierte sind ihrem ganzen Wesen nach überwiegend nicht in der Lage, objectiv die Wahrheit zu sagen. Sie sind darum keine Lügnerinnen, auch keine Meineidige.

sondern infolge ihres ganzen Gewerbes, infolge ihres Mangels an innerer Festigkeit und des starken Ueberflusses an Phantasie und oft auch an sinnlichem, lebhaftem Empfinden einfach unfähig, richtig zu erkennen, richtig zu erfassen, richtig sich zu erinnern. Es ist sehr erfreulich, dass am Schlusse der Beweisaufnahme die medicinischen Sachverständigen einstimmig dieser Anschauung bezüglich der Woyda Ausdruck gegeben haben. Der berühmte Syphilidologe Professor Tarnowsky in Petersburg sagt aus seiner langjährigen Erfahrung heraus über diese Seite der Prostituierten, die er überwiegend als kranke Geschöpfe behandelt wissen möchte, folgendes: „Lügenhaftigkeit, nicht nur in der Ausübung ihres Gewerbes, sondern auch in allen weiteren Sachen, häufig sogar eine jeder Ursache entbehrende, eine krankhafte Verlogenheit, ist ein Grundfehler, der den meisten Prostituierten zu eigen ist. Schon die Römer schenkten in Anbetracht der Lügenhaftigkeit der Prostituierten sowohl ihrem Eid, als gerichtlichen Zeugnisaussagen nicht den geringsten Glauben. Alle modernen Forscher der Prostitution, von Parent-Duchatelet angefangen, wurden stets auf die ungewöhnliche Lügenhaftigkeit der Weiber aufmerksam, die die Unzucht gewerbmässig betreiben. Ich will nicht von der Menge hartnäckige: unverschämter und eigentlich ganz unnötiger Lügen reden, die ich als Arzt von Prostituierten aller Stände auzuhören bekam . . . . Aber die Prostituierten lügen häufig grundlos, aus reinem Vergnügen daran.“

Wenn dieses Urteil nach seiner Fassung hart klingt, so ist doch die Thatsache richtig, dass ein unbedingter Verlass auf die Aussage eines solchen Mädchens nicht sein kann. Kommt dazu aber noch die Rücksicht oder der Hass auf irgend eine Kupplerin, auf einen Criminalbeamten oder auf eine sonstige Person, was indessen sehr schwer zu ermitteln ist, (und trotz aller vorübergehenden Verhaftungen, mit denen ja Staatsanwalt Braut nicht gekargt hat, nicht aus der Welt geschafft wird!), so darf man noch weniger auf die Feststellung der Wahrheit hoffen. Das hätten Staatsanwalt und Vorsitzender sich sagen müssen, dann wären eine ganze Reihe Zwischenfälle und unliebsame Vorkommnisse vermieden worden.

\* \* \*

Ist uns, auch die Person Sternbergs selbst vollkommen gleichgiltig, so doch nicht die Frage, ob ein Angeklagter, mag er sein, wer er wolle, auf Grund eines anfechtbaren Beweismaterials hin verurteilt wird. Dass Sternberg zu verurteilen ist, wenn er das ihm gezielte Verbrechen begangen hat, darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber dass er verurteilt werden soll, weil er ein vielfacher Millionär, weil er seiner Abstammung nach ein Jude, weil er ein ungetreuer Ehemann, weil er ein Lebemann, meinetwegen ein Wüstling ist, dagegen muss allen Ernstes protestiert werden. Doch diese Seite des Processes ist nebensächlich im Vergleich zu den Missständen, die sich auf dem Gebiete der Strafrechtspflege anlässlich dieses Processes ergeben haben. Solche entstehen notwendigerweise aus der eigenartigen Stellung der Staatsanwaltschaft als einer privilegierten öffentlichen Anklagebehörde, der gegenüber nicht nur die Verteidigung, sondern auch die Processleitung sich als inferior erweist. Ein Staatsanwalt ist in der Lage — und dass er es ist, beweist uns der Sternberg-Process —, ein Strafverfahren incl. der Hauptverhandlung selbst in einem Masse nach seiner

vorgefassten Meinung zu beeinflussen, dass der Angeklagte, die Verteidigung und Richter in der für sie unbedingt erforderlichen Unabhängigkeit geschmälert sind. Staatsanwalt Braut hat den Process Sternberg von seinem Standpunkte aus musterhaft geführt; er hat mit allen ihm gesetzlich zustehenden Befugnissen gearbeitet und den Angeklagten, seine Verteidigung und die ganze Sternberg-Partei erst moralisch auf das höchste discreditiert und dadurch ein Schuldig nicht unwirksam vorbereitet. Aber hat der Staatsanwalt diesen Erfolg nicht etwa nur auf Grund seiner bevorrechteten Stellung als öffentlicher Ankläger erreicht, die es ihm allein gestattete, seiner persönlichen Auffassung von der Schuld des Sternberg Geltung zu verschaffen? Gegen die Ueberlegenheit der Staatsanwaltschaft wäre vielleicht dann nichts einzuwenden, wenn man die Gewissheit haben könnte, dass diese Behörde nie missbraucht und von ihren Befugnissen nur ein ganz einwandfreier Gebrauch gemacht würde. Dass man aber diese Gewissheit nicht haben kann, zeigt die Entstehungsgeschichte des in Frage stehenden Processes unzweideutig.

Und nun noch ein Wort über die Beurteilung des Processes in der Oeffentlichkeit. Verbrechen, wie sie Sternberg vorgeworfen werden, sind nicht gar so selten; sie sind um so schlimmer, je unschuldiger noch die Mädchen sind, an denen das Verbrechen vorgenommen wird. Aber selbst dort, wo es sich um vorher gänzlich einwandfreie Mädchen handelt; ist in einem derartigen Process äusserste Vorsicht geboten; erst recht, wenn es sich um Mädchen handelt, deren sittliche Verkommenheit festzustehen scheint. Nichtsdestoweniger halten wir beim Nachweis eines solchen Verbrechens die strengste Strafe für durchaus am Platze. Aber man gehe doch mit der ins Kraut schiessenden Entrüstung über den „Wüstling Sternberg“ etwas sparsamer um, man reisse sich von dem Wahne los, als ob die jüdische Abkunft und die Millionen des Angeklagten mit dem in Frage stehenden Verbrechen etwas zu thun hätten. Verbrechen, wie sie Sternberg vorgehalten werden, kommen in allen Bevölkerungsschichten vor, nur dass sie verschiedene Formen annehmen. Sie sind am verheerendsten, wenn sie in geschlossenen Anstalten durch Personen, die Elternstelle zu vertreten haben, verübt werden. Jedenfalls aber ist eine parteipolitische Ausnutzung solcher Fälle nicht am Platze.

## Weltordnung und Sittlichkeit.

Von

Maurice Maeterlinck.

(Paris.)

Wir sagen, die Natur wüsste nichts von unserer Moral, und wenn unsere Moral uns geböte, unsern Nächsten zu töten und ihm möglichst viel Böses zu thun, so würde sie uns darin unterstützen, wie sie uns jetzt hilft, ihm beizustehen und ihn so glücklich zu machen, wie wir können; es würde oft scheinen, als belohnte sie uns für das Böse, das wir ihm angethan haben, wie es jetzt oft scheint, als belohnte sie uns dafür, dass wir ihn gerettet haben. Ist aber darum schon die Schlussfolgerung erlaubt, dass die Natur keine Moral hat — das Wort Moral im beschränktesten Sinne gefasst, den es haben kann,



d. h. als logische und unbeugsame Unterordnung der Mittel zur Verrichtung einer allgemeinen Aufgabe? Man darf diese Frage nicht zu vorschnell lösen wollen. Wir kennen das Ziel der Natur durchaus nicht, und wenn sie ein solches hat, so kennen wir den Grad ihres Bewusstseins nicht und wissen überhaupt nicht, ob sie eines hat. Alles, was wir feststellen können, ist nicht, ob und was sie denkt, sondern, was sie thut und wie sie es thut. Und wir werden alsdann inne, dass zwischen unserer Moral und ihrer Art, zu handeln, derselbe Widerspruch besteht, wie zwischen unserm Instinct, den wir von ihr haben, und unserm Bewusstsein, das wir im letzten Grunde auch von ihr haben, doch haben wir es uns selbst gebildet und im Dienste der höchsten menschlichen Moral den Wünschen unseres Instinctes immer entschlossener entgegen gesetzt. Wenn wir nur diesem Gehör gäben, so würden wir genau so handeln, wie die Natur, die in den unentschuldigsten Kriegen, den offenkundigsten Acten der Barbarei und der Rechtsschändung immer dem Stärksten Recht giebt und anscheinend nur auf den Triumph des Unbedenklichsten und Bestbewaffneten ausgeht. Wir würden auf nichts, als auf unsere Macht, bedacht sein und auf Rechte und Leiden, auf Unschuld und Schönheit, auf moralische oder intellectuelle Ueberlegenheit unserer Opfer keine Rücksicht nehmen. Aber warum hat sie uns denn ein Gewissen gegeben, das uns dies verbietet, und ein Gerechtigkeitsgefühl, das uns verhindert, dasselbe zu wollen, wie sie? Haben wir es uns selbst gegeben? Können wir etwas, das in der Natur nicht vorhanden ist, aus uns selbst entwickeln, und können wir eine Kraft, die sich gegen ihre Kraft auflehnt, in so ungewöhnlichem Masse steigern? Und wenn wir dies können, erlaubt die Natur es ohne Grund, dass wir es können? Warum in uns, und nirgends wo anders, diese beiden vereinbaren Tendenzen, die abwechselnd die Oberhand gewinnen, aber nie aufhören, in der Menschenbrust zu kämpfen? Wäre die eine vielleicht zu gefährlich ohne die andere? Würde sie vielleicht über das Ziel hinausschiessen, und würde der Willen zur Macht ohne das Gerechtigkeitsgefühl vielleicht zur Vernichtung führen, ebenso wie das Gerechtigkeitsgefühl ohne den Willen zur Macht die tote Unbeweglichkeit zur Folge haben könnte? Aber welche von beiden Tendenzen ist die natürlichere und notwendigere, welche ist die engste, und welche ist die weiteste, welche ist zeitlich, und welche ist ewig? Wer wird uns sagen, welche wir bekämpfen müssen, und welche wir ermutigen sollen? Sollen wir uns nach einem unstreitig allgemeineren Gesetze richten oder ein augenscheinliches Ausnahmegesetz in unserm Busen bestärken? Giebt es Verhältnisse, unter denen wir das Recht haben, auf das unbestreitbare Ideal des Lebens zuzusteuern? Ist es unsere Pflicht, der Moral der Art oder Rasse zu folgen, die unabweislich scheint und einen Teil der dunklen und unbekanntenen Absichten der Natur sichtbar darstellt? Oder ist es vielmehr unerlässlich, in sich eine individuelle Moral zu entwickeln, die von derjenigen der Art abweicht?

Alles in allem ist dies die — wissenschaftlich vielleicht unlösbare — Frage, auf welcher die Entwicklungsethik beruht, noch einmal, nur in anderer Form. Die Entwicklungsethik geht, ohne dass sie dies auszusprechen wagt, von der Gerechtigkeit der Natur aus, die jedes Individuum die guten oder schlimmen Folgen seiner eigenen Natur und seiner eigenen Handlungen tragen lässt. Und andererseits ist sie gezwungen, die von ihr nur mit innerem Wider-

streben so genannte Gleichgiltigkeit oder Ungerechtigkeit der Natur zu beschwören, wenn sie gewisse, an sich ungerechte, aber dem Wachstum der Art förderliche Handlungen rechtfertigen muss. Es handelt sich also um zwei unbekannte Ziele — das der Natur und das der Menschheit — Ziele, die sich in unserem Geiste nicht vereinen lassen. Im Grunde bilden alle diese Fragen nur eine, und sie ist für uns die ernsteste in der gegenwärtigen Moral. Es gewinnt gerade jetzt den Anschein, als erlangte die Art ein vielleicht vorzeitiges und verhängnisvolles Bewusstsein — nicht ihrer Rechte, denn das Problem ist noch in der Schwebelage, wohl aber gewisser aussermoralischer Eigenschaften der Geschichte.

Dieses beunruhigende Bewusstsein scheint sich auch in unserm individuellen Leben allmählich bemerkbar zu machen. Zweimal haben wir im Laufe eines Jahres, oder doch fast eines Jahres, die Frage auftauchen und an Umfang gewinnen sehen, einmal bei Gelegenheit der Vertreibung der Spanier aus America (wenn sie hier auch nicht ganz klar lag, denn Spanien hat schon zu lange Schuld auf Schuld gehäuft, und das Problem ist hier also verschoben worden) das andere Mal, als ein Unschuldiger den angeblichen Interessen des Vaterlandes geopfert wurde. Die Sache ist freilich nicht neu. Der Mensch hat stets versucht, sein Unrecht zu rechtfertigen, und wenn die menschliche Gerechtigkeit ihm keinen Vorwand und keine Entschuldigung bot, so beschwor er den Willen der Götter als oberstes Gesetz über sein eigenes Recht und Unrecht. Aber die heute gebrauchten Ausreden oder Entschuldigungen bedrohen unsere Moral weit gefährlicher; vorausgesetzt, dass ein Naturgesetz oder eine Eigenschaft der Natur beschworen wird, die wirklicher, unanfechtbarer und allgemeiner ist, als der Willen eines vergänglichlichen Volksgottes.

Soll die Kraft oder die Gerechtigkeit den Sieg erringen, oder wohnt der Kraft eine unbekannte Gerechtigkeit inne, in der unsere menschliche Gerechtigkeit aufgehen kann, oder endlich ist unser Gerechtigkeitsgefühl, das der blinden Kraft zu widerstehen scheint, im Grunde genommen doch nur ein letzter Ausfluss dieser Kraft, geht es auf dasselbe Ziel aus, und sehen wir nur nicht, dass es in ihr seinen Ursprung hat? Um hierauf zu antworten, müsste man selbst nicht ein Teil dieses Mysteriums sein, das aufgeklärt werden soll. Man müsste es aus einer höheren Welt betrachten können, man müsste das Weltenziel und die Geschehnisse der Menschheit kennen. Inzwischen geben wir dadurch, dass wir der Natur recht geben, dem Gerechtigkeitsinstinct, den sie in uns gelegt hat und der darum folglich auch zur Natur gehört, jedenfalls unrecht; und wenn wir diesen Instinct bejahen, so müssen wir diese Bejahung aus dem in Frage stehenden Gegenstand schöpfen.

Das ist nicht zu leugnen, aber ebenso wahr ist es, dass der Mensch von altersher die Angewohnheit hat und sich vergeblich müht, die Welt in einen abstracten Begriff einzukerkern. Es ist sehr gefahrvoll, im Unbekannten und Unerkennbaren mit einer scheinbaren Logik zu operieren, und hier scheinen unsere Bedenken sogar aus einer nicht minder gewagten Abstraction herzuführen. Wir sagen uns oft mit lauter Stimme, noch öfter mit leiser, dass wir Kinder der Natur sind und uns folglich nach ihren Gesetzen zu richten, ihrem Vorbild in allen Dingen nachzueifern haben. Nun aber kümmert sich die Natur nicht im mindesten um Gerechtigkeit; sie hat ein ganz anderes Ziel, nämlich die Erhaltung,

die unaufhörliche Erneuerung und das Wachstum des Lebens, folglich . . . Wir sprechen diese Folgerung noch nicht aus, oder wenigstens wagt sie sich in unserer Moral noch nicht öffentlich zu zeigen; aber wenn sie bis auf diesen Tag nur geringe Störungen in dem kleinen Kreise unserer Familie, unserer Verwandten, Freunde und unmittelbaren Nächsten hervorgerufen hat, so beginnt sie nachgerade auf das ungeheure, trostlose Gebiet überzuschlagen, auf das wir unsere unbekanntenen, unsichtbaren, namenlosen Nächsten verweisen. Sie liegt schon vielen Handlungen zu Grunde, sie bemächtigt sich unserer Politik, unserer Industrie, unseres Handels und fast alles dessen, was wir thun, sobald wir den engen Umkreis des häuslichen Herdes verlassen, der für die meisten Menschen der einzige Ort ist, wo noch ein bisschen wahre Gerechtigkeit, ein wenig Wohlwollen und Liebe herrscht. Sociale Gesetze, wirtschaftliche Gesetze, Entwicklung, Auslese, Kampf ums Dasein, Concurrenz — sie nimmt tausend Formen an, um Böses zu thun. Und doch ist nichts berechtigter, als diese Folgerung, denn ohne dass man die obige Schlussfolgerung umzudrehen brauchte, was auch sehr seinen Sinn hätte, und zu sagen, dass in der Natur eine gewisse Gerechtigkeit herrschen muss, da wir, ihre Kinder, gerecht sind, so genügt es doch, sie so zu nehmen, wie sie ist, und darauf hinzuweisen, dass nichts geheimnisvoller und anfechtbarer ist, als zum mindesten eine der beiden Voraussetzungen. Wir haben weiter oben gesehen, dass die Natur in Bezug auf uns nicht gerecht zu sein scheint, aber wir wissen durchaus nicht, ob sie nicht in Bezug auf sich selbst gerecht ist. Daraus, dass sie sich um die Sittlichkeit oder Unsittlichkeit unserer Handlungen nicht kümmert, folgt doch noch nicht, dass sie überhaupt keine Moral hat und dass unsere Moral die einzig mögliche ist. Wir können zugeben, dass die Natur auf unsere guten und schlechten Absichten nicht achtet, aber wir dürfen daraus nicht die Schlussfolgerung ziehen, dass sie jeder Moralität und Billigkeit bar ist; das hiesse ja implicite behaupten, dass es keine Geheimnisse, keine Mysterien mehr giebt und dass wir Gesetze, Ursprung und Ziel des Weltganzen kennen. Sie handelt nicht, wie wir, aber ich wiederhole es, wir wissen durchaus nicht, warum sie anders handelt, und wir haben nicht das Recht, jemanden nachzuahmen, der uns etwas Grausames und Ungerechtes zu thun scheint, solange wir die — vielleicht tiefen und heilsamen — Gründe, um derenwillen er es thut, nicht gründlich kennen. Wo will die Natur hinaus? Wonach trachten die Welten im Schoos der Ewigkeit? Wo fängt das Bewusstsein an, und kann es keine andere Form haben, als die, welche es in uns annimmt? Von wo ab sind die physikalischen Gesetze auch Moralgesetze? Ist das Leben bewusstlos? Kennen wir alle Eigenschaften der Materie, und wird sie einzig und allein in unserem Gehirn zum Geiste? Und was ist schliesslich die Gerechtigkeit, aus einer anderen Höhe gesehen? Bildet die Absicht notwendigerweise den Mittelpunkt ihres Systems, oder giebt es auch Fälle, wo die Absicht gar nicht mitzählt? Auf diese Fragen und auf eine Menge anderer noch müssten wir eine Antwort wissen, bevor wir entscheiden könnten, ob die Natur in Fällen, die ihren Grössenverhältnissen entsprechen, gerecht oder ungerecht ist. Sie verfügt über eine Zukunft in Raum und Zeit, von der wir uns keinen Begriff machen können, und hierin äussert sich vielleicht eine Gerechtigkeit, die ihrer Dauer, ihrer Ausdehnung und ihrem Ziel entspricht, ganz wie unser Gerechtigkeitsinstinct der Dauer und dem engen Kreise unseres Lebens entspricht. Sie thut Jahrhunderte hindurch vielleicht

etwas Böses, das sie in Jahrhunderten wieder gut macht, aber wir haben nur einige Tage vor uns und sind darum nicht befähigt, etwas nachzumachen, was wir weder mit dem Blick umspannen, noch verfolgen oder begreifen können. Es gehen uns alle Vorbedingungen ab, aus denen heraus wir sie beurteilen könnten, sobald wir in die nächste Zukunft blicken. Wir brauchen gar nicht erst im fremden Weltraum zu suchen, wir brauchen uns nur an das winzige Pünktchen halten, das wir im Weltall sind, und wir wissen doch z. B. nichts über unser etwaiges Leben nach dem Tode und vergessen über unserm gegenwärtigen Bewusstsein, dass uns nichts zu der Annahme berechtigt, es gäbe kein mehr oder weniger bewusstes und verantwortliches Nachleben; wobei dieses Nachleben keineswegs von den Entscheidungen eines äusseren Willens abhängig gedacht zu werden braucht. Es wäre tollkühn, zu behaupten, dass von den Errungenschaften unseres Hirns, vom Streben unseres guten Willens weder in uns noch in anderen etwas übrig bleibt. Es ist möglich — und ernste Erfahrungen scheinen dies zwar nicht zu beweisen, aber doch zu gestatten, dass wir diese Annahme unter die wissenschaftlichen Möglichkeiten rechnen, — es ist möglich, dass ein Teil unserer Persönlichkeit oder unserer Nervenkraft sich nicht auflöst. Eröffnet sich hier nicht eine sehr weite Zukunft für die Beziehungen zwischen Ursache und Wirkung, die schliesslich immer zu einer Gerechtigkeit führen, wenn sie der menschlichen Seele bewusst werden und Jahrhunderte vor sich haben? Vergessen wir nicht, dass die Natur, die wir ungerecht nennen, doch zum mindesten logisch ist, und dass es uns, wenn wir uns auch entschlössen, ungerecht zu werden, doch recht schwierig sein dürfte, es zu sein, denn wir müssten logisch bleiben, und wenn die Logik erst mit unseren Gedanken, Gefühlen, Leidenschaften und Absichten verquickt ist, — wer wollte sie dann noch von der Gerechtigkeit unterscheiden?

Ziehen wir keine zu hastigen Schlussfolgerungen, es sind noch zu viele Punkte unsicher. Indem wir die sogenannte Ungerechtigkeit der Natur nachzuahmen suchen, laufen wir Gefahr, nur unsere eigene Ungerechtigkeit nachzuahmen und zu begünstigen. Wenn wir sagen, die Natur sei nicht gerecht, so heisst das im ganzen genommen nicht viel mehr, als dass wir uns über ihre mangelnde Aufmerksamkeit gegen unsere kleinen Tugenden, unsere kleinen Absichten und Heldenthaten beklagen, und wir fühlen uns weniger in unserem Verlangen nach Gerechtigkeit, als in unserer Eitelkeit verletzt. Aber daraus, dass unsere Moral zu der Unendlichkeit der Welt und ihren weltenweiten Zielen in keinem Verhältnis steht, folgt noch nicht, dass wir sie aufgeben müssten, denn sie ist unserm Wuchs und unseren begrenzten Schicksalen angemessen.

Ausserdem, wenn es auch feststände, dass die Natur in jedem Belange ungerecht ist, so stände doch noch die andere, gänzlich unerörterte Frage offen: ob es dem Menschen geboten ist, es der Natur in ihrer Ungerechtigkeit nachzuthun? Hier wollen wir lieber auf uns selbst hören, als auf eine so ungeheure Stimme, von deren Worten wir keines erfassen, und von denen wir nicht einmal wissen, ob es Worte sind. Unsere Vernunft und unser Instinct sagen uns, dass wir berechtigt sind, dem Räte der Natur zu folgen, aber sie sagen uns auch, dass wir ihr durchaus nicht folgen müssen, wenn er einem anderen ebenso tiefen Instincte zuwiderläuft, und dies ist der Instinct für Recht und Unrecht. Und wenn die Instincte, wie man sagt, der Wahrheit der Natur näher stehen und wegen ihrer Stärke Berücksichtigung verdienen, so ist er

vielleicht auch der mächtigste, denn er hat bis auf diesen Tag gegen alle andern anzukämpfen gehabt und ist doch nicht erstickt worden. Es wäre nicht angebracht, ihn zu verleugnen. Wir Menschen sollen auf menschlichem Grund und Boden und in menschlicher Weise gerecht sein und bleiben. Wir sehen weder klar genug, noch weit genug, um in einem anderen Kreise gerecht zu sein. Wagen wir uns nicht in einen Abgrund hinein, aus dem die Völker und Rassen vielleicht hervorgegangen sind, in den der Mensch als solcher aber nie eindringen sollte. Die Ungerechtigkeit der Natur hebt sich in der Gerechtigkeit für die Art auf, sie hat Zeit zu warten und diese Ungerechtigkeit entspricht ihren Grössenverhältnissen. Uns aber geht das alles über den Kopf, und wir zählen nur kurze Tage. Lassen wir die Kraft im Weltall regieren und die Gerechtigkeit in unserem Herzen. Wenn die Rasse unbezwinglich und in ihrer Ungerechtigkeit vielleicht gerecht ist, wenn die Menge selbst Rechte zu haben scheint, die der Einzelmensch nicht hat, und wenn sie bisweilen grosse unvermeidliche und heilsame Verbrechen begeht, so hat doch jedes Individuum in der Rasse, jeder einzelne in der Masse die Pflicht, im Umkreise seines gesamten Bewusstseins, das er in sich zu erzeugen und zu erhalten vermag, gerecht zu bleiben. Dieser Pflicht dürfen wir erst dann Valet sagen, wenn wir alle Gründe der grossen scheinbaren Ungerechtigkeit kennen, denn die, welche man uns angiebt, die Erhaltung der Art, die Auslese und Wiedergeburt der Stärksten, Geschicktesten und „am besten Angepassten“, reichen nicht aus, um einen so furchtbaren Wandel eintreten zu lassen. Gewiss soll jeder von uns danach trachten, der Stärkste und Geschickteste zu sein und sich den Notwendigkeiten des Lebens am besten anzupassen, wenn er sie nicht ändern kann, aber, er soll auch darauf sehen, dass die Eigenschaften, die ihm zum Siege verhelfen, seine moralische und geistige Kraft bekunden und ihn wahrhaft glücklich machen, denn der Geschickteste, Stärkste und am besten Angepasste ist bis auf diesen Tag der Menschlichste, Redlichste und Gerechteste.

Sobald wir dies erkannt haben, lässt sich auch für manche beunruhigende Frage über die oft sehr gerechte Verteilung von Lohn und Strafe unter den Menschen eine Antwort finden. Es handelt sich dabei nicht nur um innere oder moralische Strafen und Belohnungen, sondern auch um die sichtbaren und rein materiellen. Es hat seinen guten Grund, dass die Menschheit von jeher gemeint hat, die Gerechtigkeit habe alle Dinge auf Erden sozusagen durchtränkt und beseelt. Zur Erklärung dieses Glaubens genügt es nicht, dass sich eine ganz notwendige Anpassung der grossen Moralgesetze an die grossen Gesetze des materiellen Lebens constatieren lässt. Auf alle Fälle läuft nicht alles auf einen einfachen Causalzusammenhang zwischen Schuld und Strafe hinaus. Es lässt sich auch oft ein moralisches Element darin entdecken, und wiewohl es nicht durch die Dinge hineingelegt, sondern nur von uns geschaffen ist, so ist es darum doch nicht minder wirklich und mächtig. Wenn es keine physische Gerechtigkeit im eigentlichen Sinne giebt, sondern nur eine ganz innerliche psychologische Gerechtigkeit, von der wir noch zu reden haben werden, so giebt es auch eine psychologische Gerechtigkeit, die in stetem Contact mit der Aussenwelt ist, und diese Gerechtigkeit schreiben wir, ich weiss nicht welchem, unsichtbaren und allgemeinen Princip zu. Wir thun unrecht, der Natur moralische Absichten unterzuschreiben und im Banne der Furcht vor Strafe und der Hoffnung auf Lohn zu leben, die sie für uns bereit hält. Aber damit ist nicht gesagt,

dass es — selbst im materiellen Sinne — keinen Lohn für das Gute und keine Strafe für das Böse gäbe. Das giebt es ganz unstreitig, aber Lohn und Strafe kommen von wo anders, als wir wähnen, und solange wir annehmen, dass sie aus einem unerreichbaren Lande kommen, uns überschauen, richten und uns folglich ersparen, uns selbst zu richten, begehen wir den verhängnisvollsten Irrtum; denn niemand hat mehr Einfluss auf unsere Art, uns gegen das Unglück zu schützen und unser berechtigtes Glück zu suchen.

Die Gerechtigkeit, die wir trotzdem in der Natur finden, entspringt indessen nicht aus ihr, sondern aus uns allein; wir legen sie unbewusst in die Natur hinein, indem wir uns in die Dinge einmischen, sie beselen und uns ihrer bedienen. In unserem Leben trifft nicht nur der Blitzstrahl oder ein Krankheitsfall, gleichgültig, welche Gedanken wir hegen, unverhofft zur Rechten oder Linken und ohne ersichtlichen Grund. Es giebt auch andere Fälle, und sie sind viel zahlreicher, wo wir auf die Wesen und Dinge um uns unmittelbar einwirken und sie mit unserer Persönlichkeit durchdringen, wo die Naturkräfte zu Werkzeugen unserer Gedanken werden, und wenn unsere Gedanken ungerecht sind, so missbrauchen sie diese Kräfte, rufen notwendigerweise die Vergeltung wach und ziehen Unglück und Strafe nach sich. Aber die moralische Reaction liegt nicht in der Natur, sie entsteht aus unsern eigenen Gedanken, oder aus denen anderer Menschen. Unser moralischer Zustand bestimmt unser Verhalten gegen die Aussenwelt und verfeindet uns mit ihr, weil wir im Zwist mit uns selbst leben, d. i. mit den Hauptgesetzen unseres Geistes und Herzens. Die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit unserer Absichten hat keinerlei Einfluss auf die Haltung der Natur gegen uns, aber fast immer ist sie von entscheidendem Einfluss auf unsere Haltung gegen die Natur. Hier wie in den Fragen der socialen Gerechtigkeit schreiben wir dem Weltall oder einem unfassbaren, ewigen Schicksalsprincip die Rolle zu, die wir selber spielen, und wenn wir sagen, dass der Himmel, die Natur, die Gerechtigkeit oder die Dinge uns strafen, sich empören und rächen, so ist es im Grunde der Mensch, der durch die Dinge hindurch den Menschen straft, die menschliche Natur, die sich empört, und die menschliche Gerechtigkeit, die sich rächt.

Ich führte einmal<sup>1)</sup> das Beispiel Napoléons und seiner drei schreiendsten und berüchtigsten Ungerechtigkeiten an, welche seinem Schicksal auch die verhängnisvollsten werden sollten. Es waren das die Ermordung des Herzogs von Enghien, der ohne Richterspruch und Beweise, durch blossen Machtspruch verurteilt und in den Festungsgräben von Vincennes erschossen wurde. Dieser Mord rief einen fortan unversöhnlichen Hass und ein Rachegefühl gegen den ungerechten Dictator wach, das nicht mehr entwaffnet werden sollte. Zweitens die schändliche Falle von Bayonne, in die er durch gemeine Ränke die gutmütigen und vertrauensseligen spanischen Bourbonen lockte, und der schreckliche Krieg, den dieser Verrat zur Folge hatte — ein Krieg, der dreimalhunderttausend Krieger, die ganze Energie und sittliche Kraft Frankreichs, das Prestige, fast alle Garantien, alle Hingebung und alle glücklichen Aussichten des Kaiserreiches verschlang. Endlich der furchtbare russische Feldzug, der mit dem Untergange seines Sterns in den eisigen Fluten der Beresina endigte.

<sup>1)</sup> In der deutschen Ausgabe von *La sagesse et la destinée* (Leipzig 1899, Verlag von E. Diederichs) pag. 44—60. Die französische Ausgabe enthält dieses Nachtragscapitel noch nicht.

„Ich weiss wohl“, sagte ich damals, „dass diese ungeheuren Katastrophen auf die verschiedenartigsten Ursachen zurückzuführen sind; indessen, wenn man von allen äusseren Umständen, allen mehr oder minder unvorhergesehenen Zwischenfällen bis zur Veränderung eines Charakters, bis zu Thorheiten und Gewaltthaten, bis zum Grössenwahn und zur Geistesumnachtung Schritt für Schritt zurückgeht: dünkt es uns da nicht, als stünde der schweigende Schatten der verkannten menschlichen Gerechtigkeit an der Quelle des Unglücks? Jener Gerechtigkeit, die alles in allem nichts sehr Uebernatürliches und Geheimnisvolles hat, die aus sehr erklärlichen Ansprüchen, aus tausend kleiner sehr realen Thatsachen, unzähligen Irrtümern und Unwahrheiten besteht und keineswegs in einem tragischen Augenblicke, plötzlich und waffenstarr, wie die antike Göttin, aus der entscheidungsschwangeren Stirne des Schicksals hervorspringt. Nur etwas ist bei alledem geheimnisvoll, das ist das ewige Gegenwärtigsein der menschlichen Gerechtigkeit; aber wir wissen ja, dass die menschliche Natur sehr geheimnisvoll ist. Verharren wir einen Augenblick bei diesem Mysterium. Es ist das gewisseste, das tiefste, das heilsamste. Es ist das einzige, das die menschliche Güte nie lähmen wird. Und wenn wir jenen geduldigen und wachsamem Schatten nicht in jedem Leben in dem Masse vorfinden, wie im Leben Napoléons, wenn die Gerechtigkeit nicht immer so wirksam, so unerbittlich erscheint, wie dort, so verlohnt es sich doch, sie überall aufzudecken, wo sie hervortritt. Und wenn dies zu Zweifeln und Unsicherheit führt, so sind dies bessere Ratgeber, als das leichtfertige, faule und blinde Leugnen oder Behaupten, wie wir es uns so häufig erlauben; denn es handelt sich in Fragen dieser Art nicht sowohl darum, etwas zu beweisen, als darauf aufmerksam zu machen, und eine gewisse mutige und ernsthafte Ehrfurcht gegen alles einzuflössen, was in den Thaten der Menschen, in ihrer Gebundenheit an Gesetze, die allgemein zu sein scheinen, und in den Folgen dieser Gesetze noch unaufgeklärt bleibt.“

Bemühen wir uns, die wahrhaft verhängnisvolle Wirkung des grossen Mysteriums der Gerechtigkeit in uns aufzudecken. Im Gemüte des Menschen, der ein Unrecht begeht, spielt sich ein unvergleichliches Drama ab, und dieses Drama ist um so gefährlicher und verhängnisvoller, je grösser der Mensch ist und je mehr sein Geist umfasst.

Napoléon hat gut reden, dass in solchen stürmischen Augenblicken die Moral eines grossen Daseins nicht so einfach sein kann, wie die des Alltagslebens, dass ein starker und thätiger Wille Rechte hat, die ein schwacher und stockender Wille nicht hat, dass man gewisse Gewissensscrupel mit desto grösserer Berechtigung niederschlagen kann, je weniger dies aus Unwissenheit oder Schwäche geschieht, zumal ihre vorübergehende Unterdrückung, wenn man aus grösserer Höhe auf sie herabsieht, als der Durchschnitt, ein Sieg des Verstandes und der Kraft ist, dass man ein gewaltiges und ruhmvolles Ziel hat und dass es nichts auf sich hat, Böses zu thun, wenn man nur weiss, dass und warum man es thut. Dies alles kann die Grundlagen unserer Natur nicht betrügen. Jede Ungerechtigkeit erschüttert das Vertrauen, das ein Wesen in sich und in sein Schicksal setzt. Es hat zu einer gegebenen Zeit, gewöhnlich in seiner ernstesten Stunde, darauf verzichtet, nur auf sich selbst zu bauen. Das vergisst sein Gedächtnis nicht, und von nun an wird sich dieser Mensch nie mehr ganz wiederfinden. Er hat sein Glück aus dem Gleichgewicht ge-

bracht und wahrscheinlich für immer verscherzt, als er fremden Mächten Einlass gewährte. Er hat das deutliche Gefühl seiner Persönlichkeit und seiner Kraft verloren. Er unterscheidet nicht mehr ganz klar, was er sich selbst verdankt, und was er immerfort den verderblichen Mithelfern entlehnt, die seine Ohnmacht herbeigerufen hat. Er ist nicht mehr der Feldherr, der seinem Soldatenheer gebietet; er ist der Bandenführer, der nur Helfershelfer hat. Er hat seine Menschenwürde aufgegeben, sie, die keinen Ruhm will, zu dem man in seinem Herzen traurig lächelt, wie man einem untreuen Weibe lächelt, das man liebt.

Der wirklich starke Mensch prüft sorgfältig die Anerkennung und die Vorteile, die ihm aus seinen Thaten erwachsen sind, und verwirft stillschweigend alles, was die Grenzlinie, die sein Gewissen ihm gezogen hat, überschreitet. Er wird um so stärker sein, je enger diese Linie sich an die anschliesst, welche die geheime Wahrheit, die allen Dingen zu Grunde liegt, ebendort gezogen hat. Ein Act der Ungerechtigkeit ist fast immer ein Eingeständnis unserer Ohnmacht gegenüber dem Schicksal, und es bedarf nicht vieler Geständnisse dieser Art, um dem Feinde den verwundbarsten Fleck unserer Seele zu offenbaren. Eine Ungerechtigkeit begehen, um einen kleinen Ruhm zu ernten, oder sich den Ruhm zu sichern, den man schon besitzt, heisst sich die Unfähigkeit eingestehen, das zu erreichen oder festzuhalten, was man sich wünscht, heisst bekennen, dass man die Rolle, die man sich erwählt hat, nicht ehrlich ausfüllen kann. Aber trotzdem will man sich oben halten, und damit nehmen die Verrechnungen, Täuschungen und Lügen ihren Anfang im Leben . . .

Endlich, nach zwei oder drei Falschheiten, zwei oder dreimaligem Verrat, einigen Treulosigkeiten, einer gewissen Zahl von Lügen, schuldigen Unterlassungen und Schwächen, bietet uns unsere Vergangenheit nur noch ein entmutigendes Bild; und wir haben es doch so nötig, dass unsere Vergangenheit uns unterstützt! In ihr allein kennen wir uns wirklich; sie spricht zu uns in unseren Zweifeln: „Da du jenes thatest, kannst du auch dieses thun. In jener Gefahr, in jenem bangen Augenblicke hast du nicht gezagt. Du hast Vertrauen in dich gesetzt und hast gesiegt. Die Umstände sind die gleichen, bewahre deinen Glauben unerschüttert, dein Stern wird treu sein.“ Was aber sollen wir antworten, wenn unsere Vergangenheit uns zuraunt: „Es ist dir bisher nur mit Hilfe von Ungerechtigkeit und Lüge gelungen, folglich — musst du noch einmal lügen und betrügen.“ Niemand lässt seine ermüdeten Augen gern wieder zu einer Lüge, einer Niedrigkeit, einer Treulosigkeit zurückschweifen; und alles Gewesene, das wir nicht fest, klar und befriedigt ins Auge fassen können, beengt den Horizont unserer Zukunft. Nur, wenn wir die Vergangenheit weithin zurückverfolgen können, erlangt unser Auge die Kraft, in die Zukunft zu dringen.

Nein, nicht weil die Dinge gerecht sind, wurde Napoléon für seine drei grossen Rechtsschändungen bestraft — und werden wir für die unseren Strafe erleiden, wenn auch weniger auffällig, aber doch nicht minder schmerzvoll. Nicht, weil es, „so weit der Himmel sich dehnt“, eine unwiderstehliche Gerechtigkeit giebt, die sich nicht verführen oder täuschen lässt, sondern weil der Geist und Charakter des Menschen, kurz, sein ganzes moralisches Wesen, nur in der Gerechtigkeit leben und wirken kann. Sobald er sie verlässt, verlässt er sein eigenstes Element und wird gewissermassen auf einen völlig unbekanntem Planeten versetzt, wo der Grund ihm unter den Füssen weicht und alles ihn verwirrt; denn, wenn selbst die bescheidenste Vernunft sich in der



Gerechtigkeit zu Hause fühlt und alle Folgen einer gerechten Handlung ohne Mühe voraussagen kann, so fühlt sich selbst die tiefste und scharfsichtigste Vernunft in ihrer eigenen Ungerechtigkeit wie in der Fremde, und es gelingt ihr nicht, auch nur den zehnten Teil ihrer Folgen vorherzusehen. Der Genius braucht nur den Versuch zu machen, von dem Gerechtigkeitsgefühl, das im Herzen des schlichten Landmannes liegt, etwas abzuweichen, und er weiss nicht mehr genau, wo er ist; wie wird es also erst sein, wenn er die Schranken seiner eigenen Gerechtigkeit überschreitet! Denn, wenn die Gerechtigkeit vom Intellect in grössere Höhe gehoben wird, so setzt sie allem, was sie entdeckt, neue Schranken und verstärkt zugleich die alten, die der Instinct gesetzt hatte, indem sie sie immer unübersteiglicher macht. Es kommt uns sofort alles aus der Hand, wenn wir die Grenze der einfachen Billigkeit überschreiten; eine Lüge erzeugt hundert, und ein Verrat zahlt sich tausendfach heim. Solange wir in der Gerechtigkeit leben, leben wir voller Zuversicht, denn es giebt Dinge, welche selbst die grössten Verräter nicht mit Verrat besudeln können, aber sobald wir zur Ungerechtigkeit übergehen, müssen wir selbst den Gerechtesten misstrauen, denn es giebt Dinge, bei denen selbst sie nicht treu bleiben können. Unser ganzer moralischer Organismus ist dazu gemacht, in der Gerechtigkeit zu leben, wie unser Körper dazu gemacht ist, in der Atmosphäre unseres Erdballs zu leben. Alle unsere Fähigkeiten beruhen in viel tieferem Sinne auf ihr, als auf den Gesetzen der Schwerkraft, der Wärme oder des Lichtes. und wenn man sie in Ungerechtigkeit taucht, taucht man sie wirklich ins Unbekannte und Feindselige. Alles in uns ist auf die Gerechtigkeit hin geordnet, alles läuft darauf hinaus, führt uns ihr zu und eilt ihr entgegen, wogegen wir im Grunde der Ungerechtigkeit beständig gegen unsere eigenen Kräfte anringen; und wenn zur Stunde der unausbleiblichen Vergeltung die Dinge, der Himmel, die Welt oder das Unsichtbare sich empören und endlich gerecht erscheinen, indem sie gegen uns Partei ergreifen, gegen uns, die wir weinen und bereuen, so bedeutet das nicht, dass sie gerecht wären oder je gewesen wären, sondern, dass wir trotz unserer Thaten selbst in der Ungerechtigkeit gerecht geblieben sind.

## Die historiosophische Endzielphilosophie.

Von

Chajm Schitlowsky.

(Bern.)

Wie wir es einer auf philosophische Haltung Anspruch erhebenden Abhandlung schuldig sind, beginnen wir mit einigen Definitionen und Erläuterungen.

Unter Endziel verstehe ich diejenige Zweckvorstellung einer auf die Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens hinarbeitenden Partei, die alle ihre nächsten Ziele in derselben Weise vereinheitlicht und zusammenhält, wie die Vorstellung der Endursache die verschiedenen Einzelursachen vereinheitlicht und zusammenhält. Mit der Erreichung des Endziels ist die Aufgabe der Partei gelöst. Und das Endziel wird erreicht, wenn das gesellschaftliche Leben dermassen umgestaltet wird, dass sein neues Princip der gesetzten Zweckvorstellung conform wird. So war das Endziel der liberalen Parteien überall da erreicht, wo das Princip der freien Einzelwirtschaft und der individuellen Selbstfürsorge zum Durchbruch gelangte. Dass die Erwartungen, die die besten liberalen Denker an die

Verwirklichung des Endziels knüpften — die Herbeiführung der Harmonie der Interessen und des allgemeinen Wohlstandes — nicht eintrafen, bedeutet nicht, dass ihr Endziel nicht erreicht wurde, sondern nur, dass sie über seine Wirkungen sich getäuscht hatten. Dieselbe Enttäuschung kann auch dem Socialismus widerfahren, hat aber mit dem Endziel an sich nichts zu thun. Der Inhalt desselben ist nicht irgend ein utilitaristisches Idyll, sei es ethischer, sei es hygienischer Natur, sondern eine bestimmte sociologische Gesellschaftsform, ein bestimmtes Princip des socialen Zusammenlebens, das rein objectiv in juridischer Terminologie formuliert werden kann. Der zu erwartende utilitaristische Erfolg der anzustrebenden socialen Form gehört nicht zum Endziel selbst, sondern zu seiner wissenschaftlichen Begründung. Wird auf Grund streng wissenschaftlicher Untersuchung dargethan, dass mit der Realisierung des Endziels ein bestimmter Zustand der Volkshygiene oder der Moral oder des Reichthums oder der Erziehung u. s. w. sich ergibt, der seinen Anhängern angenehm ist, so ist das Endziel (natürlich nur für seine Anhänger) vom Standpunkte der Hygiene, der Ethik, der Nationalökonomie, der Pädagogik u. s. w. aus wissenschaftlich begründet.

Unter Philosophie des Endziels verstehe ich aber nicht die wissenschaftliche Begründung desselben, sondern seine Beleuchtung vom Standpunkte der Philosophie aus, d. h. vom Standpunkte einer einheitlichen Welt- und Lebensauffassung oder dessen, was die Stelle dieser in der Philosophie vertritt. Und schliesslich verstehe ich unter historiosophischer Endzielphilosophie diejenige philosophische Beleuchtung des Endziels, welche die anzustrebende Gesellschaftsform als eine unvermeidliche Entwicklungsstufe der Gesellschaft auffasst und in dieser Auffassung allein seine Begründung sucht und findet.

Wissenschaftlicher Socialismus (in dem oben angedeuteten Sinne) und philosophischer Socialismus schliessen also einander nicht aus; vielmehr ergänzen sie einander. Bis jetzt hatten wir aber einen mehr philosophischen als wissenschaftlichen Socialismus. Und auch der Marxismus macht hiervon keine Ausnahme. Auch er ist nichts anderes, als ein grosser und kühner Versuch, eine Welt- und Geschichtsauffassung, also eine Philosophie,<sup>1)</sup> aufzubauen, deren sämtliche Grundlinien in die Vorstellung eines socialistischen Endziels zusammenlaufen. Leider machen sich jetzt in der Partei Strömungen geltend, die sowohl der Vorstellung des Endziels, als auch dem Bestreben, dasselbe in allgemein philosophischer Beleuchtung zu erfassen, eher feindlich als freundlich sind. Die Hauptschuld daran trägt zweifellos die jetzt noch nicht ganz überstandene Krise innerhalb des Marxismus, die es vorsichtigen Geistern nahelegt, nur mit ganz sicheren Werten zu operieren und sich auf kein philosophisches Gründertum einzulassen.

Wir werden noch im Laufe unserer Untersuchung Gelegenheit haben, die Einseitigkeit dieser — wenn ich mich so ausdrücken darf — endzielphilosophischen Skepsis aufzudecken.

Einstweilen kommt es mir darauf an, diejenigen Gründe auseinanderzusetzen, die es meines Erachtens jedem unbefangenen Denker nahe legen müssten, die philosophische Beleuchtung des Endziels auf dem Wege historiosophischer Constructionen. — also auch auf dem der marxistischen Geschichtsphilosophie — nicht zu suchen. In noch schärferem Grade gilt das selbstverständlich für die wissenschaftliche Begründung des Socialismus. In diesem Artikel werden wir daher zunächst die wissenschaftlichen Chancen einer historiosophischen Begründung des Endziels à priori ins Auge fassen, um später speciell den Marxismus auf sein endzielphilosophisches Moment hin prüfen zu können.

<sup>1)</sup> Dass der Marxismus, trotz seiner scheinbaren „Aufhebung“ aller und jeder Philosophie, im Grunde „nur ein mehr oder weniger interessantes Capitel aus der Geschichte der Philosophie“ sei, habe ich an anderer Stelle zu zeigen gesucht. Vgl. Beiträge zur Geschichte und Kritik des Marxismus. Deutsche Worte, 1896, Heft 7 u. 8, pag. 337 ff.

## I.

Wir wollen hier die Frage nicht aufwerfen, ob eine objectiv-wissenschaftliche Geschichtsphilosophie überhaupt möglich und ob nicht zur Realisierung dieser Möglichkeit die Verzichtleistung auf jede sociale Prognose eine geradezu notwendige Bedingung sei. Um die Untersuchung zu vereinfachen, sei einstweilen angenommen, dass eine objectiv-wissenschaftliche Geschichtsphilosophie möglich und dass sie im stande wäre, absolut sichere Prognosen aufzustellen. Man mag aber den Optimismus in dieser Hinsicht so weit treiben, als man will, es wird doch niemand in Ernst in Abrede stellen wollen, dass es bis jetzt noch keine solche wissenschaftlich begründete Geschichtsphilosophie giebt. Das gilt natürlich auch vom Marxismus, trotz der naiven Versicherung Bebel's, „Marx habe für die menschliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen“ das geschaffen, was „Darwin für die Naturgeschichte feststellte“. <sup>2)</sup>

Selbst Kautsky muss zugeben, dass die Litteratur des historischen Materialismus noch eine recht dürftige, die Theorie noch in ihren Anfangsstadien und ihre Entwicklung keineswegs jener vergleichbar sei, die z. B. der Darwinismus genommen. <sup>3)</sup>

Will man also das Endziel auf historiosophischem Wege begründen, d. h. die geschichtliche Unentrinnbarkeit der erhofften Gesellschaftsform geschichtsphilosophisch nachweisen, so wäre die erste Aufgabe die, sich kritisch mit allen bisher aufgestellten historiosophischen Theorien auseinanderzusetzen, sie sämtlich einer wissenschaftlichen Verificierung zu unterziehen, um sich dann der „allerwissenschaftlichsten“ anzuvertrauen.

Nun kann man zur Verificierung irgend einer historiosophischen Hypothese zwei Wege einschlagen. Entweder man untersucht inductiv die gesamte Fülle der historischen Erscheinungen und stellt fest, ob die zu verificierende Hypothese auch ihnen allen gerecht werden kann, oder man lässt das empirische Material einfach beiseite und richtet sein Augenmerk auf den deductiven Urquell, aus dem die Hypothese hervorgegangen ist, wobei es dann gilt, die unumstößliche Apodikticität des Ausgangspunctes und die logische Richtigkeit aller Bindeglieder nachzuweisen.

Als Anhänger der strengen Wissenschaftlichkeit muss man zunächst mit Hilfe der inductiven Methode versuchen, die historiosophischen Hypothesen zu verificieren und die historiosophische Begründung des Endziels durchzuführen.

Am richtigsten wäre es allerdings, wenn man alle Hypothesen ganz beiseite lassen und die geschichtliche Entwicklung des Menschengeschlechtes von ihren niedrigsten Stufen an, Schritt für Schritt, auf Grund des vorhandenen Materials verfolgen könnte. Zu diesem Behufe müsste man zu allererst die biologischen, psychischen und socialen Lebenserscheinungen derjenigen Völker inventarisieren, welche auf der allerniedrigsten Stufe der Entwicklung stehen, diejenigen Bedingungen des äusseren Milieus feststellen, unter denen sie leben, damit wir im stande wären, die nächsthöhere Entwicklungsstufe daraufhin zu prüfen, welche Erscheinungen der niederen Stufe auf ihr verschwunden, welche Merkmale neu hinzugekommen sind und unter welchen äusseren Bedingungen dieser Umwandelungsprocess sich vollzog. In strenger Befolgung dieser Methode, bei aufmerksamer Vergleichung der absterbenden und auftauchenden Merkmale der Cultur-entwicklung, könnte man schliesslich die Richtungslinien dieser Entwicklung feststellen, die bevorstehende sociale Entwicklungsstufe mit fast mathematischer Sicherheit vorher-sagen und somit die unerschütterliche historiosophische Begründung des Endziels erlangen.

Die Lossagung von allen historiosophischen Hypothesen bei empirischen historischen Untersuchungen wäre gewiss der allerichtigste Weg. Allein eine objective unvor-

<sup>2)</sup> Protokoll des Hannoverschen Parteitags; pag. 97.

<sup>3)</sup> K. Kautsky: Bernstein und das socialdemokratische Programm; pag. 9.

eingenommene, bloss receptive Untersuchung der Geschichte ist leider eine Sache der Unmöglichkeit. Nicht einmal die Natur lässt sich völlig objectiv beobachten. Auch die Geständnisse der Natur müssen ihr durch das Zwangsverfahren des Experimentes abgerungen werden. Nicht minder „gewaltsam“ kann es auch bei der Geschichtsforschung zugehen. Selbst Hegel, der Altvater der modernen Objectivitätsduselei, musste zugeben, dass in dem Streben nach der absolut richtigen empirischen Erforschung der historischen Wirklichkeit nicht alles glatt zugehen kann. „Die Geschichte“, sagt er, „haben wir zu nehmen, wie sie ist; wir haben historisch, empirisch zu verfahren. Allein eine rein objective Auffassung der Geschichte giebt es nicht.“<sup>4)</sup> Auch der gewöhnliche und mittelmässige Geschichtsschreiber, der etwa meint und vorgiebt, er verhalte sich nur aufnehmend, nur dem Gegebenen sich hingebend, ist nicht passiv mit seinem Denken, er bringt seine Kategorieen mit und sieht durch sie das Vorhandene.<sup>5)</sup> In Uebereinstimmung mit diesem Gedanken führt Hegel auch in seiner Einleitung zur Geschichte der Philosophie aus, dass der Forscher, schon durch die Notwendigkeit, das Untersuchungsmaterial herauszuwählen, unbedingt dem Subjectivismus verfallen müsse.<sup>6)</sup>

Das gewaltsame Herausreissen nur einiger geschichtlicher Erscheinungen ist methodologisch deshalb erforderlich, weil wir sonst durch das bloss Constatieren von Coexistenzen und Aufeinanderfolgen in den historischen Thatsachen eine solch' ungeheure Summe äusserst complicierter Daten erhalten, dass ihrer Bewältigung kein noch so genial organisierter Kopf gewachsen sein kann. Hier wird die wohlthätige methodologische Rolle der historiosophischen Hypothesen klar, d. h. derjenigen „Kategorieen des Denkens“, die auch ein mittelmässiger Geschichtsphilosoph mitbringt und durch die er „das Vorhandene sieht“. Die historiosophischen Hypothesen liefern die bestimmten Fragen, die man an die Geschichte zu richten hat, sie geben einen Ariadnefaden, an dem man sich im Labyrinth der kleinen Einzelthatsachen zurechtfinden kann. Wohlbemerkt, darf dieser Faden nicht dazu missbraucht werden, um auf ihm wie auf einer Perleschnur die einzelnen passenden Thatsachen an einander zureihen: er ist nur dazu da, um seine Krümmungen und Wendungen zu verfolgen, seine historischen Schicksale inductiv festzustellen. Die ökonomischen und socialen Erscheinungen, Religion, Eigentum, das politische Leben, Anhäufung und Verteilung der materiellen und geistigen Güter, alle diese und ähnliche „Kategorieen“ des geschichtlichen Werdens und Vergehens sind solche Ariadnefäden, die man mittels Beobachtung und Reflexion aus dem bunten Gewebe der geschichtlichen Wirklichkeit herauslösen muss, um ihre Beziehungen zu den anderen Fäden und untereinander zu verstehen. Auf diese Weise könnte man die wichtigsten geschichtlichen Causalbeziehungen ermitteln, an ihnen die Behauptungen der verschiedenen historiosophischen Systeme am leichtesten verificieren und somit die Basis einer historiosophischen Begründung des Endziels gewinnen.

Die Lösung der Aufgabe wird hiermit erleichtert, aber noch nicht vollständig ermöglicht. Zunächst muss noch der bestimmte Sinn des Ariadnefadens festgestellt werden.

Nehmen wir z. B. die inductive Verificierung der marxistischen Geschichtsphilosophie, welche sämtliche historische Erscheinungen auf dem Productions- und Austauschprocess der materiellen Güter, d. h. auf die ökonomischen Erscheinungen zurückführt. Um diesen Standpunct des Oekonomismus zu verificieren, muss man sich zu allererst darüber klar machen, was man eigentlich unter Oekonomie verstehen soll, welchen Sinn die Schöpfer des historischen Materialismus diesem Terminus beilegen, was uns die Oekonomie erklären soll.

4) Hegels Geschichtsphilosophie (1840); pag. 14.

5) a. a. O.; pag. 15.

6) Hegel: Geschichte der Philosophie; Bd. I (1837), pag. 7—8.

Wendet man sich zu diesem Behufe an die Werke von Marx und Engels selbst, so findet man, dass die ökonomische Grundlage des gesellschaftlichen Lebens eine zur Erklärung geschichtlicher Erscheinungen dermassen vieldeutige Rolle spielt, dass ihre wissenschaftliche Fixierung zu den schwierigsten Problemen der Marxforschung gehört.

Den ökonomischen Erscheinungen wird erstens die Bedeutung des geschichtlichen ersten Anstosses zugeschrieben, der andere nichtökonomische Erscheinungen hervorruft, aber auf ihre fernere Entwicklung nicht einwirkt, wenigstens nicht einwirken muss. Als Beispiel dieser Wirkungsart der Oekonomie mag die von Marx und wohl schon von älteren Forschern aufgestellte Behauptung genommen werden, dass die Beobachtung der Nilüberschwemmungen zu den Anfängen der Astronomie geführt hat.

Die Oekonomie tritt zweitens in der Rolle der Einflüsse auf, welche gewisse Arbeitsbedingungen und Arbeitsprocesse auf die Psyche der Arbeitenden ausüben. Hierher gehört z. B. der Einfluss, den die gemeinsame Arbeit in den Fabriken auf die Bildung einer „proletarischen Weltanschauung“ ausübt.

Die Macht der Oekonomie zeigt sich drittens in dem Bestreben der Menschen, die materielle Existenz zu sichern, resp. die Quantität des Mehrwertes zu steigern.

Die Oekonomie bildet viertens die notwendige Vorbedingung des höheren culturellen Lebens, wie dies z. B. aus der Bemerkung von Marx hervorgeht, dass der Mensch zuerst essen und trinken muss, ehe er an Politik oder Kunst denken kann.

Fünftens wird die historische Bedeutung der Oekonomie in dem Sinne aufgefasst, dass die ökonomischen Bedingungen den Hauptgegenstand des social-ethischen Nachdenkens bilden und auf diese Weise auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Ideale einwirken. So ist nach Engels „der moderne Socialismus seinem Inhalte nach zunächst das Erzeugnis der Anschauung, einerseits der in der modernen Gesellschaft herrschenden Classengegensätze von Besitzenden und Besitzlosen, Lohnarbeitern und Bourgeois, anderseits der in der Production herrschenden Anarchie.“<sup>7)</sup>

Dem ökonomischen Factor wird sechstens die Rolle der Hauptursache zugeschrieben, die es bewirkt, dass die Gesellschaft in einzelne Classen zerfällt.

Siebtens wird die geschichtliche Rolle der Oekonomie dahin gedeutet, dass die Entwicklung der Productivkräfte den immanenten Zweck alles gesellschaftlichen Daseins bilde und alle seine Aeusserungen beherrsche.

Mit den angeführten sieben Deutungen der Oekonomie sind die geschichtlichen Rollen keineswegs erschöpft, die sie spielen könnte und nach Marx und Engels wirklich in der Geschichte gespielt hat.

Nun ist es aber klar, dass alle diese möglichen Wirkungsweisen der Oekonomie durchaus nicht in einen Topf zusammengeworfen werden können. Der historische Materialismus bekommt ein ganz anderes Aussehen, je nach der Wirkungsweise der Oekonomie, welche man als die ausschlaggebende betrachtet. Sollte z. B. dem ökonomischen Factor nur die Bedeutung einer notwendigen „Basis“, auf der der ideologische „Ueberbau“ sich erhebt, zugeschrieben werden, so könnte sogar der eingefleischteste Ideologe sich mit dieser Deutung vollkommen befreunden. Denn die Basis bedingt nur in sehr geringem Umfange den Charakter des auf ihr sich erhebenden Ueberbaus. Auf demselben Grund und Boden kann eine Fabrik, ein Gefängnishaus, ein Concerthaus oder eine Kirche aufgerichtet werden. Ebenso erhält der Marxismus, wenn man die Oekonomie als die Endursache des historischen Classenkampfes auffasst, einen ganz anderen Sinn, als wenn man in der Anarchie der Production die bestimmende Ursache aller gesellschaftlichen Uebel und den mächtigen Anstoss zu allen gesellschaftlichen Idealen erblickt.

<sup>7)</sup> Engels: Anti-Dühring (1894); pag. 1.

Daraus folgt, dass man zunächst den Sinn der materialistischen Hypothese in der Geschichtsphilosophie eindeutig feststellen muss, ehe man an ihre inductive Verificierung herantreten kann.

Und in derselben Lage befindet man sich nicht nur dem Marxismus gegenüber, sondern — wie schon angedeutet — auch allen anderen „objectiven“ Geschichtsphilosophien gegenüber, welche hinter den unmittelbar gegebenen historischen Erscheinungen das Wirken eines mehr oder minder verborgenen geschichtlichen Wesens behaupten.

Aus alledem geht hervor, dass, wenn das Endziel historiosophisch begründet und dabei die inductive Methode angewandt werden soll, man eigentlich auf alle praktische Thätigkeit verzichten und sich schleunigst in die Bibliotheken und Archive begeben müsste, um in unermüdlicher Hast die inductive Verificierung aller historiosophischen Hypothesen zu vollbringen. Rastlos, fieberhaft müsste man an der gestellten Aufgabe arbeiten, um möglichst schnell zur praktischen Thätigkeit zurückkehren zu können, die doch unbedingt in einem historiosophisch begründeten Endziel ihre Einheitlichkeit haben muss.

Selbstverständlich ist die Durchführung dieser Consequenz, die notwendig aus unserer methodologischen Betrachtung hervorgeht, eine Sache der Unmöglichkeit. „Die materialistische Geschichtsauffassung“, sagt Kautsky, „ist ... darauf angewiesen, von den Socialisten allein gefördert zu werden, den Angehörigen einer armen, kämpfenden Partei, die meist in der Erwerbsarbeit aufgehen und ihr bischen Musse für praktische Kämpfe hingeben müssen. ... Und das verspricht zunächst nicht besser zu werden. In dem Masse, in dem der Socialismus an praktischer Bedeutung zunimmt, wachsen auch die praktischen Anforderungen an die Classe der socialistischen „Intelligenz“ und schwindet die Zahl der für die Theorie verfügbaren Kräfte.“ Nur in Russland, meint er, dürfte der theoretische Sinn noch zu finden sein.<sup>8)</sup>

Schon dieser melancholische Stossseufzer Kautskys über den Mangel an socialistischer — wohl richtiger: an marxistischer — „Intelligenz“ muss es nahe legen, den inductiven Weg mit dem deductiven zu vertauschen, der in Russland z. B., diesem gesegneten Lande der marxistischen Theorie, zu verblüffend raschen Resultaten geführt hat. Und warum sollte man nicht der Deduction den Vorzug geben? Behauptet doch der russische Marxist N. B. el'tow, dass der „richtige Gesichtspunct“ unendlich wichtiger sei, als die Fülle von Thatsachen. Für die deductive Methode spricht noch dazu in erster Linie der Umstand, dass die Induction schwierig, während die Deduction äusserst leicht ist. Was auf inductivem Wege vielleicht Dutzende von Jahren erfordert hätte, kann man durch einen einzigen richtigen Syllogismus fast spielend erreichen. Als Beweis sei hier der Syllogismus angeführt, dem der russische Marxismus seine Erfolge zu verdanken hat und vermittelt welcher er die Auflösung des bäuerlichen Gemeineigentums an Grund und Boden ad oculos demonstrierte, — also eine Frage im Handumdrehen löste, mit der die sorgfältigste Statistik trotz aller erdenklichsten Mühe nicht fertig werden konnte. In seiner classischen Einfachheit und Klarheit lautet dieser Syllogismus folgendermassen:

In allen Ländern wird das Gemeineigentum am Boden aufgelöst.  
Russland ist ein Land. Ergo ...

Man sieht, nichts bequemer und leichter als ein „richtiger“ Gesichtspunct. Was uns nicht klar werden wollte, als wir da unten in den ungeheuren Massen der ökonomischen und statistischen Détails herumwühlten, das erscheint in leuchtender Helle — von der Vogelperspective eines „richtigen Gesichtspunctes“ aus: ...

Allein auch die Deduction hat einen bedenklichen Haken, und der besteht darin, dass man eben die Richtigkeit der oberen Prämisse nicht so leicht feststellen kann. Betrachten wir etwas näher die obere Prämisse des eben angeführten Syllogismus!

<sup>8)</sup> Kautsky: Bernstein und das socialdemokratische Programm; pag. 11.

„Alle Culturvölker“, sagt Engels, „fangen an mit dem Gemeineigentum am Boden. Bei allen Völkern, die über eine gewisse ursprüngliche Stufe hinausgehen, wird dieses Gemeineigentum im Laufe der Entwicklung des Ackerbaus eine Fessel für die Productor. Es wird aufgehoben, negiert, nach kürzeren oder längeren Zwischenstufen in Privateigentum verwandelt. Aber auf höherer ... Entwicklungsstufe des Ackerbaus wird umgekehrt das Privateigentum eine Fessel für die Production ... Die Forderung, es ebenfalls zu negieren, es wieder in Gemeingut zu verwandeln, tritt mit Notwendigkeit hervor.“<sup>9)</sup>

Das Citat ist demjenigen Capitel des Anti-Dühring entnommen, welches der Dialektik und zwar der „Negation der Negation“ gewidmet ist. Es fungiert dort als Beispiel der „dialektischen Bewegungsgesetze“, „die zuerst von Hegel in umfassender Weise, aber in mystificierter Form entwickelt worden“, und die Engels im allgemeinen nicht bezweifelte.<sup>10)</sup>

Die Behauptung Engels' von „allen Culturvölkern“ ist denn auch nichts anderes, als eine Folgerung aus einem Hegelschen Obersatze, welcher besagt, dass jede Bewegung die drei Entwicklungsstadien der These, Antithese und Synthese durchlaufen muss. Dass die in Frage stehende Behauptung Engels' nicht empirischen Ursprungs sein kann, geht schon daraus hervor, dass tatsächlich noch nicht alle Culturvölker das Gemeineigentum am Boden verloren, also noch nicht die Phase der Negation durchgemacht haben und noch kein Volk in die dritte Phase eingetreten ist.

Nun kann auch der Hegelsche Satz von der Triadicität der Bewegung nicht als letztes Glied in der uns interessierenden Kette von Syllogismen betrachtet werden. Auch er ist wiederum nur eine Folge aus höheren Prämissen, z. B. aus der Lehre von dem logischen Widerspruche, der jedem Dinge innewohnen soll — einer Lehre, die Marx und Engels aus Hegel mit in die materialistische Geschichtsphilosophie „hinübergerettet“ haben.<sup>11)</sup> Und so führt uns die historiosophische Begründung des Endziels zu den Fragen der reinen Philosophie zurück. Um die „Wissenschaftlichkeit“ des Socialismus im marxistischen Sinne endgiltig zu beweisen, müsste man daher zu allererst solche Fragen endgiltig lösen, wie die nach den Vorteilen des Monismus gegenüber dem Dualismus, der Dialektik gegenüber der formalen Logik, der triadischen Entwicklungslehre gegenüber der jetzt herrschenden Evolutionstheorie u. s. w., u. s. w.

Ist man aber bis zu dieser Consequenz gelangt — und die moderne Krise innerhalb des Marxismus ist es bereits — dann mag wohl die Frage an ihrem Platze sein, ob denn irgend welche Aussicht vorhanden sei, eine Uebereinstimmung in der Lösung dieser Fragen zu erzielen? Kann man in der Philosophie zu absoluten Wahrheiten gelangen, zu Wahrheiten „letzter Instanz“? Rufen wir uns in Erinnerung, was Engels über die Möglichkeit von Wahrheiten „letzter Instanz“ geschrieben hat.

„Wir können“, sagt Engels, „das ganze Gebiet des Erkennens nach unbekannter Art in drei grosse Abschnitte teilen. Der erste umfasst alle Wissenschaften, die sich mit der unlebten Natur beschäftigen und mehr oder minder einer mathematischen Behandlung fähig sind: Mathematik, Astronomie, Mechanik, Physik, Chemie. Wenn es jemandem Vergnügen macht, gewaltige Worte auf sehr einfache Dinge anzuwenden, so kann man sagen, dass gewisse Ergebnisse dieser Wissenschaften ewige Wahrheiten, endgiltige Wahrheiten letzter Instanz sind. ... Aber noch lange nicht alle Ergebnisse. Mit der Einführung der veränderlichen Grössen ... hat die Mathematik den Sündenfall begangen ... das Reich der Controversen brach an. ... Mit der Astronomie und Mechanik steht es noch schlimmer,

<sup>9)</sup> Anti-Dühring; pag. 141.

<sup>10)</sup> a. a. O.; pag. XV.

<sup>11)</sup> Ueber diese Lehre vgl. meine Abhandlung über die Widerspruchslogik bei Hegel und Marx, in den Deutschen Worten.

und in der Physik und Chemie befindet man sich inmitten der Hypothesen wie inmitten eines Bienenschwarms. . . . Noch schlimmer sind wir daran in der Geologie. . . .“

„Die zweite Classe von Wissenschaften ist die, welche die Erforschung der lebenden Organismen in sich begreift. Auf diesem Gebiet entwickelt sich eine solche Mannigfaltigkeit der Wechselbeziehungen und Ursächlichkeiten, dass nicht nur jede gelöste Frage eine Unzahl neuer Fragen aufwirft, sondern auch jede einzelne Frage meist nur stückweise . . . gelöst werden kann, wobei dann das Bedürfnis systematischer Auffassung der Zusammenhänge stets von neuem dazu nötigt, die endgiltigen Wahrheiten letzter Instanz mit einer überwuchernden Anpflanzung von Hypothesen zu umgeben. . . .“

„Noch schlimmer aber steht es mit den ewigen Wahrheiten in der dritten Gruppe der Wissenschaften, der historischen, die die Lebensbedingungen der Menschen, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Rechts- und Staatsformen mit ihrem idealem Ueberbau von Philosophie, Religion, Kunst u. s. w. in ihrer geschichtlichen Folge und ihrem gegenwärtigen Ergebnis untersucht. . . . Wir sind auf dem Gebiet der Menschengeschichte mit unserer Wissenschaft noch weit mehr im Rückstand, als auf dem der Biologie. . . . Wer hier also auf endgiltige Wahrheiten letzter Instanz . . . Jagd macht, der wird wenig heimtragen, es seien denn Plathheiten und Gemeinplätze der ärgsten Art, z. B., dass die Menschen im allgemeinen ohne Arbeit nicht leben können, dass sie sich bisher eingeteilt haben in Herrschende und Beherrschte, dass Napoléon am 5. Mai 1821 gestorben ist u. s. w.<sup>12)</sup>“

Wir wollen die Anschauungen Engels' über die Wahrheiten letzter Instanz zunächst nicht weiter verfolgen. Hier sei nur noch erwähnt, dass nach Engels sogar die Logik und die „Dialektik“, die er als einen besonderen Wissenszweig auffasst, sich nicht des Besitzes von Wahrheiten letzter Instanz rühmen können: leugnet doch Dühring z. B. die Wahrheiten der eigentlichen Dialektik, die Marx und Engels gleich allen anderen Hegelianern anerkennen. Schade nur, dass der arme Dühring gerade in diesem Punkte so arg mitgenommen wurde, als ob der „Widerspruch in allem Seienden“ eine allgemein gültige und notwendige Wahrheit wäre, eine Wahrheit „letzter Instanz“. Die angeführten Auseinandersetzungen Engels' können übrigens als Illustration für den Antagonismus der kritischen und dogmatischen Elemente dienen, an dem fast alle Teile des marxistischen Systems kranken. So wird z. B. in demselben Passus, in dem nachgewiesen wird, dass es in der Geschichtswissenschaft keine Wahrheiten letzter Instanz gebe, ganz unbefangen die „ewige Wahrheit“ vorgetragen, dass Philosophie, Religion und Kunst nur einen „idealen Ueberbau“ über die Lebensbedingungen der Menschen bilden. . . .

Scheidet man aber die unharmonisch wirkenden dogmatischen Elemente aus diesen höchst wichtigen Betrachtungen aus, so muss man zum Schluss gelangen, dass, je mehr wir den Boden der unmittelbaren Beobachtung und des Experimentes verlassen, je mehr wir zur reinen Verstandesreflexion unsere Zuflucht zu nehmen genötigt sind, desto mehr die Anschauungen divergieren müssen, sodass man zu allerletzt fast in allen Wissenschaften „sich inmitten der Hypothesen wie inmitten eines Bienenschwarms“ befindet.

Und so wäre das Resultat, zu dem wir auf deductivem Wege gelangen, nicht viel erfreulicher, als dasjenige, welches wir auf dem inductiven fanden.

Ist der inductive Weg zuverlässig, aber so schwierig, dass er fast ungangbar ist und daher für eine historiosophische Begründung des Endziels wenig in Betracht kommen kann, so ist der deductive Weg wohl viel leichter, aber desto unsicherer und unzuverlässiger und daher für die historiosophische Begründung des Endziels noch weniger in Betracht zu ziehen.

[Schluss im nächsten Hefte.]

<sup>12)</sup> Anti-Dühring; pag. 81—84.



# Englische Gewerkschaftsprobleme.

Zum Jubiläum des Gewerkvereins der englischen Maschinenbauer.

Von

Eduard Bernstein.

(London.)

Peckham ist ein District im südöstlichen Teile Londons. Nach Norden hin stösst es an Bermondsey, einen der fast ausschliesslich proletarischen Stadtteile der englischen Metropole, im Süden an das von eleganten Villen und villenartigen Häusern besäete Dulwich. Und diesen Nachbarschaften entspricht sein eigener Charakter in socialer Hinsicht in gleichem Verhältnis, wie die geographische Nähe: je weiter nach Norden, umso mehr überwiegt das proletarische, je weiter nach Süden, umso mehr das bürgerliche oder Bourgeoisement. Seine von Osten nach Westen ziehende Hauptstrasse repräsentiert den Durchschnitt in eigentümlicher Mischung. Häuser mit Villencharakter wechseln mit gewöhnlichen Miethäusern, denen der Kenner schon von aussen ansieht, dass sie die in London kontinuierlich vor sich gehende Entwicklung von Heimstätten bürgerlicher zu solchen kleinbürgerlicher und proletarischer Existenzen teils gerade durchmachen, teils schon hinter sich haben. Ja, selbst aus den Fenstern mancher Villen schaut eine derartige Entwicklung heraus. Aehnlich mit den Geschäftsläden und öffentlichen Gebäuden. Aber nur ähnlich und nicht ebenso. Denn neben manchem Veralteten und Spuren des Verfalls Aufweisenden stossen wir auf allerhand Zeugen moderner Entwicklung. Hier ein grossartiges Warenhaus, dort eine in Bau und Ausschmückung den neuesten Anforderungen entsprechende Volksschule, an anderer Stelle ein mächtiger, sich ebenfalls als neu darstellender Theaterbau, und dann wieder eine Kunstschule oder ein Gemeindehaus in moderner Construction: zwischen Repräsentanten des verfallenden Alten streben solche neuen Lebens und ersichtlichen Fortschrittes empor. In dem weiter nach Westen hin gelegenen Teil dieser Strasse nun steht auch, in einfacher, aber zweckmässiger und Achtung gebietender Architektur, das soeben fertig gewordene neue Heim des Gewerkvereins der Vereinigten englischen Maschinenbauer. Es soll in diesem Januar eingeweiht werden, in welchem Monat der Verein das Jubelfest seines fünfzigjährigen Bestehens feiert.

Das Haus ist ein wohlproportionierter Bau in roten Verblendsteinen, mit schönem Aufgang und nach zwei Strassen gerichteter Front. Es steht nach allen Seiten frei auf einem Grundstück, das 30 000 Fuss im Geviert umfasst und, mit den vorher dort stehenden Gebäuden, 70 000 Mark gekostet hat; sein eigener Wert beläuft sich auf 190 000 Mark. Es enthält 20 schöne helle Zimmer, deren grösstes etwas über 100 Quadratmeter ( $36 \times 32$  englische Fuss) misst und für die Sitzungen des Vorstands und die Delegiertenconferenzen des Vereins bestimmt ist. Die Ausstattung dieses Sitzungssaals der Vertrauensmänner einer Arbeiterverbindung würde dem Sitzungssaal keiner Körperschaft zur Unehre gereichen. Nirgends prunkvolle Ueberladung, aber auch nirgends Zeichen von Knauserei oder erzwungener Beschränkung auf das absolut Notwendige. Pulte, Schränke, Stühle etc. sind aus gutem Material und entsprechen allen Anforderungen an Bequemlichkeit und Zweckmässigkeit. Dergleichen die Einrichtung der übrigen Zimmer. Ein Gang durch das Haus, das eine schöne Amtswohnung für den Generalsecretair des Vereins enthält, erweckt

überall den Eindruck soliden Wohlstands. Und doch sind es jetzt noch nicht zwei Jahre her, dass der Verein auf lange hinaus, wenn nicht auch anders, so jedenfalls finanziell zerüttet zu sein schien!

Es liegt ein Stück Symbolik darin, dass der Verein schon in so kurzer Zeit nach jener Katastrophe sein Amtlocal aus der rauchgeschwärzten, von Häusern zweifelhaften Charakters besetzten Nebenstrasse in eine Hauptstrasse verlegen kann, die auch äusserlich die Zeichen eines socialen Umwandlungsprocesses zur Schau trägt. Dort, in Stamford Street, unterschied sich sein Local in nichts von seiner unschönen Umgebung, hier zeichnet es sich als ein Vertreter des Neuen auch äusserlich von allem Altem und Verfallenden ab. Aber er zieht auch nicht als der Träger desselben Geistes in das neue Haus ein, der lange Jahre in Stamford Street obgewaltet hat.

Es fällt ausserhalb des Zwecks dieses Artikels, hier einen Abriss der Geschichte der Amalgamated Society of Engineers zu geben. So interessant er wäre, so müssen wir doch die Leser in dieser Hinsicht auf die Angaben von Brentano, G. Howell und S. und B. Webb über die Geschichte des Vereins verweisen. Noch soll hier eine genauere Schilderung der gegenwärtigen Zusammensetzung und Verfassung des Vereins gegeben werden. Dagegen erscheint uns das Jubiläum des Vereins als ein passender Anlass, den bezeichnenden principiellern Charakterzügen und damit der gewerkschaftlichen Bedeutung dieser berühmten Organisation einige Worte zu widmen, deren nunmehr fünfzig Jahre hinter uns liegende Anfänge von den Webbs, in dem Capitel: Der neue Geist und das neue Muster, so anschaulich und mit so gerechter Kritik geschildert sind.

Das „neue Muster“, um das es sich da handelt, war die, auch heute noch dem Verein eigene systematische Verbindung von Gewerkvereins- mit weitgehenden Hilfscassenaufgaben. Der „neue Geist“ aber war der Verzicht auf die grundsätzliche Bekämpfung des Unternehmertums, die den Grundzug der vorhergegangenen revolutionären Epoche der britischen Gewerkschaftsbewegung ausgezeichnet hatte. Obwohl nicht der erste Gewerkverein, der diese Gegenströmung — wir können auch sagen, Reaction gegen die Tendenzen der Sturm- und Drangperiode des Trades Unionismus vertrat, ward doch der Verein der „amalgamirten“ Maschinenbauer bald ihr vornehmster Vertreter. Wie seine Bildung in die Jahre politischer Reaction fällt, so ist er auch lange von rückläufigen oder mindestens conservativen Auffassungen gewerblicher Probleme erfüllt.

Und doch waren seine Gründer keine Reactionäre. Wir wissen, dass William Newton und William Allan, die so viel für die Gründung und den Aufbau des Vereins gethan hatten und lange Jahre ihn geistig beherrschten, in ihrem Herzen überzeugte Socialisten waren. Aber angesichts der Ungunst der Verhältnisse, nach dem grossen Fehlschlag des politischen Kampfes der in den chartistischen Vereinen organisierten Arbeiter Englands, war ihnen kaum etwas anderes übrig geblieben, als sich auf die Pflege solcher Methoden und Mittel der Gewinnung von Mitgliedern zu verlegen, die nach Lage der Dinge am geeignetsten erschienen, die Organisation in die Höhe zu bringen. Das aber war, eben weil die Aussicht auf Erfolge auf gesetzgeberischem Wege äusserst gering war, neben der Ausbildung des Hilfscassenelements; die Politik der Einschränkung der Concurrenz unter den Gewerbsgenossen selbst.

Dass Bestrebungen, die dieses Ziel im Auge haben, leicht im schönsten Zünftlertum landen, liegt auf der Hand, und ein Stück Zunftgeist ist der

Verein der amalgamierten Maschinenbauer sein Lebtage nicht losgeworden. Aber Zunft und Zunft ist zweierlei, nicht alles, was uns auf dem ersten Blick als Zünftelei erscheint, ist darum schon wirtschaftlich oder social verwerflich. Der Verzicht auf den Berufscharakter des Arbeiters, d. h. das Ergeben in die Idee, dass die Tage des berufsmässig ausgebildeten Arbeiters gezählt seien und dem Allerweltsarbeiter die Zukunft gehöre, ist theoretisch leicht ausgesprochen. So lange aber die thatsächliche Structur der Gesellschaft, wie dies in den fünfziger, sechziger etc. Jahren in England der Fall war, von der Ausgleichung der Berufsunterschiede und der damit unvermeidlich gewordenen socialen Entschädigung des Arbeiters für den Verlust des Berufscharakters factisch noch wenig erblicken lässt, werden diejenigen, die den praktischen Gewerkschaftskampf für die Lebenshaltung der Arbeiter führen, sich immer wieder auf die Berufsarbeiter als das Kernelement jeder dauernden Organisation angewiesen sehen. Die Aufgabe ist dann nur, die Wahrung der Interessen des Berufsarbeiters mit der gebührenden Berücksichtigung der Anforderungen des socialen Fortschritts zu vereinen, — eine Aufgabe, bei der auch andere als englische Gewerkschaftler schon zeitweilig fehlgegangen sind.

Sicher berührt der Gedanke eigentümlich, dass gerade eine Organisation von Arbeitern, denen die Anfertigung von Maschinen, diesen Trägern des industriellen Fortschritts, obliegt, bis in die allerneueste Zeit hinein immer wieder diesem Fortschritt widerstrebende Tendenzen vertreten haben so.l. Um es zu begreifen, braucht man sich jedoch nur vor Augen zu halten, dass das Gewerbe des Maschinenbaus, wenn auch capitalistisch betrieben, doch, infolge der Natur seines Arbeitsmaterials, ebenfalls bis in eine sehr späte Zeit die wesentlichsten Züge der handwerksmässigen Arbeit beibehalten hat. Trotz aller Wandlungen in der Construction und dem Betrieb von Schraubstock und Drehbank, ist es doch selbst heute noch nicht dahin gekommen, dass ihnen der Maschinenbauarbeiter unterschiedslos in gleicher Weise gegenübersteht, wie z. B. der Spinner oder Weber der von ihnen zu bedienenden Maschine. Die Entwicklung war hier eine viel langsamere; ältere Betriebsformen und kleinere Betriebe konnten sich viel länger und viel besser neben den neuen und grossen Betrieben halten als in den Industrien der Faserverarbeitung. Für die Bekämpfung der Kehrseiten des technischen Fortschritts boten sich hier andere Möglichkeiten, andere Wege. Eine der grössten Kehrseiten dieses Fortschritts ist zweifelsohne die Verwandlung des handwerksmässig geschulten Arbeiters in einen einseitig thätigen Teil- oder Specialarbeiter. Ihr konnten aus den angeführten Gründen die Maschinenbauer einen längeren Widerstand entgegensetzen. Und dieser Kampf musste in England schon deshalb, weil das Schulwesen und namentlich der technische Fortbildungsunterricht lange auf das schmächtigste vernachlässigt blieb, einen zunftartigen Charakter annehmen. Damit aber war es wiederum auch unvermeidlich, dass er bis zu einem gewissen Grade dem Fortschritt selbst verhängnisvoll wurde.

Im Verhältnis zu dem einstigen Verzweiflungskampf der Weber und Spinner wider die Maschine kann man den Kampf der Maschinenbauer gegen die ihnen wirklich oder anscheinend schädliche Technik mit einem Guerillakrieg vergleichen. Keine offene Feldschlacht im grossen Stil, keinerlei Versuch, den Gegner zu vernichten, denn eine Bewegung, wie die der Ludditen, verbot sich von selbst, aber dafür hartnäckig wiederholte Versuche, dem Gegner das Vor-

dringen zu erschweren oder durch Ermüdung zu verleiden, — so kämpften die Maschinenbauer gegen die technische Entwicklung, wo sie ihnen nachteilig zu werden schien. Dieser Kampf konnte so lange mit Erfolg betrieben werden, als England anderen Ländern in der Maschinenteknik voraus war. Er musste versagen oder zu einem acuten Zusammenstoss führen, sobald dieser Vorsprung von anderen Ländern eingeholt oder gar überholt ward. Er hatte international denselben Effect, den in vorigen Jahrhunderten auf nationalem Boden die zunftmässigen Handwerkerprivilegien hatten: gewisse technische Fortschritte waren nur da möglich, wo die Amalgamated Engineers nichts zu sagen hatten. Die Vereinigten Staaten und Deutschland drohten England zu überholen, zeigten sich ihm in einigen Zweigen überlegen. Und von dem Moment an, wo dies den englischen Fabrikanten zum Bewusstsein kam, ward der Zusammenstoss mit dem Maschinenbauerverein unvermeidlich. Er trat ein, als 1897 die Maschinenbauer den achtstündigen Arbeitstag zu erkämpfen versuchten.

Der Schreiber dieses ist damals für sein Urteil, das er über jenen Ausstand abgab, bitter angegriffen worden. Weil ich mir herausnahm, nach beendetem Ausstand darzulegen, dass der achtstündige Arbeitstag bei Festhaltung an jener alten Maschinenpraxis unmöglich gewonnen werden konnte, musste ich mir allerhand verdächtigende Redensarten an den Kopf werfen lassen. Wenn ich aber über eine Sache damals im Zweifel war, so nur darüber, ob ich richtig gehandelt hatte, mit Darlegung der auf Grund sorgfältiger Prüfung gewonnenen Ueberzeugung zu warten, bis die Entscheidung gefallen war. Wie man sich erinnert, wurden für jenen Ausstand die Geldmittel deutscher Arbeiter in bis dahin beispielloser Weise in Anspruch genommen. War es richtig, dem ruhig zuzusehen, wenn man sich sagen musste, dass das Geld, wenn auch in durchaus gutem Glauben eingetrieben, an der factischen Sachlage nichts mehr ändern, die Niederlage der Arbeiter nicht abwenden, sehr leicht aber durch Anreiz zur Verlängerung des Kampfes noch zur Steigerung der Entbehrungen der Ausständigen beitragen konnte? Nur ein Gesichtspunct konnte das Schweigen rechtfertigen und versöhnte mich mit ihm: nämlich die Hoffnung, dass jene Beweise hochherziger Solidarität, wenn sie auch im Moment für eine verlorene Sache gebracht wurden, doch durch ihre Rückwirkung auf die Beziehungen zwischen den Arbeitern hüben und drüben sich für die Zukunft von furchtbarer Wirkung erweisen würden. Dies beiläufig. Zur Sache selbst haben zwei Jahre Erfahrung bestätigt, dass der damalige Kampf, was immer er sonst war, doch nicht das war, als was er damals vielen galt: ein Kampf der Fabrikanten behufs Vernichtung der Gewerkschaften. Der in der Hauptsache siegreiche Unternehmerbund hat sich in diesen zwei Jahren nicht nur jeder auf Schwächung der Gewerkschaft gerichteten Thätigkeit enthalten, sondern im Gegenteil streng darauf gesehen, dass die ihm angehörenden Fabrikanten die mit dem Gewerkverein getroffenen Vereinbarungen in jeder Hinsicht innehielten. An örtlichen Reibungen hat es in dieser Zeit natürlich nicht gefehlt, aber sie sind mit wenigen Ausnahmen durch die beim Abschluss des Ausstandes geschaffenen Schlichtungsorgane (Ausschüsse von Fabrikanten und Gewerkschaftsvertretern) ohne Kampf beigelegt worden, und in den paar Fällen, wo es zu Ausständen kam, blieben sie örtlich beschränkt.

Unter diesen Umständen hat der Maschinenbauerverein mit unglaublicher Schnelligkeit die in jenem Kampf erlittenen Rückschläge überwunden. Freilich hat er den Höchststand der Mitgließerzahl, die er vor dem Ausstand hatte,

noch nicht wieder erreicht, aber von Monat zu Monat sieht er sich ihm näher. Bei Beginn des grossen Ausstandes, im Anfang Juli 1897, zählte er 91 919 Mitglieder, wobei aber zu bemerken ist, dass die schon Monate vorher eingeleitete Achtstundenbewegung gerade damals ein plötzliches Anschwellen der Mitgliedschaften bewirkt hatte. Im Anfang August des Jahres 1900 war die Mitgliederzahl 86 086, und bis Anfang November ist sie auf 37 261 gestiegen. Schneller noch, als die Wiedereinholung der alten Kopfstärke, vollzieht sich die finanzielle Erholung — wenn man überhaupt da noch von blosser Erholung reden kann. Denn factisch ist der Vermögensbestand des Vereins heute grösser, als er je war. Er belief sich bei Beginn des grossen Ausstandes auf 350 000 Pfd. Sterl., betrug dagegen am letzten Quartalsabschluss (den 30. September 1900) 376 931 Pfd. Sterl., d. h. mehr als  $7\frac{1}{2}$  Millionen Mark.<sup>1)</sup> Es bewährt sich da wieder einmal eine Thatsache, welche die Webbs in ihrem Buch über die Gewerkvereine energisch hervorheben, nämlich: dass die Erholungskraft der Gewerkvereine alle Berechnungen von Versicherungstechnikern Lügen zu strafen pflegt. In den letzten Monaten des Ausstandes wurde der Maschinenbauerverein von allen möglichen Fachleuten bankrott gesagt. Thatsächlich haben seine Zahlungen keinen Augenblick gestockt, er hat alle während des Ausstandes aufgenommenen Anleihen zurückgezahlt und hat doch jetzt jenen, die ursprüngliche Höhe schon erheblich übersteigenden Vermögensbestand.

Wenn die am Abschluss des Ausstandes getroffenen Abmachungen auch keineswegs vollkommen sind, so dass in den Berichten der Districtsagenten des Vereins allerhand Beschwerden über Verschleppung von Entscheidungen und dergleichen wiederkehren, so haben sie doch jedenfalls zu dieser schnellen finanziellen Kräftigung des Vereins ein gutes Stück beigetragen, und gesteigerte Finanzkraft heisst selbstverständlich auch gesteigerte Actionsfähigkeit, falls irgend welche grössere Kampfaction nötig werden sollte.

Einstweilen sieht es indes nicht danach aus. Wohl schweben zur Zeit allerhand Streitfragen, aber die erwähnten Bestimmungen schieben die entscheidende Verhandlung den beiderseitigen Centralvorständen zu, und diese sind sich ihrer Verantwortung viel zu sehr bewusst, um es leichthin auf einen Kampf ankommen zu lassen. Eine kombinierte Sitzung der Vorstände von Unternehmerverband und Gewerkschaft fand im letzten October statt, und es ist von Interesse, den Bericht des Gewerkschaftsvorstandes darüber zu vernehmen. Er steht im November-Heft des Vereinsorgans und lautet:

„Wir hatten im Laufe des Monats Gelegenheit, mit dem Vorstand des Unternehmerverbandes in Centralconferenz zusammenzukommen. Auf beiden Seiten standen seit einiger Zeit verschiedene Angelegenheiten aus, und wir hatten die Bestimmungen der (Friedens-) Abmachung zu discutieren, nachdem wir ihre Abänderung schriftlich beantragt hatten. Die Unternehmer haben jetzt über die Abhaltung einer Generalconferenz zu beraten, und wir werden später das Unsrige darüber zu sagen haben. Es gelang uns, für den District Edinburg die Bezahlung von Ueberzeitarbeit mit 50 % Aufschlag zu erlangen, und ferner erlangten wir eine Empfehlung des Unternehmervorstandes zu Gunsten von Zahlung der Sätze für Arbeiten ausserhalb der Werkstatt, wegen deren unsere Mitglieder in Middlesbrough mit den Unternehmern in Conflict lagen. Die Frage der Arbeit an Maschinen kam infolge von Beschwerden über die Fabrik von Bodden in Oldham und Dobson & Barlow in Bolton zur Sprache, aber mit Bezug auf diesen Punct standen die Friedensbestimmungen jeder voraussichtlich

<sup>1)</sup> Nicht ganz ein Drittel davon, nämlich 121 756 Pfd. Sterl., gehören dem für die Alterspensionscasse des Vereins bestimmten Reservefonds,

annehmbarer Entscheidung oder Empfehlung im Wege. Die Unternehmer wünschten Abänderung der am Tyne geltenden Bestimmungen über Arbeiten ausserhalb der Fabriken, aber nachdem wir darauf hingewiesen, dass die Aenderung auch andere Gewerbe als das unsere treffen würde, erklärten sie sich damit einverstanden, die Sache so lange anstehen zu lassen, bis eine örtliche Conferenz stattgefunden hat, an der alle beteiligten Gewerbe teilnehmen können.“

Dieser kurze Bericht lässt das gegenwärtige Verhältnis der beiden Vereinigungen zu einander deutlich erkennen. Aus dem Stück, das wir im gesperrten Satz bringen, ersieht man ferner, dass die Frage der Besetzung der Maschinen, die beim Ausstand von 1897-98 eine so grosse Rolle gespielt hat, noch keineswegs endgültig erledigt ist. Die erwähnten Vorfälle in Bolton und Oldham betreffen die Uebertragung von Arbeiten, auf welche die sogenannten gelernten Arbeiter ein ausschliessliches Recht in Anspruch nehmen, an sogenannte unqualifizierte Arbeiter. In den Reihen der ersteren wird es noch immer als ein auf jede mögliche Weise zu bekämpfender Eingriff in ihr Recht betrachtet, wenn solche Aenderung in der Besetzung von Maschinen stattfindet.

Man thut gut, diesen Widerstand nicht lediglich als reactionäre oder engherzige Zünftelei aufzufassen, sondern ihn, gemäss dem weiter oben Dargelegten, als Auflehnung gegen die Tendenz zu betrachten, den Arbeiter durch beständig weiter ausgebildete Specialisierung in einen ganz und gar abhängigen Teilarbeiter zu verwandeln. So wenigstens sehen ihn viele, sonst nicht nur durchaus socialistisch gesinnte, sondern diese Gesinnung auch in opferfreudigster Weise bekräftigende Maschinenbauer an. Für sie handelt es sich thatsächlich um einen Kampf für ihr Menschthum in der Fabrik. Sie geben zu, dass der Kampf in einzelnen Fällen Härte gegen unangelernte Arbeiter bedeuten kann, aber sie behaupten, dass diese Härten in keinem Verhältnis zu dem Vorteil stehen, den die Gesamtheit von dieser Politik hat. Der ungelernete Arbeiter sei erfahrungsmässig auch der nachgiebigste, am leichtesten zu drückende Arbeiter, und zugeben, dass er für gewisse Arbeiten eingeübt werde, heisse ruhig der Einexercierung von zukünftigen Strikebrechern zusehen.

Dass in dieser Argumentierung ein Stück Wahrheit steckt, ist nicht zu bestreiten. Es fragt sich nur, wie weit es reicht.

Als der grosse Ausstand sich zu einem Kampf um die Maschinenfrage zugespitzt hatte und die Unternehmer in der ihnen zugängigen Presse den Maschinenbauerverein anklagten, dass er seine Mitglieder anhalte, die arbeitsparende Wirkung neuer Maschinen durch allerhand Manöver zu vereiteln, richtete der Redacteur einer Fachzeitschrift, die sich stets durch eine hohe Unparteilichkeit gegenüber Gewerbeconflicten ausgezeichnet hat, Major Jones, von der Shipping World, einige bestimmt formulierte Fragen an den Generalsecretair des Vereins, G. Barnes, wie es sich mit dieser Sache verhalte. Barnes gab zu, dass es Mitglieder des Vereins gebe, die gemäss der „irrigen Ansicht“ handelten, dass sie ihr Interesse förderten, wenn sie planmässig hinter ihrer Leistungsfähigkeit zurückblieben, erklärte aber kategorisch, dass dies ohne Zustimmung und gegen den Wunsch des Vereins geschehe. Weiter erklärte Barnes, er billige es durchaus, wenn die englischen Fabrikanten danach strebten, angesichts der starken internationalen Concurrenz den Productionspreis englischer Fabrikate durch bessere Arbeit, arbeitsparende Maschinen und zweckmässigere Einrichtungen, so weit als möglich zu ermässigen. Diese Erklärung trug damals viel dazu bei, den Friedensschluss herbeizuführen.

Neuerdings kommt Major Jones nun in der *Shipping World* in einem Artikel über mechanische Werkzeuge im Schiffs- und Maschinenbau auf die Sache zurück, und die Leitung des Maschinenbauerverbands druckt den Artikel, sicherlich nicht ohne Absicht, in ihrem Monatsblatt ab. Es heisst da u. a.:

„Ich habe starken Glauben an die guten Rückwirkungen, die der Maschinenbauerkampf von 1898 in den Köpfen aller — der Arbeitsherren, der Arbeiter und des Publicums — zurückgelassen hat. Die Arbeiter haben erkannt, dass diejenigen, die am schärfsten gegen sie kämpften, ihre besten Freunde waren; dass die grossen Arbeitsherren den Gewerkschaften als Organisationen für den Meinungs-austausch und die Verständigung freundlich gegenüberstehen, dass sie die kleinlichen Despoten in den eigenen Reihen verachten und keine Gegner guter Löhne sind. Die Arbeitsherren kamen dahinter, dass die gerügten Störungen in der Regel von geschäftigen Gewerkschaftsbeamten am Ort und nicht vom Hauptquartier der Gewerkschaft ausgingen, dass die Gegnerschaft gegen mechanische Werkzeuge ein auf Unwissenheit beruhendes Vorurteil und die Haltung des Maschinenbauervereins in der Tarifrage ein Compromiss zwischen der Einsicht und der Unwissenheit war. Die Einsichtigeren wussten, dass es den Zweck von Maschinen vereiteln hiess, wenn man sie mit unnötigen Kosten belastete. Aber sie hatten nicht die nötige Macht und den nötigen Einfluss, dem Princip zum Durchbruch zu verhelfen.<sup>2)</sup> Und die Arbeitsherren fanden weiter, dass das Schwergewicht der öffentlichen Meinung mit ihnen war in der Maschinenfrage, vielleicht auch (im Hinblick auf die internationale Concurrenz) in der Achtstundenfrage, aber mit den Arbeitern und mit America auf seiten der Abschaffung des Arbeitens vor dem Frühstück: das ist wenigstens meine Ansicht . . .“

So die *Shipping World*. Und an einer vorhergehenden Stelle hiess es mit Bezug auf die Aufklärung der Geister durch den grossen Ausstand:

„Die Gegnerschaft und Widersetzlichkeit gegen die Einführung mechanischer Werkzeuge ist noch nicht völlig verschwunden; Krakehle wegen Abgrenzung von Arbeiten quälen noch immer Unternehmer und Gewerkschaftsführer; aber beide sind in Abnahme begriffen — sie gehen den Weg des alten Verbots der Maschinenausfuhr. Die Arbeiter haben von der erleuchteteren Politik, die ihre Führer vertreten, an meisten zu erwarten.“

Es ist an diesen Ausführungen an sich nichts sonderlich Bemerkenswertes; die in ihnen entwickelten Anschauungen sind schon oft dargelegt worden, und in einzelnen Punkten fehlen sie sogar durch zu starke Verallgemeinerung. Bemerkenswert aber ist ihre vorbehaltlose Reproduction im Organ des Maschinenbauervereins. Seit längerer Zeit wird dort wieder die Frage der Specialisierung in der Maschinenindustrie lebhaft erörtert, die in engster Verbindung steht mit der Frage der Tarifierung der Maschinenarbeiten und der Besetzung („*manning*“) der Maschinen. Und wenn es da nicht an Stimmen fehlt, die jeden Widerstand gegen die Specialisierung für hoffnungslos und zweckwidrig erklärten, so stehen ihnen doch noch genug Leute gegenüber, die von keiner grundsätzlichen Abwendung von der alten Taktik wissen wollen. Der Vorstand des Vereins hat bisher einen Mittelweg zwischen diesen Extremen eingehalten; ob aber bloss, weil es ihm an der nötigen Macht fehlt, seiner besseren Einsicht gegen die veralteten Anschauungen zum Durchbruch zu verhelfen, das möchte ich nicht so unbedingt behaupten. Mir schein vielmehr, als ob er selbst noch starken Zweifel darüber hegt, wie weit in diesen Punkten die Ergebung in die Gesetze der Concurrenz gehen soll.

Bis zu einem gewissen Grade macht sich da die Thatsache geltend, dass die socialistischen und socialreformerischen Schriftsteller, welche den vor-

<sup>2)</sup> Der Artikel spielt hier auf die Forderungen an, welche Zweigvereine des Maschinenbauervereins bis 1898 hinsichtlich der Tarifierung („*rating*“) von Arbeiten an neuen Maschinen zu stellen pflögten und wobei die durch die Vervollkommnung der Maschinen vereinfachte Natur der Arbeiten wiederholt ungenügend oder gar nicht in Rechnung gestellt wurde.

geschritteneren Teil der englischen Arbeiter am stärksten beeinflusst haben, von Carlyle und Ruskin angefangen bis auf William Morris, einen ausgeprägt romantischen Zug hatten. Spricht man mit Arbeitern, die sich an Ruskin und Morris gebildet haben, so merkt man bald, dass die Gegnerschaft gegen die Specialisierung bei ihnen nicht nur in ökonomischen Interessenfragen wurzelt, sondern auch in der Idee, es müsse einmal der Zeitpunkt kommen, wo die auf sie gerichtete Bewegung einer Gegenbewegung weichen werde, oder dass es für England angehe, die weitgetriebene Specialisierung andern Ländern zu überlassen und sich auf Productionen zu verlegen oder zu beschränken, wo der Vollarbeiter die entscheidende Rolle spiele.

Diese Vorstellung hat etwas sehr Ansprechendes. Wie wenig es aber möglich ist, nach ihr zu handeln, zeigt die Thatsache, dass der Verein der Maschinenbauer in der Fundamentalfrage für die Unterscheidung zwischen Voll- und Teilarbeitern schon vor dem Geist der modernen Industrie capituliert hat. Der Vorstellung oder der Tradition nach beruht diese Unterscheidung darauf, dass der Vollarbeiter eine regelrechte Lehre durchgemacht haben soll, und in den Satzungen des Vereins wird denn auch noch die Ablegung einer fünfjährigen Lehrlingschaft als Bedingung für die Aufnahme in den Verein verlangt. Thatsächlich aber hat sich der Verein unter dem Zwang der Verhältnisse genötigt gesehen, auf den Nachweis einer wirklichen Lehrlingschaft zu verzichten und sich mit Ausweisen darüber zu begnügen, dass der betreffende Arbeiter vor abgelaufenem 21. Jahre fünf Jahre in Mechaniker- oder Maschinenwerkstätten als „Lehrling“ gearbeitet habe. In einer wachsenden Zahl von Fällen ist damit die Regel, die den Vollarbeiter auf einer gewissen Höhe qualitativer Leistungsfähigkeit halten soll, soweit die grundlegende Ausbildung in der Werkstatt in Frage kommt, zur Fiction geworden und bewährt sich die Vorschrift nur noch als Mittel, durch Satzungen über das Verhältnis der zu haltenden Zahl von „Lehrlingen“ zur Zahl der vollbezahlten Arbeiter der Concurrentenzüchtung Schranken zu setzen. Das wahre Gegenmittel gegen die Vereinseitigung des Arbeiters unter der Rückwirkung der durchgeführten Specialisation in der Werkstatt besteht bekanntlich in der methodischen Arbeitsteilung zwischen Werkstatt und Schule, bezw. Fach- und Fortbildungsschule. Unter diesem Gesichtspunct haben sich aber die Gewerkschafter noch wenig mit der Lehrlingsfrage befasst, so sehr sie sonst für die Hebung des Schulwesens eintreten.

Nach allem Ausgeführten sieht man, dass der Verein der amalgamirten Maschinenbauer in den Tagen, wo er seinen fünfzigjährigen Bestand feiert, sich vor wichtigen Problemen sieht. Seit Beginn der neunziger Jahre, wo er sich aus einer verphilisterten Verbindung in eine active Gewerkschaft umwandelte, hat er tüchtige Schritte vorwärts gemacht. Er hat viele Vorurteile abgestreift und ist ein führendes Glied des vorgeschritteneren Flügels der britischen Gewerkschaftsbewegung geworden. Aber er ist auf halbem Wege stehen geblieben. Den neuesten Entwicklungen seiner Industrie gegenüber beschränkt er sich auf eine Politik des Treibenlassens. Er hat den unqualificierten oder halbqualificierten Arbeitern seine Thore geöffnet, aber da er es nicht über sich bringt, radical mit einer Politik zu brechen, welche gerade die tüchtigsten Elemente unter denselben abstösst, haben bisher nur erst wenige von ihnen seiner Einladung Folge geleistet. Es muss daher abgewartet werden, ob seine Kräftigung weitere Fortschritte macht, wenn der gegenwärtige flotte Geschäftsgang einer flauerer Thätigkeit Platz gemacht hat.



Immerhin hat der Verein seine Lebensfähigkeit in achtunggebietender Weise bewährt. Ausserordentlich gering war der Verlust an Mitgliedern, als er nach 30 wöchentlichem Kampfe finanziell entkräftet dastand, und die andauernde Bereitwilligkeit der Mitglieder, durch Extrasteuern die Finanzen des Vereins in möglichster Kürze wieder auf den alten Stand zu bringen, verdient das höchste Lob. Es macht sich in Deutschland heute vielfach eine abfällige Beurteilung der englischen Gewerkschaften geltend, zu der mancher Grund vorliegt, die aber nicht übertrieben werden darf. Gewiss ist es in hohem Grade zu bedauern, dass sich die Masse der englischen Gewerkschafter so schwer zu einem Verständnis dessen bringen lässt, was auf dem europäischen Festland vor sich geht, und sich den von dort kommenden Anregungen so spröde gegenüberstellt. Aber bei ihnen wirkt eben die Thatsache noch nach, dass der britische Trades-Unionismus unter ganz anderen Verhältnissen aufgewachsen ist, als die festländische Bewegung. Bei der Sachlage, wie er sie von Mitte der vierziger Jahre bis fast gegen Ende des Jahrhunderts vor sich sah, konnte er nur als Bewegung der Arbeiteraristokratie Kraft gewinnen, und die Auffassungen, die in Jahrzehnten erworben wurden, schütteln sich nicht von heut auf morgen ab. Wenn die deutschen Gewerkschaften sich meist rückhaltlos in die Veränderungen schickten, welche die Entwicklung der Technik mit sich brachten, so ist das nicht ausschliesslich Frucht einer höheren Einsicht in die Gesetze socialer Entwicklung. Viel hat auch dazu beigetragen, dass es ihnen bisher an der Kraft zum Widerstand gegen unliebsame Neuerungen mangelte, und dass sie auf grössere Lösungen durch politische Action rechneten, eine wachsende politische Arbeiterpartei neben sich sahen. Die Engländer waren durch politische Fehlschläge enttäuscht, und daher wendete sich ihre Energie in viel höherem Maasse der Gewerkschaftsaction zu, bei der es nicht immer die blossе Zahl ist, die den Sieg entscheidet.

Indes, neben den Fehlern einer Arbeiteraristokratie haben die britischen Trades Unions auch manche Vorzüge einer solchen entwickelt. Die Annalen des Maschinenbauervereins weisen viele Blätter auf, die von solchen erzählen, und es würden ihrer noch mehr sein, wenn die Schwerfälligkeit seiner Leitung nicht so oft seine Leistungsfähigkeit hemmten. Auch heute noch sind die Vollmachten seiner Centralleitung viel zu geringe, wenn sie auch durch die Verfassungsänderung zu Anfang der neunziger Jahre und die Friedensabmachungen nach dem grossen Ausstand eine gewisse Stärkung erfahren haben. Scheinbar im Widerspruch mit der Demokratie wirkt diese Stärkung der Centralleitung factisch auf Stärkung des demokratischen Geistes im Verein — der Particularismus weicht modernen Auffassungen. Wünschen wir am Jubelfeste dieser machtvollen Organisation, dass sie die vor ihr liegenden Probleme in diesem Sinne lösen möge, ohne darum doch des besseren Theils ihrer aristokratischen Vergangenheit verlustig zu gehen!

## Die Probe aufs Exempel!

Von

Adolph von Elm.

(Hamburg.)

War das ein gefundenes Fressen für die gesanite capitalistische Pressmeute — der Strike der Verbandsbuchdrucker in der Officin der Leipziger Volkszeitung!

In edler sittlicher Entrüstung wettern die Anwälte des Capitals: „Nach aussen predigen die Umsturzapostel stets weitestgehende Freiheit. Und in Wirklichkeit? Da sind gerade die Umsturzapostel die herrschsüchtigsten Tyrannen. Ihnen soll sich alles unterordnen, und wenn in der Partei einmal irgend wer dagegen aufzutreten wagt und von der Freiheit der Ueberzeugung spricht, dann wird er geduckt, dann wird alles daran gesetzt, ihn zu bewegen, dass er zu Kreuze kriecht. Dafür giebt allen denen, die das Wesen der Socialdemokratie nicht gekannt haben, der Leipziger Vorgang die trefflichste Illustration.“

Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht! Die so für die „Freiheit der Ueberzeugung“ kämpfen — man staune — sind die Scribenten des ehemaligen Bismarckorgans — der Hamburger Nachrichten!

Als Illustrationsprobe der Freiheit, die es meint, bringt dasselbe Blatt dann in der nächsten Nummer — der vom 7. December — einen Leitartikel, in welchem es erklärt: „Das Socialistengesetz hatte nur den einen Fehler, dass es nicht für ein Menschenalter gegeben wurde . . . . Durch eine Verbesserung der Lage der Arbeiter würde deren Unzufriedenheit nur gesteigert werden. Jede weitere Einschränkung der Kinder- und Frauenarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit, jede Lohnerhöhung müsste deshalb entschieden bekämpft werden. . . . Ganz entschieden müsste es zurückgewiesen werden, den Arbeitervereinigungen, seien es Gewerkschaften, Gewerkvereine oder confessionelle Arbeitervereine, Corporationsrechte, volle Coalitionsfreiheit einzuräumen.“

Und diese Herren wagen es, von „Freiheit der Ueberzeugung“ zu declamieren. Wenn alle, die die Handlungsweise der Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung kritisiert haben, von diesem Schlage wären, wäre es für diese ein Kinderspiel, mit ihnen fertig zu werden.

Aber die Sperre über die Druckerei der Leipziger Volkszeitung wurde verhängt durch den grossen Buchdruckerverband, der bestorganierten Gewerkschaft in Deutschland, und niemand kann das Verfahren der Leipziger Volkszeitung schärfer kritisieren, als dies durch die socialdemokratische Fraktion geschehen ist, die ihren Standpunct gegenüber dieser Affaire in folgender Erklärung zum Ausdruck gebracht hat:

„Die socialdemokratische Fraktion hat sich mit dem Conflict beschäftigt, der zwischen der Buchdruckerei der Leipziger Volkszeitung und den Leipziger Parteigenossen einerseits, den ausständigen Setzern und dem Verbands der Buchdrucker andererseits entstanden ist.

Die socialdemokratische Fraktion constatirt, dass es sich in diesem Conflict nicht um Meinungsverschiedenheiten wegen der Arbeitsbedingungen handelt, die allen Ansprüchen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entsprechen. Es handelt sich vielmehr nur darum, dass die Buchdruckerei der Leipziger Volkszeitung auf Beschluss der Leipziger Parteigenossen den Grundsatz aufstellte, dass bei Entlassung von Arbeitern die Frage massgebend sein solle, ob die Betreffenden an der agitatorischen Thätigkeit für die socialdemokratische Partei sich betheiligen oder nicht.

Infolge der Einführung von Setzmaschinen war die Geschäftsleitung genötigt, Arbeiter zu entlassen; nachdem bereits vor einiger Zeit zwei Mitglieder der Buchdrucker-gewerkschaft entlassen worden waren, wurde neuerdings auf Grund jenes gefassten Beschlusses zwei Mitgliedern des Buchdruckerverbandes gekündigt, die in Gemeinschaft mit ihren Verbandscollegen diese Gründe für ihre Kündigung nicht anerkannten, weshalb sämtliche in der Leipziger Volkszeitung beschäftigten Mitglieder des Buchdruckerverbandes kündigt und die Arbeit niederlegten.

Die Fraktion ist von jeher und zwar unter Zustimmung der ganzen Partei dagegen aufgetreten, wenn die Leiter von Staats- oder Privatbetrieben Arbeiter entliessen, weil

diese einer ihnen missliebigen Partei angehörten. Von diesem Gesichtspuncte aus kann die Fraction es auch nicht billigen, dass die Frage, ob ein Arbeiter eine gewünschte politische Thätigkeit ausübe oder nicht, bei der Kündigung oder Entlassung in Parteigeschäften entscheidend sei.

Die Fraction spricht deshalb die Hoffnung aus, dass die Leipziger Parteigenossen alles aufbieten werden, um den gemachten Missgriff auszugleichen und die daraus entsprungnen Differenzen zu beseitigen, sie erwartet aber auch, dass der Buchdruckerverband eine Kampfweise einstellt, welche die herrschende Verbitterung nur verschärfen muss.

Die Fraction erklärt sich bereit, die Vermittelung zwischen den Streitenden zu übernehmen.

Berlin, den 30. November 1900.

Im Auftrage der Fraction:

Der Fractionsvorstand.

Auer. Bebel. Meister. Pfannkuch. Sing er.“

Angesichts des so wichtigen Vorgangs, und um einer Wiederholung solcher das Ansehen der Partei eminent schädigender Fälle vorzubeugen, hält der Verfasser dieses Artikels es doch für dringend geboten, die Angelegenheit eingehend zu erörtern, und fühlt sich auch seinerseits verpflichtet, im Interesse der Organisationsarbeit in dieser Principienfrage öffentlich Stellung zu nehmen.

Wenn der Grundsatz, bei Entlassungen die Parteithätigkeit in erster Linie zu berücksichtigen, nur von der Geschäftsleitung und Redaction der Leipziger Volkszeitung vertreten und sonst nirgends innerhalb der Partei gebilligt worden wäre, so würde der Vorgang zu einer besonderen Erörterung kaum Veranlassung bieten; es steht aber fest, dass ein grosser Teil der Leipziger Parteigenossen und auch eine Reihe von Genossen ausserhalb Leipzigs es für vollständig berechtigt halten, dass in Parteigeschäften von den Angestellten eine Thätigkeit innerhalb der Partei, eventuell noch eine solche ganz hervorragender Art, verlangt wird. Nun wäre es ja thöricht, bei diesen Genossen von einem brutalen Unternehmerstandpunct reden zu wollen; nein — all' diesen Genossen ist die Partei das Höchste, das Hehrste, was sie kennen, und sie halten es für die selbstverständliche Pflicht eines jeden Arbeiters, und natürlich in erster Linie desjenigen, der in einem Parteigeschäft arbeitet, für die Partei thätig zu sein. Deshalb sind sie ehrlich entrüstet darüber, dass dies bei einem grossen Teil der Buchdrucker in nur geringem Grade der Fall ist. Das ist denn auch der Hauptgrund, weshalb in vielen Orten die Buchdrucker sich in den Kreisen der Parteigenossen nicht besonnderer Sympathie erfreuen.

Es wird schwer halten, diese Genossen davon zu überzeugen, dass, sofern sie als Unternehmer auftreten, ihr Standpunct genau so verdammenswert ist, als der irgend eines brutalen Capitalisten, der die Arbeiter wegen ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Thätigkeit massregelt. Hier kann und darf aber kein anderer Grundsatz gelten, als der: Was du nicht willst, dass man dir thu' — das füg' auch keinem andern zu!

Vom rein geschäftlichen Standpunct aus — und dieser muss von uns doch auch berücksichtigt werden, sobald wir selbst Geschäfte betreiben — ist es sogar das Verkehrteste, was man thun kann, wenn man die geschäftliche Tüchtigkeit eines Arbeiters gegenüber seiner aussergeschäftlichen Thätigkeit hintenanstellt. Wohin kommen wir da?

Wir ziehen uns innerhalb unserer Reihen ein Schmatrotzertum gross, welches seine eigene Meinung denen stets unterordnen wird, welche in unseren geschäftlichen Betrieben die ausführende Gewalt in Händen haben, wir schaffen unter Umständen diesen Personen eine Schutzgarde, welche eventuell auch geneigt sein wird, nicht einwandfreie Praktiken derselben innerhalb der Partei zu decken.

Aber, wird man mir vielleicht entgegen, verlangen nicht auch die Arbeiter sogar in Privatbetrieben, dass ihre sämtlichen Kollegen der gewerkschaftlichen Organisation angehören müssen? Ganz recht — mir ist sogar ein Betrieb bekannt — die Tabakarbeitergenossenschaft —, in welchem die Arbeiter in einer Fabrikversammlung beschlossen haben, ausser der gewerkschaftlichen Thätigkeit von ihren Mitarbeitern zu verlangen, dass sie auch Mitglied der socialdemokratischen Partei sein müssen. Aber man vergesse nicht: es sind hier die Arbeiter selbst, die sich durch einen freien, nicht von der Geschäftsleitung herbeigeführten Beschluss, diesen Zwang auferlegen. Wenn es infolge dieses Beschlusses zu Streitigkeiten unter den Arbeitern kommen sollte, wenn vielleicht die Entlassung von Arbeitern aus dem Grunde verlangt werden würde, weil sie nicht mehr der Partei angehören, so bleibt es der Geschäftsleitung jederzeit überlassen, zu handeln, wie sie es für zweckmässig erachtet.

Die geschäftliche Zweckmässigkeitsfrage kann aber je nach Umständen ganz verschieden beurteilt werden. Angenommen, die Partei selbst würde sich, wie dies doch schon einmal der Fall war, in zwei Teile spalten, würde es da für eine Geschäftsleitung geraten sein, sich der einen Hälfte zu Gefallen in der Auswahl tüchtiger Arbeitskräfte beschränken zu lassen? Das wäre entschieden falsch, und ich würde es für eine unverzeihliche Schwäche der Leitung halten, wenn sie derartigen Beschlüssen einer Mehrheit der Arbeiter ihres Betriebes nachgeben würde. Beschlüsse der Arbeiter, die die Zugehörigkeit zur Partei betreffen, können immer nur dann berücksichtigt werden, wenn die überwiegende Mehrheit der in der gesamten Branche am Orte beschäftigten Kollegen es für die Ehrenpflicht eines Arbeiters hält, auch der politischen Organisation anzugehören. Dies ist bei den Tabakarbeitern in Hamburg der Fall; bei den Buchdruckern in Leipzig dürfte dies heute leider noch nicht zutreffen.

Nun aber spielen in Leipzig bei der dort zu Tage tretenden Intoleranz noch andere Motive eine Rolle, als die bisher berührten. Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker ist es, die von Leipzig aus von einer kleinen Sprengcolonne von Buchdruckern in der ungehörigsten und gehässigsten Weise bekämpft wurde. Das Leipziger Gewerkschafts-cartell hat sich auf den Standpunct der Organisationsbrecher unter den Buchdruckern gestellt, die Vertreter der organisierten Buchdrucker aus dem Cartell ausgeschlossen und diesen Beschluss aufrecht erhalten, obgleich vom Gewerkschaftscongress der Verband deutscher Buchdrucker als die einzig berechtigte Organisation anerkannt wurde. Ja, man trieb in Leipzig seitens der Gewerkschaften die Unduldsamkeit so weit, dass man die circa 2500 Mitglieder zählende Buchdruckerorganisation zu gunsten von 30 bis 40 in Gegensatz

zum Buchdruckerverband und dessen Beschlüssen vereinigten Buchdruckern von der Vertretung im Gewerbeschiedsgericht, der Ortskrankencasse, neuerdings auch der Unfalluntersuchung ausschloss.

Und das Gros der Parteigenossen in Leipzig? Anstatt sich bei diesen Streitigkeiten doch mindestens neutral zu verhalten, nahm es Stellung gegen den Verband, für die sogenannte Gewerkschaft der Buchdrucker. Verbandsbuchdrucker, die früher in der Partei hervorragend tätig waren, wurden in unerhört illoyaler Weise aus der Partei ausgeschlossen! Anderen wurde die Thätigkeit in der Partei, wie sie erklärten, durch die fortgesetzten gehässigen und persönlichen Treibereien direct „verekelt“. Die Redaction und Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung stützte und förderte die Opposition gegen den Verband; ohne deren Schutz würde die „Gewerkschaft“ der Buchdrucker längst von der Bildfläche verschwunden sein.

Ist da die Beschwerde der organisierten Buchdrucker nicht nur zu berechtigt, dass es sich bei den letzten Entlassungen um nichts Geringeres, als um ein planmässiges Vorgehen gegen ihre Organisation handelt?

Und so hat sich denn der traurige Bruderzwist in Leipzig zugespitzt zu einem Kampfe zwischen einer grossen und anerkannt tüchtigen Gewerkschaftsorganisation und der Partei. Bei den in Leipzig propagierten Anschauungen über die Gewerkschaften ist dies nur zu erklärlich. Die Bedeutung einer Gewerkschaft wird dort nur danach beurteilt, inwieweit durch deren Thätigkeit vermeintlich revolutionäre politische Anschauungen gefördert werden, das Wirken einer Gewerkschaft für die Verbesserung der Lebenshaltung für ihre Berufscollegen scheint demgegenüber Nebensache zu sein. Aus missverstandener Principientreue wird der Abschluss von Tarifvereinbarungen auf längere Frist für unsocialistisch, für reactionär erklärt, man operiert mit einer ganzen Reihe von kräftigen Schlagworten, wobei der völlig falsch verstandene Begriff der gewerkschaftlichen Kampforganisation die Hauptrolle spielt.

Natürlich finden bei diesen Leuten nur „socialistische“ Gewerkschaften Anerkennung, die Neutralität der Gewerkschaften wird selbstverständlich auf das entschiedenste von ihnen verurteilt.

Wenn in irgend einem Orte es notwendig ist, dass die Begriffe über das Verhältnis der Gewerkschaften zu der Partei und umgekehrt einer ganz gründlichen Revision unterzogen werden, so ist dies in Leipzig erforderlich.

Bei den Erörterungen über die Neutralität der Gewerkschaften wurde von den Gegnern derselben sehr viel von dem socialistischen Geiste geredet, von dem die Gewerkschaften durchdrungen sein müssen. Ich habe damals wiederholt erklärt: Worte thun's nicht, nach ihren Handlungen sollt ihr eine Gewerkschaft beurtheilen!

Wer aber ist es, der in dem gegenwärtigen Fall in socialistischem Geiste handelt, die angeblich „socialistische Gewerkschaft“ der Buchdrucker oder die von den Neutralitätsgegnern als Harmoniedusler verschrienen Verbandsbuchdrucker? Die Erklärung der Fraction zeigt zur Genüge, wer von beiden Teilen den socialistischen Standpunct wahrte, und es hilft nun einmal nichts, es muss gesagt werden: ob die Firma Leipziger Volkszeitung oder Stumm & Co. heisst, wer bei einer Arbeitseinstellung, welche

erklärt wurde infolge von Massregelungen wegen der politischen Gesinnung oder Thätigkeit und welche beschlossen wurde durch die grosse Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Berufscollagen weiter arbeitet, wie dies die „socialistischen Gewerkschafter“ in Leipzig thun, der ist ein Strikebrecher, und zwar einer der schlimmsten Sorte.

Hier haben wir die Probe aufs Exempel! Dieser Fall zeigt deutlich, wohin die Verquickung gewerkschaftlicher mit politischer Parteithätigkeit führt.

Genossen, welchen nicht durch starren Parteidocrinarismus vollständig der Blick getrübt war, wussten dies längst. War doch die Spaltung der Partei in den Vereinigten Staaten von America auch nichts weiter, als eine Folge der Gründung und Fäulung sogenannter socialistischer Gewerkschaften durch die Parteifanatiker. Die dort gemachten bitteren Erfahrungen sind wirkungslos an der Verbohrtheit auch unserer deutschen Parteifanatiker abgeprallt — wird Leipzig sie nun endlich eines Besseren belehren?

Als Regel und Richtschnur sollte uns als Parteigenossen dienen, den Beschlüssen grosser gewerkschaftlicher Verbände und der Gewerkschaftscongresse dieselbe Berücksichtigung und Wertschätzung angedeihen zu lassen, welche wir von allen Parteigenossen für unsere Parteitagsbeschlüsse fordern. Das disciplinwidrige Verhalten der Leipziger Genossen bei der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen darf uns allerdings nicht als Beispiel dienen.

Was der einen Gewerkschaft gegenüber recht ist, muss jeder anderen gegenüber billig sein, wir müssen als Grundsatz anerkennen, dass wenn die Gewerkschaft auf ihrem Verbandstag ordnungsgemäss in einer wichtigen Angelegenheit einen Beschluss gefasst hat, wir als Partei es unter allen Umständen zu vermeiden haben, gegen diesen Beschluss, und sei dies auch nur an einem einzigen Orte, Stellung zu nehmen.

Was würden die Tabakarbeiter, Maurer, Metallarbeiter oder andere sagen, wenn eine kleine Sprengcolonne sich von ihrer Gewerkschaft absonderte und zur Bekämpfung der Organisationsbeschlüsse ein eigenes Organ herausgäbe und diese Organisationsbrecher von unserer Parteipresse oder in von uns geleiteten Betrieben bevorzugt werden würden? In einzelnen Gewerken haben wir heute schon dasselbe Schauspiel, wie bei den Buchdruckern. In Hamburg z. B. hat eine Handvoll Maurer, um den Beschluss des Verbandes der Maurer in Hamburg, die Wochenlohnarbeit allgemein einzuführen, zu durchkreuzen, eine sogenannte freie Vereinigung der Maurer gegründet. Bedauerlicherweise sind auch hierunter Leute, die schon jahrelang Mitglieder der Partei sind. In der Frage: Wochenlohn oder Accordarbeit? sind die Anschauungen in unseren Reihen geteilt; wenn nun die Geschäftsleitung eines Parteibetriebes deshalb, weil sie vielleicht die Beseitigung der Accordarbeit für undurchführbar hält, der kleinen Gruppe von Accordmaurern die Arbeit zuwenden und den Arbeitsnachweis des Verbandes der Maurer umgehen wollte — was dann? Würden sich die organisierten Maurer dies stillschweigend gefallen lassen? Keineswegs!

Und deshalb — weil in einem gleichen Fall, wie der der Buchdrucker in Leipzig, jede Gewerkschaft von der Partei Anerkennung der Organisation

und der Beschlüsse derselben verlangen müsste und würde, sollten auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter anderer Berufe schon dieses Mal entschieden für die Buchdrucker Stellung nehmen. In solchen Fällen keine Farbe bekennen wollen, aus Furcht, vielleicht einigen guten Parteigenossen vor den Kopf zu stossen, könnte für die Zukunft die Dinge nur verschlimmern. Wollen wir ernstliche Conflicte zwischen Partei und Gewerkschaften vermeiden, dann gilt es, bei Zeiten dem Parteifanatismus, der Intoleranz energisch entgegen zu wirken. Nur bei gegenseitiger Achtung und Wertschätzung kann ein friedliches und harmonisches Nebeneinanderwirken der beiden grossen Bewegungen ermöglicht werden, und nur dann wird es vorwärts gehen. Um die Arbeit von dem Drucke capitalistischer Ausbeutung zu befreien, ist sowohl die gewerkschaftliche wie die politische Organisation notwendig. Jeder Bruderzwist zwischen diesen beiden schwächt unsere Kraft, hemmt uns im Kampf gegen den gemeinsamen Feind.<sup>1)</sup>

## Die Kohlenteuerung.

Von

Robert Schmidt.

(Berlin.)

Der Haushaltsetat der Familie wird gegenwärtig durch eine hohe Preislage fast aller notwendigen Gebrauchsartikel stark belastet. Wohl am unangenehmsten wird die grosse Preissteigerung für Kohlen empfunden, und es hat sich deshalb gegen das Consortium, das für diese Preistreiberei die Verantwortung trägt, mit Recht der ganze Unmut aller Consumenten gerichtet. Während von einigen unserer Parteifreunde vielfach das Kohlensyndikat als der Hauptschuldige bezeichnet wird, schwankt in bürgerlichen Kreisen mehr das Urtheil, um bald die Händler, bald das Syndikat als die grössten Uebelthäter hinzustellen, je nach der politischen Interessensphäre ändert sich das Urtheil.

Bei der Untersuchung der Ursache der Preissteigerung wird vielfach behauptet, das Kohlensyndikat habe durch künstliche Einschränkung der Production einen Kohlenmangel hervorgerufen und damit der Preistreiberei Thür und Thor geöffnet. Ein Kohlenmangel ist vorhanden, jedoch komme ich, im Gegensatz zu den Genossen Hué und Haller, zu der Ansicht, dass das Kohlensyndikat eine künstliche Einschränkung der Förderung gegenwärtig nicht betrieben hat.

<sup>1)</sup> Wie der Vorwärts vom 20. December berichtet, haben „die Vergleichsverhandlungen leider zu keinem Ergebnis geführt. Der vom Fractionsvorstand gemachte Vorschlag, den status quo ante durch Einstellung der nach Kündigung abgegangenen Setzer wieder herzustellen, wurde von den Vertretern der Leipziger Parteigenossen abgelehnt“. Die Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung weigerte sich also, entgegen dem ihr von den Vertretern der Gesamtpartei gemachten Vorschlag, das von ihr begangene Unrecht wieder gut zu machen. Charakteristisch für den Geist, in dem die Leitung der Leipziger Volkszeitung die Partei in Leipzig dirigiert, und für die unter den Parteigenossen dadurch angerichtete Begriffsverwirrung ist, dass dieselbe bei den für die Ablehnung des Vorschlages geltend gemachten Motiven ganz den Spuren capitalistischer Unternehmer folgt, indem sie erklärt, den festangenen Strikebrechern zu Dank verpflichtet zu sein und diese jetzt nicht wieder entlassen zu können. Unter diesen Umständen klingt es geradezu wie Hohn, wenn berichtet wird, dass der Beschluss, bei den Entlassungen auf die Parteithätigkeit Rücksicht zu nehmen, ausdrücklich wieder aufgehoben wurde. Der Beschluss hat ja seine Wirkung bereits gethan.

Wäre in Deutschland die Production eingeschränkt, dann müsste sich das sehr schnell in der Productionsziffer nachweisen lassen. In Deutschland wurden im Jahre 1895 zu Beginn einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs 103 958 000 Tonnen Steinkohlen und Braunkohlen gefördert; diese Zahl stieg im Jahre 1899 auf 135 824 000 Tonnen, also eine Zunahme der Production von 31 866 000 Tonnen, oder 30,65  $\%$ . Gegen 1890, wo die Production 89 291 000 Tonnen betrug, ist die Steigerung 52,11  $\%$ .

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hatte in Preussen an der Gesamtproduction von Steinkohlen 50,76  $\%$  Anteil. Es steigerte seine Production von 35 347 730 Tonnen im Jahre 1895 auf 48 024 014 Tonnen im Jahre 1899, d. h. um rund 36  $\%$ . Somit wurden die ausserhalb des Syndikats stehenden Zechen, die dem freien Wettbewerb huldigten, in der Leistungsfähigkeit überflügelt.

Die Ausfuhr belief sich 1895 auf 10 350 000 Tonnen, die Einfuhr auf 12 298 000 Tonnen. 1899 ist eine Ausfuhr von 13 964 000 Tonnen und eine Einfuhr von 14 837 000 Tonnen zu verzeichnen. Die Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr ist unbedeutend und gegen 1895 in den nachfolgenden Jahren so ziemlich die gleiche geblieben, so dass 1899 die gesamte geförderte Kohlenmenge plus 1 873 000 Tonnen Mehreinfuhr gegen die Ausfuhr dem Inlandsconsum verblieben. Für das Jahr 1900 rechnet man auf eine Steigerung der Production von rund 10 000 000 Tonnen gegen das Vorjahr. Diese Zahlen weisen nun sehr deutlich auf eine ganz gewaltige Zunahme der Kohlenproduction hin, wobei zu berücksichtigen ist, dass infolge der Natur des Bergwerksbetriebes grosse Steigerungen in der Förderung nicht mit einem Schlage erzielt werden können.

Nun gestaltete sich die Situation in den ersten zehn Monaten des Jahres 1900 für den Aussenhandel etwas ungünstiger, hier überwog die Ausfuhr die Einfuhr um 414 942 Tonnen. Sie erreicht lange nicht die Mehrförderung, aber sie trägt mit dazu bei, dass der inländische Markt geschädigt wird. Es sei aber bemerkt, dass das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat keinen Anteil daran hat, sein Ausfuhrgebiet zeigt keine nennenswerte Steigerung, vielfach sogar einen Rückgang; dagegen haben die schlesischen und mitteldeutschen Grubenbesitzer die Ausfuhr nach Oesterreich und Russland ganz erheblich gesteigert.

Die Steigerung in der Production drückt sich auch in der Zahl der beschäftigten Arbeiter aus. 1895 wurden in Deutschland im Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau 341 413 Personen beschäftigt, deren Zahl im Jahre 1899 auf 423 320 Personen stieg; eine Zunahme um 81 907 Personen. Allein in Preussen sind im Jahre 1899 in diesem Teil des Bergbaues abermals 20 736 Personen mehrbeschäftigt, als im Vorjahre, und dass die Steigerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter im Jahre 1900 nicht hinter der des Vorjahrs zurückgeblieben sein wird, ist mit Sicherheit anzunehmen. Wir können annehmen, dass gegenwärtig im Kohlenbergbau mindestens 100 000 Menschen mehr beschäftigt sind, als im Jahre 1895.

Es ist auch nur nötig, in den Kohlenbezirken Umfrage zu halten, und man wird von jedem Beobachter der Arbeiterverhältnisse hören, dass die Grubenbesitzer Tausende von Arbeitskräften aus aller Herren Länder herangezogen haben, um die Förderung zu steigern. In Rheinland und Westfalen ist durch diesen Massenandrang von Arbeitern eine noch nie dagewesene Wohnungsnot eingetreten,



Nun kann zur Begründung der Behauptung, das Kohlensyndikat schränke die Förderung ein, darauf verwiesen werden, dass es ja doch in den Bekanntmachungen dieser Gesellschaft wiederholt heisst: die Production wird um 5, 6 und mehr Procent eingeschränkt.

Um die „Einschränkung“ zu verstehen, muss man wissen, wie die Beteiligungsziffer der einzelnen Werke zu stande kommt. Durch das Verkaufscmptoir des Kohlensyndikats gehen alle Aufträge, freihändig darf eine Zeche ihre Kohlen nicht verkaufen. Von Jahr zu Jahr, besonders bei Erneuerung der gegenseitigen contractlichen Verpflichtungen, wird von den Mitgliedern des Syndikats die Beteiligungsziffer der einzelnen Zechen festgesetzt. Es beginnt dann gewöhnlich ein Feilschen und Handeln der einzelnen Zechen, um eine möglichst hohe Beteiligungsziffer am Verkauf herauszubekommen. Fast ohne Ausnahme ist die Beteiligungsziffer dadurch höher geschraubt, als im Ernstfall die mögliche Leistung; denn die Zechen haben ein Interesse daran, ihre Leistung hoch angeschrieben zu sehen, damit die Productionsbeschränkung möglichst in der Wirkung abgeleitet wird. Ist z. B. die grösstmögliche Productionsleistung einer Zeche um 5 % zu gering eingeschätzt, so bedeutet die Productionsbeschränkung für die Zeche, bei einer allgemeinen Einschränkung um 5 %, 10 %. So wie heute die Beteiligungsziffer festgesetzt ist, bedeutet eine vom Syndikat angesagte Einschränkung von 5 %, je nach Umständen selbst bis zu 10 %, uneingeschränkte Ausbeutung der Gruben. Einen Beweis dafür hat das Syndikat selbst geliefert: es hat die Beschränkung wiederholt aufgehoben, und es ist doch dabei keine Mehrleistung erzielt worden. Gegenwärtig aber kann nur constatirt werden, dass einige Zechen überhaupt ihre eingeschränkte Beteiligungsziffer nicht erreichten.

Wir müssen nach anderen Ursachen suchen, wollen wir den Kohlenmangel erklären. Der grösste Abnehmer auf dem Kohlenmarkt ist die Industrie, sie hat in der verflossenen Periode so hohe Anforderungen gestellt, dass es selbst bei der gewaltigen Steigerung der Kohlenförderung kaum möglich war, den Ansprüchen zu genügen. Hatte doch die Roheisenproduction sich von 5 455 000 Tonnen im Jahre 1895 auf 8 143 000 Tonnen im Jahre 1899 gehoben. Wie der Kohlenverbrauch zugenommen hat, ist daraus ersichtlich, dass im Jahre 1890 der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung 1836 kg betrug, während er 1899 auf 2470 kg stieg. Zu dem hohen Bedarf der Industrie gesellte sich im vorigen strengen Winter eine aussergewöhnlich rege Nachfrage nach Hausbrandkohle. Dazu kam im ersten Quartal vorigen Jahres der grosse Bergarbeiterstrike in Böhmen, der durch den eintretenden Kohlenmangel in Oesterreich eine Preissteigerung günstig beeinflusste. Unsere mitteldeutschen Kohlenbarone hatten nichts Eiligeres zu thun, als ihre geringen Bestände und sonst freien Förderungen in das böhmische Gebiet zu erhöhten Preisen abzusetzen. Als dann in Sachsen und den angrenzenden Bezirken selbst der Strike ausbrach, wurde der Preisbildung weitere Anregung gegeben.

Nun wäre es gewiss gelungen, im Sommer wieder annähernd normale Zustände herbeizuführen, wenn nicht England durch seinen Feldzug in Transvaal, ebenso Deutschland durch seine Truppentransporte und Marinerüstungen nach China gewaltige Mengen Kohlen beansprucht hatten. Durch alle diese Umstände, denen noch manche von geringerer Bedeutung einzufügen sind, so der vermehrte Gasverbrauch, der erhöhte Bahnverkehr, die Entfaltung der Elektrizitäts-

industrie, musste auf dem Kohlenmarkt eine Nachfrage entstehen, die über die Leistungsfähigkeit hinausging.

Es könnte bei dieser Gesamtlage der Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt überhaupt zweifelhaft erscheinen, ob im Interesse der Arbeiter eine noch grössere Einstellung von Arbeitermassen so sehr zu wünschen wäre. Schon jetzt leidet unter der starken Belegschaft auf den einzelnen Zechen die Sicherheit des Betriebes, weil keine Bedingungen für die Arbeitsentfaltung so grosser Arbeitermassen vorhanden sind. Um die Production weit über die heutige Leistung zu steigern, wäre die Anlage neuer Schächte und mannigfaltiger Betriebsmittel notwendig. Solche Aenderungen lassen sich aber beim besten Willen nicht in einigen Monaten herbeiführen, sondern es gehören Jahre dazu. Dabei ist ja unnötig zu sagen, wie die Zechenbesitzer sich gegen die Neuanlagen sträuben. Einmal wegen der hohen Ausgabe, dann aber auch, weil sie auf die Dauer nicht auf eine weitere höhere Inanspruchnahme des Kohlenmarktes rechnen können. Trotzdem werden allein in Westfalen 20 neue Schächte in Betrieb gesetzt. Die Calamität ist eine vorübergehende. Zerren die Werkbesitzer noch einige tausend Arbeiter in die Bergwerke, dann tritt bei der Sättigung des Marktes, die über kurz oder lang eintreten wird, die Arbeitslosigkeit um so schlimmer auf.

Den Kohlenmangel im vergangenen Jahre hat sich nun das Syndikat, wie gar nicht anders erwartet werden konnte, zu nutze gemacht und fortgesetzt die Preise gesteigert, die staatlichen und ausserhalb des Syndikats stehenden Werke sind dem Beispiel willig gefolgt.

Die Preissteigerung des Syndikats ist mehr ausgeartet, als es sonst unter normalen Verhältnissen zu erwarten war. Dass aber seit dem Bestehen des Syndikats, dem Jahre 1893, anhaltend die Preissteigerung eintrat, ohne dass immer eine Kohlennot damit verknüpft war, ist aus der Machtstellung des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats erklärlich. Obgleich das Syndikat nur etwas über die Hälfte der Kohlenproduction in Deutschland beherrscht, hat es sich dennoch eine Monopolstellung erobert. Die Absatzgebiete sind zwischen den westdeutschen, mitteldeutschen und schlesischen Interessenten von selbst geteilt, weil Kohle keine hohe Transportspesen tragen kann. Aus diesem Grunde sind auch die ober-schlesischen Kohlenbarone dem Mittellandcanal gar nicht freundlich gesinnt, da sie mit Recht befürchten, die westfälische Kohle würde auf dem bisher von ihnen behaupteten Markt auf dem Wasserwege in Concurrenz treten. Dem Kohlsyndikat wurde es bisher um so leichter, den Markt zu beherrschen, weil der Wettbewerb durch die grosse Nachfrage fast vollständig aufhörte. Seinen Einfluss wird es erst dann voll zur Geltung bringen, wenn der Markt überladen wird und damit die Preisbildung sich abwärts bewegt. Dann erst tritt die Productionsbeschränkung ein, und zwar wirkliche Productionsbeschränkung, die sich in der Entlassung grosser Arbeitermassen bemerkbar machen und Sätze von 20 und 25% der Beteiligungsziffer aufweisen wird.

Das Syndikat hat aber nicht nur die Geschäftsconjunctur durch möglichst hohe Productionsmengen ausgenutzt, sondern auch in Zeiten geschäftlichen Stillstandes versucht, durch ganz wirksame Mittel die Production zu erhöhen. Vom Kohlen- und Roheisensyndikat haben die Walzwerke, das Drahtsyndikat, das Drahtstiftsyndikat und wohl auch andere Subventionen zur Begünstigung ihres Exportes nach dem Auslande bekommen. Durch diese Unterstützung fördert man den Absatz der Fabrikate dieser Industriezweige nach dem Auslande durch

niedere Preisnotierungen, und die Rohstofffabrikation — Kohle und Roheisen — zieht einen Nutzen durch höhere Inanspruchnahme dieser Producte.

Natürlich müssen die Consumenten im Inland die Kosten für diese Manipulation tragen. Wir zahlen also nicht nur eine Exportbonification an die Interessenten der Spiritus- und Zuckerindustrie, sondern auch an die Eisenindustrie. Während die beiden ersten Gruppen vom Staate durch gesetzliche Bestimmungen ihre Liebesgaben sich ausbedungen haben, sind die Syndikate in aller Stille, ohne die Machtmittel des Staates zu benutzen, gekommen, und haben die Consumenten zur Mitleistung für ihre Liebesgaben herangezogen.

Aus dem Dargelegten komme ich zu dem Schluss, dass ohne Kohlen-syndikat die Preislage sicher keine andere wäre, die freie Concurrenz hätte sich keine Schranken auferlegt, vielmehr die Preise noch mehr in die Höhe getrieben. Den Beweis dafür haben wir im Zwischenhandel. Hier hat der freie Wettbewerb die Preise viel mehr getrieben, als das Syndikat.

Das Syndikat hat gewisse Rücksichten zu nehmen, besonders auf die Eisenindustrie. Das geschieht, weil beide eng interessiert sind: nicht selten sind die Aufsichtsratsmitglieder der grossen Bergwerksgesellschaften zugleich im Aufsichtsrat grosser Hüttenbetriebe. Die grossen Betriebe, die bis zu 600 Waggon Kohlen jährlich gebrauchen, beziehen ihre Kohlen direct vom Syndikat, sie haben es also nicht nötig, die hohen Preise im Zwischenhandel zu zahlen. Kleinere Aufträge nimmt das Syndikat nicht an, alle übrigen, die Kleinindustrie, der Hausverbrauch, sind der freien Ausbeutung durch die Händler überantwortet.

Das Syndikat hat aber ein Interesse daran, dass der Bogen nicht überspannt wird. Es ist dem Consortium klar, dass die Gesetzgebung eingreifen muss, wenn es allzu zügellos seine Begierden schiessen lässt. Aus diesen Erwägungen erklärt sich der Versuch des Kohlensyndikats, den Zwischenhandel auszuschalten, um die Preisbildung ganz in der Hand zu haben und schliesslich den Gewinn des Zwischenhandels sich selbst anzueignen. Ueber die Preisbildung für Kohle giebt uns folgende Tabelle eine Uebersicht.

Es betragen nach der amtlichen Statistik des Deutschen Reichs in Essen die Jahresdurchschnittspreise für:

	1880	1881	1882	1883	1884	1885	1886
Flammkohlen . . . . .	7,41	5,82	6,14	62,9	6,64	5,89	5,85
Fettkohlen . . . . .	6,58	5,48	5,77	5,88	5,22	5,63	5,60
Magere Kohlen . . . . .	5,85	5,43	5,19	5,28	4,74	4,70	4,90
	1887	1888	1889	1890	1891	1892	1893
Flammkohlen . . . . .	5,72	6,32	9,29	12,36	11,02	9,75	7,58
Fettkohlen . . . . .	5,62	6,04	8,48	10,72	9,86	8,50	7,29
Magere Kohlen . . . . .	4,88	5,30	8,26	11,00	9,73	7,75	7,50
	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
Flammkohlen . . . . .	8,70	8,33	8,03	8,57	8,84	9,13	10,00
Fettkohlen . . . . .	8,00	8,00	8,25	8,85	9,08	9,37	10,25
Magere Kohlen . . . . .	7,50	7,50	7,67	8,32	8,59	8,88	9,50

Wir haben somit noch nicht die Preishöhe von 1890 erreicht, andererseits aber bestätigt erhalten, dass seit Bestehen des Syndikats, dem Jahre 1893, die Preise fortgesetzt sich aufwärts bewegten. Dass bei dieser Preislage der Gewinn im Bergwerksbetriebe ein ganz enormer war, ist leicht bei der Höhe der Kohlenförderung nachzurechnen.

Wie bereits gesagt, dürften aber auch diejenigen recht behalten, die den Grosshändlern den grössten Anteil an der Preistreiberei aufbürden. Die rheinisch-westfälischen Handelskammern haben vor einiger Zeit bei zahlreichen Industriellen Umfrage gehalten, um zu ermitteln, welche Beschwerde über Kohlenlieferung und Preise in diesen Kreisen laut werden. Das Ergebnis dieser Umfrage war, dass diejenigen, die vom Syndikat die Kohle bezogen, am Ende des Jahres 1900 den Doppelwaggon mit 10 bis  $17\frac{1}{2}$  Mark höher als zu Anfang des Jahres bezahlen mussten. Dagegen wurden von den Grosshändlern in einigen Fällen ganz exorbitante Preiserhöhungen bis zu 115 Mark gefordert. Die Handelskammern sind nun mit dem Syndikat in Verbindung getreten, um über Mittel zu beraten, wie diesem Unwesen zu steuern ist. Vor allem verlangte man die Abgabe kleinerer Posten vom Syndikat, um die Grosshändler auszuschalten. Dieses Verlangen lehnten die Vertreter der Syndikate ab, aber man teilte mit, dass das Syndikat Vorbereitungen treffe, eigene Verkaufsstellen einzurichten, von welchen Bestellungen von 600 Tonnen Jahresverbrauch aufwärts abgegeben werden. Die erste dieser Verkaufsfilialen ist in Düsseldorf errichtet.

So ist also das Syndikat bemüht, den Zwischenhandel vorläufig bis zur angegebenen Grenze aufzuheben. Wir erhalten einen weitem interessanten Aufschluss über die weitere Entwicklung des Cartellwesens, die dahin geht, den Produzenten direct mit den Consumenten in Verbindung zu bringen.

Im letzten Quartal des vorigen Jahres war die Situation auf dem Kohlenmarkt ganz und gar verfahren. Die fortgesetzte Steigerung der Preise hat die Consumenten ängstlich gemacht, fortwährend schwirrten in der Presse Gerüchte umher, die Steigerung hält an. Das trug dazu bei, dass, wer es nur irgend möglich machen konnte, seine Hausbrandkohle für den Winter bestellte. Die Aufträge überstürzten sich und spannten abermals die Marktlage äusserst an. Was wird die Folge sein? Sind die Aufträge erledigt, dann werden die Anforderungen mit einem Schlag bedeutend nachlassen. Das tritt um so nachhaltiger ein, wenn wir einen milden Winter behalten. Hat aber die Industrie auch einen Minderbedarf zu decken, dann kann ein grosser Stillstand im Geschäft eintreten, dessen Folgen für die Arbeiter von ganz erschreckender Wirkung sein werden. In diese Situation sind wir bereits hineingeraten, denn der Beschluss des Kohlensyndikates, für das erste Quartal 1901 die Förderung um  $10\frac{0}{10}$  einzuschränken, deutet darauf hin, dass die Nachfrage zurückgegangen und auf einen sicheren Absatz der erhöhten Production nicht mehr zu rechnen ist. Einen Preisrückgang wird das Syndikat nicht gänzlich aufhalten können, nch weniger vermögen die Händler Widerstand zu leisten.

Der ganze Vorgang zeigt das Verkehrte unserer capitalistischen Productionsweise, das Unregelmässige, das Sprunghafte in der Warencirculation mit all seinen üblen Wirkungen für die Arbeiter als Produzenten und Consumenten. Deshalb sind auch die Mittel, die zur Beseitigung des Notstandes empfohlen werden, sehr kritisch zu betrachten. Das relativ Beste wäre gewiss ein Verbot der Ausfuhr gewesen; aber dazu entschliesst sich die Regierung nicht, weil die Werkbesitzer die Kundschaft im Ausland behalten wollen, um bei schlechten Zeiten nicht neue Verbindungen anknüpfen zu müssen. Von anderer Seite ist der Einwurf erhoben, dass ein Ausfuhrverbot gegen unsere Handelsverträge verstösst und von anderen Ländern leicht mit denselben Massregeln beantwortet werden kann. Die Berechtigung dieses Einwands muss anerkannt werden.

Dann hat man die Begünstigung der Einfuhr durch billige Eisenbahntarife gefordert. Da wir aber von England und Belgien keine Kohlen beziehen können, weil auch dort die Preise sehr hoch stehen und ein Ueberfluss von Kohle nicht vorhanden ist, nützt uns diese Tarifbegünstigung für Kohle nicht im mindesten. Frankreich und England machen sogar den Versuch, americanische Kohle einzuführen.

An vielen Orten ist an die Gemeindebehörde das Verlangen gestellt, Kohlen einzukaufen und in kleineren Mengen ohne Profit an die Consumenten abzugeben. Damit würden die Consumenten einen Teil des Zwischenhändlergewinnes sparen. Das selbe Ziel können Genossenschaften, Consumvereine erreichen. Immer aber müssen wir die hohen Preise zahlen, die das Syndikat fordert.

Wenn wir aber entscheiden sollen, ob wir heute den Staat, die Gemeinde oder die Selbsthilfe in Anspruch nehmen sollen, dann entscheide ich mich für die Selbsthilfe, zumal, wenn sie denselben Erfolg verspricht, den der Staat und die Gemeinde im günstigsten Falle erzielen kann. Unser Vertrauen zu dem heutigen Staat und auch zu unseren Gemeindeverwaltungen kann wohl kein grosses sein. Ich möchte wissen, ob jemand im Ernste behaupten könnte, dass die grosse Berliner Gemeindeverwaltung bei den Coaksverkäufen in ihren Gasanstalten mehr Rücksicht auf die Consumenten genommen hat, als das Kohlsyndikat.

Der Verstaatlichung der Bergwerke ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen gar nicht das Wort zu reden. Einmal macht die Regierung alle Syndikatsstreiberen mit, das ist beim Kohlenbergbau geschehen und wiederholte sich beim Kalisalzsyndikat, dann aber gelangt die Arbeiterschaft in diesen staatlichen Betrieben in ein noch schlimmeres Abhängigkeitsverhältnis, als heute bei Privatunternehmungen. Wir kämen also vom Regen in die Traufe.

Bebel sagt nun dem gegenüber in No. 8 der Neuen Zeit:

„Ich bestreite entschieden, dass finanziell die Arbeiter der Staatswerke schlechter stehen, als diejenigen der Privatwerke. Dafür ist nicht der geringste Beweis erbracht. In Bezug auf das Coalitionsrecht stehen sie auch kaum ungünstiger, aber dafür zu sorgen, dass sie es voll erhalten, ist schon gegenwärtig Sache des Reichstages, der aber jetzt in die Verwaltung der Kohlenwerke nicht hineinzureden hat, aber nach dem Uebergang derselben in Reichsbesitz bei jeder Etatsberatung und auch sonst gründlich mit hinreden könnte.“

Was die finanzielle Frage betrifft, so giebt die amtliche Statistik über Arbeitslöhne im preussischen Bergbau für das Jahr 1899 folgendes bekannt:

Der Jahresdurchschnittslohn eines Bergarbeiters in den staatlichen Steinkohlengruben bei Saarbrücken betrug 1019 Mk., der in Oberschlesien, wo gleichfalls Staatsbetriebe vorhanden sind, 801 Mk., und im staatlichen Erzbergbau am Oberharz wurden gar nur 645 Mk. Jahresdurchschnittsverdienst angegeben. Dagegen betrug der Jahresdurchschnittsverdienst im Oberbergamtsbezirk Dortmund 1255 Mk. Unter den niederen Lohn im staatlichen Erzbergbau am Oberharz sinkt in keinem Revier die Lohnsumme. Hué, der gewiss die Arbeitsverhältnisse im Bergbau kennt, ergänzt diese Angaben in einem Artikel über Kohlenversorgung und Grubenverstaatlichung in No. 9 der Neuen Zeit. Er schreibt:

„Während viele Privatgruben schon längst die Achtstundenschicht einführt, herrscht auf den fiscalischen Saargruben noch die neun-, auf den dito ober-schlesischen gar noch die *zehn- und zwölfstündige Schicht*, verbrämt mit einer Unmasse Uebersichten! Auf den sächsischen und bayrischen Staatsgruben steht es nicht viel besser.“

Es hiesse also das Wohlwollen des Staates weit überschätzer, wenn man annehmen würde, dass von jener Stelle die Privatunternehmer überflügelt werden. Was das Coalitionsrecht betrifft, so kann ich mich auf die Thatsache berufen, dass nirgends die Zahl der organisierten Bergarbeiter so gering ist, als im Saar-

revier. Auf die Versprechungen, die Kritik im Reichstag werde da nachhelfen, gebe ich sehr wenig; ich habe das Beispiel an den Postbeamten, deren Verfall der Organisation, trotz der anerkennenswerten Kritik des Genossen Singér im Reichstag, der Nachahmung nicht zu empfehlen ist.

Ein Mittel, das sicher den Kohlenwucher schwer treffen würde, hat Professor Menzel in der Wiener Zeit zum Vorschlag gebracht. Professor Menzel fordert eine behördliche Festsetzung der Maximalpreise für Kohlen. Kautsky, der in der Neuen Zeit gegen die Verstaatlichung der Kohlenwerke manche Einwendungen erhebt, hat diesen Vorschlag zustimmend aufgenommen.

Der Vorschlag wäre eine Radicalcur, die bei einer entschiedenen Anwendung sofort der Börsenspeculation und dem Bodenwucher bei dem Betrieb und Anlage von Bergwerken ein Ende bereiten könnte. Der Durchführung ständen auch keine grossen Hindernisse entgegen; so gut, wie der Wucher heute bestraft wird, kann die Ausnutzung einer Notlage der ganzen Bevölkerung durch eine Capitalisten-gruppe als ein strafbares Delict angesehen werden. Zur Realisierung des Vorschlages wäre weiter erforderlich, dass die Ausfuhr auf das notwendige Mass beschränkt würde und dem Zwischenhandel gleichfalls Zügel angelegt werden. Diese Beschränkung des Zwischenhandels haben ja schon die Syndikate vielfach selbst durchgeführt. Am vollkommensten hat der Petroleumtrust es verstanden, hier die Profitrate der Zwischenhändler festzulegen: den Händlern ist genau vorgeschrieben, welchen Gewinn sie nehmen dürfen. Gehen wir nun einen Schritt weiter und setzen wir auch die Profitrate der Produzenten fest. In Verfolg dieses Vorschlags macht sich weiter die Festsetzung eines Minimallohnes für die Arbeiter in Bergwerken notwendig, damit, wenn wir dem Treiben der Syndikate nach oben eine Grenze setzen, nicht nach unten der Druck erhöht werde. Der französische Bergarbeitercongress, der am 17. September 1900 in Montceau-les-Mines stattfand, hat sich ganz, diesem Vorschlag entsprechend, für die gesetzliche Festsetzung eines Minimallohnes erklärt, und unsere Gewerkschaften haben bei ihren Tarifverträgen fast ohne Ausnahme Minimallöhne festgesetzt. Den gleichen Weg ist die socialdemokratische Fraction gegangen, die seiner Zeit diese Forderung für sämtliche Arbeiter stellte. Von diesem weitgehenden Plan ist man zurückgekommen; das würde aber gewiss nicht gleichbedeutend sein mit der Aufgabe dieses Princips unter allen Umständen, denn die Durchführung in einer besonderen Arbeitergruppe würde viel einfacher sich gestalten, als eine allgemeine Regelung.

Die Forderung des Maximalpreises und Minimallohnes ist der der Verstaatlichung der Bergwerke vorzuziehen, weil wir uns dadurch besser den Weg bahnen zur Vergesellschaftlichung der Productionsmittel.

## **Raskolnikow.**

### **Zu Dostojewskijs Bild.**

Von  
**Kurt Eisner.**  
(Berlin.)

I.

Um die Mitte der achtziger Jahre, als die junge reichsdeutsche Generation in die Litteratur eindrang, wurde Fedor Dostojewskijs Hauptwerk Raskolnikow

viel gelesen und übte eine starke Wirkung. Der russische Roman war in der Zeit geschrieben und erschienen, als die Vertreter des jüngsten Deutschland geboren wurden: 1867. Als sie die Universitäten bezogen, wurde Raskolnikow in ihnen lebendig, mit dem sie gleichsam zusammen aufgewachsen waren. In den litterarischen Erzeugnissen dieser aufgewühlten Zeit der reichsdeutschen Litteraturstürme ist vielfach Raskolnikows Einfluss zu verspüren. Die Declassierten der Bourgeoisie, die der nationalen Autorität Entlaufenen, trafen in Dostojewskijs unheimlicher Schicksalsdichtung, die das Fatum des Gehirns schildert, verwandte Stimmungen. Der gesellschaftlich angestammte Boden war ihnen unter den Füßen verschwunden, die mythologische Glaubenstradition erloschen, die sociale Not nagte schmerzhaft, revolutionäre Ideen beherrschten sie unklar und uneinheitlich; sie cultivierten die grossen Leidenschaften, die doch nur kleine Verirrungen sind, sie sehnten sich nach der gewaltigen Gesetzlosigkeit, die alle Werte zertrümmert, sie schauten verzückt die Morgendämmerung eines tausendjährigen Reichs, an dem sie aber nicht arbeiteten, im tiefsten Grunde fühlten sie, dass sie nur mit den Ketten klirrten, dass sie zwecklos und überflüssig waren, abseits der nüchternen, thätigen Welt. Vor allem berauschten sie sich an der Psychologie des Raskolnikow. Sie hatten die Begierde der Jugend, ins Chaos des triebhaften Bewusstseins zu tauchen, das nicht im Denken geordnet ist, sich einzuwühlen in die Wirrnis des gährenden Selbst, sich zu belauschen, sich der versteckten Blößen, Lügen und Tücken zu überführen, der eigene Detectiv zu sein. Die Jugend berauscht sich daran, nach innen zu hören, den Zuckungen der Psyche zu folgen, jede neu entdeckte intime Einzelheit erscheint ihr als wichtigste Erkenntnis. Der reife Geist verliert dann allmählich das Interesse am Reinpsychologischen, er lernt, dass dieses Ungeheure doch eigentlich das Ewig-Gleiche, das unveränderlich Selbstverständliche sei, dass dieses psychologische Ich nur das uralte starre Menschentier sei, dem kaum neue wertvolle Offenbarungen abgewonnen werden können, und nach den unfruchtbaren Jahren psychologischen Grübelns kommt die thätige Zeit des reinen, schaffenden und zeugenden Denkens und Handelns, in dem allein die Fortentwicklung der Menschheit sich vollzieht.

Raskolnikow ist ein gefährliches Buch für die Jungen. Seine diabolische Kraft zerstört, und leicht vermag es die Schwachen zu beugen und zu brechen. Es ist eine Dichtung der Nacht und des Nervenspuks, der zersetzende Naturalismus des Wahnsinns flackert in ihr.

## II.

Die gigantische Utopie, als die uns Russland erscheint, gebiert die Ungeheuer der russischen Kunst, zu denen Raskolnikow in erster Linie zählt. Niemals ist das Verbrechen und der Verbrecher mit solcher zwingenden Macht geschildert worden, die nirgends einem Zweifel Raum lässt, und doch ist es kein Verbrechen, das die Criminalstatistik interessieren könnte, es ist ein utopisches Verbrechen, ein in der Retorte erzeugtes; Dostojewskij ist der Naturalist des Unwahrscheinlichen, zum mindesten des Singulären, er construiert die Consequenzen einer Stimmung, er macht Ernst mit einem Gedankenspiel. Die stürmische Begierde nach neuen grundstürzenden Theorien, die gerade der russischen Intelligenz anhaftet und die sich gemeinhin in der Wollust des Discutierens erschöpfend austobt, springt zur That über — ein Weg, der allerdings in Russland kürzer ist, als anderswo.

Raskolnikow, der mittellose Student, begeht einen Mord aus Theorie. Er schlägt eine alte, widerwärtige, nichtsnutzige Pfandleiherin tot, ein Ungeziefer, um mit dem erbeuteten Raub sich selbst den Weg ins Freie zum Heile der Menschheit zu bahnen — ein Kain-Christus. Es ist die Theorie des Uebermenschen, die ihn beherrscht. Zur Zeit Raskolnikows hing man diesen von Nietzsche aufgenommenen Begriff an den Namen Napoléons. „Ich stellte mir einst“, beichtet Raskolnikow der bleichen Sonja, der Dirne dolorosa, „die Frage: was würde geschehen, wenn beispielsweise an meiner Stelle Napoléon gelebt, und dieser nicht eine solche Laufbahn gehabt hätte, kein Toulon, kein Aegypten, keinen Uebergang über den Mont Blanc, sondern an Stelle von all diesen herrlichen und denkwürdigen Thaten einfach nur ein altes unscheinbares Weib, eine Registratorswitwe, die er noch hätte töten müssen, um Geld aus ihrem Kasten nehmen zu können — für seine Laufbahn, verstehst du? — Nun also, würde er sich entschlossen haben dazu, wenn ihm kein anderer Ausweg offen gestanden hätte? Würde er sich nicht gestraußt haben davor, da dies all zu wenig denkwürdig und — und doch auch sündhaft wäre? Nun, ich sage dir, dass ich mit dieser Frage mich schon unendlich lange gequält habe, so dass es mir unsagbar beschämend erschien, als ich endlich erriet — ganz unvermutet —, dass er sich nicht nur nicht gestraußt haben würde, dass es ihm sogar nicht einmal in den Kopf gekommen sein würde, dies sei nicht der Verewigung würdig — es wohl gar nicht begriffen, warum es da ein Sträuben gebe! Hätte er keinen andern Weg gehabt, so würde er sie selbst erwürgt haben, ohne dass sie noch einmal hätte mucksen dürfen; ohne Besinnen. Nun, auch ich — habe dieses Besinnen aufgegeben, ich habe erwürgt, nach dem Beispiel des Grossen. Es war aber ganz genau so gehandelt... Ich habe nur ein Ungeziefer getötet, Sonja, ein unnützes, hässliches und bösertiges.“

Und später, kurz bevor er sich, zusammenbrechend unter der Last der Schuld, dem Gericht ausliefert, ruft er aus: „Was, ich tötete ein widerliches, böses Ungeziefer, eine alte Wucherin, die niemandem mehr nützte, deren Beseitigung einer Sündenvergebung gleichkommt, und die den Armen das Blut aussaugte; dies nennt man ein Verbrechen? Ich denke nicht daran und werde nichts tilgen... Alle vergiessen Blut, es wird vergossen und ist stets vergossen worden in der Welt, gleich einem Katarakt, welches man vergiesst, wie Champagner, und für dessen Vergiessung man auf dem Capitol gekrönt und Wohlthäter der Menschheit genannt wird. Schau mich nur schärfer an! Ich selbst wollte nur das Güte für die Menschen und hätte es hundertfältig gethan, tausendfach, anstatt nur eine Dummheit, oder nicht Dummheit, sondern vielmehr Unbeholfenheit, da ja überhaupt der ganze Gedanke nicht so dumm war, als er jetzt durch sein Misslingen erscheint.“

Misslingen! Denn Raskolnikow ist kein Napoléon, er hat die Gewissensschwäche, die den Helden der russischen Literatur eigentümlich ist, wie er nicht kaltblütig in Anwendung seiner Theorie mordet, sondern in einem Zustand der Unzurechnungsfähigkeit, des Wahnsinns, körperlich erschöpft durch Entbehrungen und Hunger, seelisch gequält durch schlimmes Ungemach, das sich von allen Seiten auf ihn stürzt, willenlos einer kranken Zwangsvorstellung folgend. Sein Verbrechen wird fruchtlos. Die paar Uhren und Ringe, die er hastig zusammennrafft — das Vermögen der Alten nimmt er nicht mit — vergräbt er. Er ist nur noch von dem einen Gedanken beherrscht, die Spuren der That zu



verwischen, gegen die Entlarvung zu kämpfen. Er will leben, wenn auch nur auf der Handbreit festen Gesteins über einem Abgrund. Aber Raskolnikow ist kein Napoléon. Indem er fliehen will, jagt er sich selbst in das Netz.

## III.

Die Litteratur hat kein zweites Werk aufzuweisen, in dem die Verbrecherangst vor der Entdeckung mit solcher raffinierten Grausamkeit und dämonischen Kraft dargestellt ist. Es giebt viele Seiten in diesem Roman, auf denen jeder Satz eine ganze Tragödie zusammendrängt. Der alte Erinyengraus erscheint in criminalistisch-psychologischer Vertiefung und Verschärfung. In Dostojewskij ist der unbarmherzige Inquisitionsrichter, der alle Prozesse des fiebernden Bewusstseins wie in einer gläsernen Schale erkennt und — leitet, zum Künstler geworden. Das kranke Hirn selbst schreibt sich Secunde für Secunde sein Protokoll. Der Mord erhebt sich gegen den Mörder und verwandelt ihn in das Opfer qualvoller, endloser Vivisection. Jedes Wort Raskolnikows wird zum Verräter, jede Gebärde der anderen zum Häscher. Je höher die Intelligenz des Schuldigen steigt, mit der er sich den überall lauernenden Schlingen entzieht, um so willenloser treibt er zum Selbstverrat. Er ist Katze und Maus in einem. Der Wahnsinn umschleicht ihn unablässig, und die Hölle sendet marternde Träume. Raskolnikow hat nicht die robuste Härte des Uebermenschen, er ist ein weicher, guter, opferwilliger Mensch, der von der fixen Idee besessen ist.

Das psychologische Monodrama, in dem Raskolnikow erscheint, ruht auf dem breiten Grunde der Socialschilderung russischen Elends. Es ist nicht eigentlich die Welt der Armen, sondern die der Verarmten. Das schlimmere Geschick der Herabgesunkenen und Hinabgestossenen bildet den Hintergrund. Der böse wilde Humor, der die russische Litteratur kennzeichnet, nuanciert diese graue Welt des Elends, der Lumpen und des Alkohols. Aus dem Reich der Besitzenden kommen die gemeinen Lüstlinge und besudeln selbst die Verworfenheit.

Auch die Personen des Romans sind durchweg satirisch-ironisch zersetzt. Sie erhalten dadurch für den nichtrussischen Leser etwas Fremdes und Fratzenhaftes. Es ist im Grunde eine Gesellschaft von Narren und Sonderlingen, diese Verkommenen und diese Ehrbaren der höheren Beamtenwelt und des reicheren Besitzes. Der grelle Umschlag der Stimmungen, der slavische Nationaleigenthümlichkeit ist, mischt auch die Charaktere und macht sie vieldeutig.

In dem Strudel des Elends und Gelächters aber treibt die weisse Blüte Sonja, die Immaculata der Strassenprostitution, die ihren kindlichen Leib verkaufte, um den Ihrigen Brot zu schaffen. Nichts vermochte sie zu schänden, da doch all ihr Wesen in den gütigen Augen liegt, die sie nicht mit veräusserte. Zu ihr flüchtet sich Raskolnikow, um seine Schuld zu gestehen, an ihr gesundet seine brandige Seele — in der Wiedergeburt der Auferstehung.

## IV.

Russlands Horizont ist Sibirien, und Sibiriens Horizont ist das Neue Testament. Die Verbannung bringt die äussere Säuberung, die Evangelien spenden die innere Erlösung. Raskolnikow ist der Auferstehungsroman Tolstojs; in dem Menschenalter, das zwischen den beiden Werken liegt, hat sich die Stimmung der grossen russischen Kunst fast gar nicht entwickelt. Raskolnikow wirkt wie eine ältere Auflage der Auferstehung Tolstojs. In Handlung und Gestalten, in Psochologie und Tendenz sind beide Werke wesensgleich. Nur

ist Tolstoj milder, und der gespenstische Blutgeruch der Raskolnikow-Visionen ist ihm fremd. Der Protest gegen das Bestehende, die Negierung der Gesellschaft und die Verzweiflung an einer praktischen Lösung — alles ist in gleicher Schärfe und Härte geblieben. Tolstoj ist über Dostojewskij nicht hinausgekommen. Statt an einer menschlichen Lösung zu arbeiten, flüchten beide sich zu dem Erlösungsgedanken. Auch in Raskolnikow erscheint der Communismus der Zeit schattenhaft und verzerrt, als interessantes Problem, dem keine Möglichkeit der Realisierung inne wohnt. Der Communist Dostojewskijs weiss nichts von Arbeiterbewegung, von wirtschaftlicher Entwicklung, von politischen Aufgaben — er interessiert sich nur für die freie Liebe und spintisiert über das bedeutsame Problem, ob es im communistischen Zukunftsstaat gestattet sei, ohne weiteres zu jeder Zeit in jedes Haus einzudringen. Am Ende des Jahrhunderts wie vor einem Menschenalter schreiten die beiden grössten Schriftsteller Russlands nicht dem Leben voran, sondern sie entlaufen ihm. Aus den Kerkern der russischen Zustände giebt es keinen Ausweg, nur eine Entrückung. Der schuldbeladene Schwärmer und die reine Dirne retten sich in das mystische Asyl der transcendenten Liebesweichheit des Nazarenertums. Nachdem die Intelligenz alle Autorität gesprengt, alle Wahrheit bezweifelt, alle Gesetze erschüttert hat, verkriecht sie sich in die culturverleugnende Einfachheit urchristlichen Gemütslebens, dessen verzückte Offenbarungen den Himmelstürmern nun als der Weisheit letzter Schluss erscheinen. So verharren denn die Besten Russlands in romantischer Weltflucht — sie umgehen die widerwärtigen Institutionen, indem sie sich ins eigene Ich zu fromm-schwärmender Einfalt zurückziehen.

Auch Dostojewskij gehört zu den gewaltigen Dichtern, die Platon an der Schwelle seiner Menschen erziehenden Akademie schroff abweisen würde.

## Rundschau.

### Oeffentliches Leben.

#### Politik.

Die Etatsdebatten im Deutschen Reichstag drehten sich weniger um die Finanzen des Reiches, seine Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft, als um die **Boerenfrage**, um den Präsidenten Krüger, dessen Besuch am Kaiserhofe in Berlin abgelehnt worden ist. Der Erregung über die Abweisung Krügers wäre wohl weniger stark gewesen, wenn die auswärtige Politik des Reiches ihre neutrale Stellung schon immer in gleich scharfer Weise accentuiert hätte, wie jetzt dem Präsidenten der südafrikanischen Republik gegenüber. Nicht umsonst hat man auch in Deutschland einen förmlichen Boeren-cultus grossgezogen, der vielfach auf Sentimentalität oder gar Mitleid basiert. Das Unrecht der Engländer den Boeren gegenüber mag himmelschreiend sein, darum sind und bleiben sie doch im Recht, das der Starke noch immer mit Erfolg in Anspruch

genommen hat. Dieses Recht basiert nicht allein auf der blossen Macht, sondern wohl auch auf der culturellen Ueberlegenheit des Stärkeren, einem Moment, das bei der Behandlung der Boerenfrage übersehen wird. Die Socialdemokratie, als die politische Vertreterin der Arbeiterinteressen, verwirft zwar die Mittel der modernen Ausdehnungspolitik, aber sie kann sich der Einsicht nicht verschliessen, dass diese Politik ein in ihrem Sinne fortschrittliches Ziel verfolgt. Der Expropriation des Mittelstandes auf wirtschaftlichem entspricht die Expansionspolitik auf politischem Gebiet. Hier wie dort sind die Mittel zum Zweck überwiegend rücksichtslos und brutal, aber darüber kann man den Zweck selbst nicht übersehen. Die Unterwerfung der Boeren durch die Engländer bedeutet für die Folgezeit eine systematische Ausdehnung des Industrialismus auf die südafrikanischen Republiken, die sich bisher mit Erfolg sträubten, ihren agricolen Charakter abzulegen. Man braucht kein

persönlicher Freund der modernen Warenhausbesitzer sein, die den Mittelstand im Handelsgewerbe rücksichtslos und mit der ihnen eigenen finanziellen Uebermacht totmachen; trotzdem wird zuzugeben sein, dass die Entwicklung selbst einen wirtschaftlichen Fortschritt bedeutet. Von diesem Gesichtspunkte aus können wir die Begeisterung für die Boeren nicht mitmachen. Eine andere Frage bleibt freilich, ob ein Besuch Krügers in Berlin für die deutsche Politik hätte schädlich wirken können. Ohne die Besuchsangelegenheit aufzubauschen, wird man doch auch bei der nüchternsten Erwägung nicht einsehen können, dass die stricte Zurückweisung Krügers nötig war. Durch einen ceremoniellen Besuch Krügers wäre die Neutralität Deutschlands nicht im mindesten verletzt worden, auch nicht ein Gegensatz zu Frankreich entstanden, mit dem Hand in Hand zu gehen uns elementare Interessen des deutschen Reiches gebieten. Die Ablehnung des Besuches konnte nur den einen Zweck haben, sich England gegenüber in eine besonders günstige Position setzen zu wollen. Dass dazu hinreichende Veranlassung vorhanden war, kann vorläufig nicht zugegeben werden.

Kurz bevor im Reichstag die langwierige und unfruchtbare Krügerdebatte entbrannte, hatte im englischen Unterhause am 2. December Chamberlain sein Programm über die Zukunft der süd-africanischen Republiken entwickelt. Chamberlain ist von der Notwendigkeit der baldigen Beendigung des Krieges überzeugt. Sobald eine weitere Pacificierung des Feindes eingetreten sei, sollen die Territorien der Boeren als Kroncolonieen verwaltet, also einer Civilverwaltung unterstellt werden. Ehe das Parlament im Frühjahr zusammentritt, soll der Anfang zu einer Civilverwaltung gemacht sein. Sir Alfred Milner soll Gouverneur der beiden Boerenstaaten werden. In Pretoria, Bloemfontein, Johannesburg und vielleicht in einigen anderen Orten sollen municipale Verwaltungen eingesetzt werden; überall sollen die localen Gesetze, Gewohnheiten und Gebräuche so wenig wie möglich geändert werden. Auch halte es die englische Regierung für ihre Pflicht, zu allen Verwaltungsposten Eingeborene heranzuziehen. Diese Versprechungen sollen in Form einer Proclamation in Sudafrica verbreitet werden.

Die wiederholt angekündigten Friedensverhandlungen mit China wollen nicht recht in Gang kommen. Die Chinesen sind ja mit Worten immer ganz splendid, und es liest sich ja ganz erfreulich, was die Kaiserin-

Witwe allerjüngst angeboten haben soll: baldige Rückkehr des Kaisers nach Peking; Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 40 Millionen Pfund Sterling; Einführung einer Schutzwache von 2000 Mann für jede fremde Gesandtschaft und Einsetzung von je einem fremdländischen Berater für jede Provinz des chinesischen Reiches. Die Vollmachten der ehemaligen Unterhändler, die zunächst von den fremden Gesandten beanstandet wurden, sind nunmehr mit dem kaiserlichen Siegel versehen, so dass die Verhandlungen selbst beginnen können. Bis zum 13. December war das noch nicht der Fall. Erwartungen auf einen baldigen Abschluss der chinesischen Wirren wären indessen verfrüht. Die Chinesen werden sich gewiss nicht beeilen; ihre Position wird um so günstiger, je länger sie die fremden Mächte hinzuhalten und zu differenzieren verstehen. Die chinesische Regierung ist in sicherem Versteck, die Jahreszeit verbietet jede grössere militairische Action; die Einigkeit der Mächte ist nur noch leerer Schall: Americaner, Russen und Japaner haben den grössten Teil ihrer Truppen zurückgezogen, und der zurückbleibende Rest zersplittert seine Kraft in gegenseitigen Misslichkeiten, von denen diejenige zwischen dem amerikanischen General Chaffee und dem Grafen Waldersee während der letzten Zeit die bemerkenswerteste war. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob Deutschland in Ostasien bald auf sich allein gestellt werden könnte, und dass es krampfhaft versucht, in England wenigstens eine Stütze zu gewinnen. Von Erfolgen der deutschen Politik in China kann im Ernste niemand reden, wohl aber von einem Kostenaufward, der in Höhe von 300 Millionen Mark schon feststeht. Es wird darauf hingewiesen, dass China unsere Kosten einst bezahlen werde. Von mancher Seite wird eingewandt, dass dieser Trost wertlos sei, da Chinas Finanzen versagen würden. Andererseits führt ein Kenner Chinas, der frühere Gesandte von Brandt aus, dass dies doch wohl möglich sei. Mag sein, aber es wird sehr schwer sein, China zu einem Friedensschluss unter solchen Opfern nötigen zu können. Die Chinesen betreiben die Taktik, die Verwickelungen so lange wie möglich hinzuziehen, um die Gegner müde und uneinig zu machen, bisher mit so grossem Erfolg, dass sie an ihr festhalten werden.

Schwerwiegender, als die directen Unkosten der chinesischen Expedition fallen die handelspolitischen Nachteile für Deutschland ins Gewicht, die das Reich aus seiner weltpolitischen Action haben wird. Gewiss, auch China muss im Interesse des Fortschritts

dem capitalistischen System verfallen, aber ein solches Riesenreich mit seiner tausendjährigen Cultur ist nicht so rasch bezwungen und von Grund aus zu ändern, wie die kleinen südafrikanischen Republiken. Die fremdenfreundliche Reformpartei in China, die der Träger der modernen Entwicklung des ostasiatischen Riesenreiches war und von innen heraus die Vorbedingungen zur Umänderung der wirtschaftlichen Grundlagen Chinas schuf, ist durch den falschen Eingriff der Grossmächte, und vornehmlich Deutschlands, am stärksten geschädigt worden. Deutschland treibt Weltpolitik, aber ohne genau umgrenzte und erreichbare Ziele, dafür aber in einer wenig beneidenswerten wirtschaftspolitischen Situation. In Europa sucht es sich nicht einmal handelspolitisch eine solide Grundlage für seine politische Machtstellung zu erhalten. Es ist eine bedeutende Warnung, die aus Oesterreich-Ungarn an unser Ohr klingt. In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 13. December griff der Abg. Ugron den Dreibund heftig an, der Ministerpräsident von Szell verteidigte ihn. Aber er musste zugeben, dass in wirtschaftlicher Beziehung die Lage sich nicht in wünschenswerter Weise gestaltet hat. „Deutschland pflegt seine Wirtschaftspolitik von seiner allgemeinen Politik abzusehern, nicht bloss uns, sondern auch anderen Mächten gegenüber. Das ist bedauerlich, wir müssen aber bei den Handelsvertragsverhandlungen darauf bedacht sein, dass diesem Uebelstande so weit wie möglich abgeholfen wird.“ Wenn nun aber die deutsche Politik eine derartige Abhilfe unmöglich macht? Auch der Präsident der Vereinigten Staaten hat in seiner Botschaft zu verstehen gegeben, dass die Handelsbeziehungen zu Deutschland keineswegs einwandfrei sind.

\*

Die Gefahr einer handelspolitischen Isolierung Deutschlands ist um so grösser, je stärker die Rücksicht auf die Finanzen des Reiches erhöhte Einnahmen erforderlich machen. Der Voranschlag des Reichshaushalts für 1901 zeigt keineswegs ein befriedigendes Bild. Die Ausgaben sind in starker Steigerung begriffen und verlangen in ein paar Jahren neue und reiche Einnahmen. Wir sind mit den jährlichen Ausgaben in der dritten Milliarde, die Ansprüche für Heeres- und Marinezwecke wachsen in starken, zum Teil gesetzlich schon festgelegten Proportionen, dagegen zeigen die Einnahmequellen eine Stagnation, die bei dem wirtschaftlichen Niedergang sich verstärken wird. Neue Einnahmen sind unabweisbar. Da eine Reichsfinanzreform grossen Stils aussichtslos er-

scheint, so bleiben nur zwei Wege: entweder neue Verbrauchssteuern oder höhere Zölle und dadurch höhere Zolleinnahmen. Da der Reichstag wohl für höhere Zölle, kaum aber für neue Verbrauchssteuern zu haben seindürfte, so wird die Reichsregierung schon aus finanzpolitischen Gründen dem Anstürmen der hochschutzzöllnerischen Parteien wenig Widerstand entgegenzusetzen. Der neue Reichskanzler wird hier seinem Stellvertreter Grafen Posadowsky schwerlich einen Strich durch die langjährigen, schutzzöllnerisch zugespitzten Vorarbeiten zu den neuen Handelsverträgen machen.

\*

Graf Posadowsky fühlt sich überhaupt als Herr der Situation. Die vielerörterte 12000 Mark-Affaire war nach dem neuen Reichskanzler ein Missgriff, der nicht wieder vorkommen darf, nach dem Grafen Posadowsky eine Sache der blossen Opportunität, die eine Abhängigkeit von irgend einer socialen Classe nicht involviere. In derselben Rede, in der Graf Posadowsky sich wegen der vom Centralverbande deutscher Industrieller erbettelten Summe verteidigte, bringt er es fertig, das Rundschreiben der Seerberufsgenossenschaft, von dessen Existenz der Abg. Raab der Oeffentlichkeit Kunde gab, in unternehmerfreundlichem Sinne zu deuten. In dem Schreiben werden die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft als unumgängliche Decoration bezeichnet, um der dummen Welt, d. h. hauptsächlich doch den interessierten Arbeitern, Sand in die Augen zu streuen. Dieses Rundschreiben war von dem verstorbenen Reeder Laeisz abgefasst, aber vom gesamten Vorstande der Seerberufsgenossenschaft unterschrieben. Graf Posadowsky giebt nun zwar den Briefschreiber preis (der ist ja tot), aber die übrigen Mitunterzeichner will er für den Inhalt des Schreibens nicht verantwortlich machen: denn man dürfe denjenigen Herren, die ihre Zustimmung zu dem positiven Vorschlag des Herrn Laeisz gegeben haben, nicht imputieren, sie hätten ausdrücklich noch die bedauerliche Bemerkung, die zu diesem Vorschlage gemacht worden ist, gebilligt. Graf Posadowsky hat mit dieser Verteidigung der Mitunterzeichner des Laeisz'schen Schreibens seine Behauptung, das Reichsamt des Innern sei keine dem Unternehmertum äusserst gewogene Behörde, glattweg Lügen gestrafft. Die Mitunterzeichner des Schreibens werden erleichtert aufgetraut haben, als sie am Grafen Posadowsky einen so wirkungsvollen Anwalt gefunden hatten. Jedenfalls hat das Reichsamt des Innern nach diesen zwei Vorkommnissen aus der letzten Zeit auch

den letzten Funken von Vertrauen bei den deutschen Arbeitern, weit hinaus über die socialdemokratischen Kreise, so lange verloren, als Graf Posadowsky sein Leiter ist. Die ganze Socialreform der letzten Jahre erscheint in dem Lichte der jüngsten Enthüllungen mehr und mehr auch als eine blosse Decoration. Jede neu auftauchende sociale Frage trachtet Graf Posadowsky durch eine hübsche Gesetzesvorlage zu lösen, je harmloser, desto besser. Die Unternehmer wollen geschont sein!

*Richard Calver.*

### Wirtschaft.

Die Jahreswende vollzieht sich diesmal unter ganz anderen Eindrücken und Stimmungen wie Ende 1899.

Das Wirtschaftsjahr 1899 erklärte man damals gehobenen Mutes vielfach für das erfolgreichste, das Deutschland, ja ganz Europa nebst der americanischen Union jemals gesehen habe. Das Gründungsfieber hatte noch nicht nachgelassen, sondern war im Gegenteil weiter gewachsen: die bekannte Aufstellung des Deutschen Oekonomist verzeichnete für 1898 329 neue Actiengesellschaften mit 463,62 Millionen Mark Actiencapital, für 1899 dagegen 364 Gesellschaften mit 544,39 Millionen Mark. Der Bedarf der thatenlustigen Industrie an Roh- und Hilfsstoffen überflügelte zeitweilig die Lieferfähigkeit der ganzen Welt, so dass Baumwolle, Wolle, Kohlen, Eisen, Kupfer rapid stiegen; aber die Mehrausgaben brachte die Industrie noch immer reichlich wieder herein durch die fortgesetzt günstigen Absatzverhältnisse, unter denen sie producierte. Nicht einmal der unerhört hohe Zinsfuß für Leihcapital störte ihr Selbstvertrauen wesentlich, obwohl die Crediterschwerung mit der Zeit ganz beträchtlich geworden war. Der durchschnittliche Discontsatz der Deutschen Reichsbank hatte im Jahre 1899 nicht weniger wie 5,05% betragen, während man — wenn man Jahr für Jahr bis 1894, dem letzten Jahre vor der Prosperitätsepoche, zurückgeht — vorher als Zinssätze findet: 4,26, 3,81, 3,66, 3,14 3,12%. Gerade das letzte Quartal von 1899 hatte dieser Creditverteuerung, in der sich ebenfalls die Ueberflügelung des verfügbaren Leihcapitals durch den enormen Handels- und Industriebedarf ausdrückte, die Krone aufgesetzt; Ende December 1899 hatte die Reichsbank mit einem Discontsatz von 7% das scheinbar Unmögliche zur Wirklichkeit werden lassen. Indes, für noch unmöglicher würde man es früher gehalten haben, dass die Industrie auch diese neue Productionser schwerung ziemlich leichten Herzens auf-

sich nahm. Selbst, als die Norddeutsche Allgemeine Zeitung geraume Zeit nach der Jahreswende ihren bekannten Mahnruf an die Industriellen Deutschlands und gegen die „wilde fieberhafte Ueberspeculation und Ueberproduction“ richtete, verzeichnete man das zunächst als Symptom mehr für die Verlegenheiten der creditgewährenden Reichsbank, als für einen drohenden Rückschlag in der Industrie. So im Vorjahr.

\*

Das erste Quartal des Wirtschaftsjahres 1900 entspricht auch diesen optimistischen Anschauungen noch. Nachdem jedoch vorher schon in Russland durch Zahlungseinstellungen und Kursrückgänge der ungesunde Charakter mancher Schwindelblüte hervorgetreten war, kamen im April die alarmierenden Nachrichten über die americanische Eisenindustrie. Die Absatzstockungen und Preisherabsetzungen jenseits des Oceans liessen einer um so schärferen Wettbewerb der americanischen Ueberproduction auf den europäischen Märkten befürchten, deren Grenze der Aufnahmefähigkeit ohnehin erreicht und vielleicht schon überschritten schien. So erlebt der Motanmarkt zum ersten Male eine heilige Erschütterung, die sich alsdann über weite Gebiete der Effectenbörse fortpflanzt. Am 7. Juni hat die Börse sogar ihren kleinen Krach, vor allem in den Actien der Kohlen- und Eisenindustrie. Gelsenkirchener Bergwerksactien hatten am 1. Juni noch auf 211,80 gestanden, sie fielen am 7. Juni auf 193,90 — Bochumer Gussstahlactien von 244,50 auf 225,75 — Harpener Bergwerksactien von 223,75 auf 206,25 (und auf 198,70 am 30. Juni). Auch die Metallpreise bröckeln zum Teil ab. Bald darauf macht sich der Einfluss der chinesischen Wirren auf den ostasiatischen Export ungünstig geltend, vor allem auf eine Anzahl kleinerer Productionszweige (wie die Nadelindustrie Rheinland-Westfalens), ferner jedoch auf die Textil- und abermals auf die Eisenindustrie, für welche die geplanten chinesischen Eisenbahnbauten vorläufig als vertagt angesehen werden müssen. Im allgemeinen bleibt jedoch die Production von den Vorgängen an den Börsen zunächst noch unberührt. Auch die Börse kommt so zeitweilig, in der zweiten Hälfte des Juli, wieder in bessere Stimmung. Anfang August kehrt jedoch der kleine Krach bereits wieder. Der Tiefpunkt vom Juli wird jetzt noch weit unterschritten: vom 1. auf den 9. August sanken Gelsenkirchener von 192 auf 185, Bochumer Gussstahl von 194,30 auf 183,25, Harpener von 184,80 auf 174,50. Ein grosses Essener Bankhaus gerät in

Zahlungsstockung; die Wollindustrie befindet sich zeitweilig in harter Bedrängnis. Die Kohlennot erregt angesichts solcher ungünstiger Verhältnisse nunmehr auch bei den Industriellen wachsenden Anstoss. Trotz aller Wiederbelebungs- und Sanierungsversuche — welche ebenfalls gegen früher den Capitalismus auf einer ganz anderen, höheren Stufe der Leistungsfähigkeit zeigen — ereignet der Rückgang der Coniunctur immer neue Geschäftszweige. Die Börse zeigt weitere Rückgänge, zuletzt für fast alle Industriewerte. Mehr und mehr stellt sich unwiderleglich heraus, dass die Production selber angekränkt ist; im dritten Vierteljahr häufen sich schon die Nachrichten über Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen.

Die alte zukunftsichere Stimmung konnte unter solchen Umständen nicht mehr zurückkehren. Als im October die grossen Berliner Bankinstitute durch Interventionskäufe eine gewisse Beruhigung an der Börse erzielt hatten, weckte die Krisis der preussischen Hypothekenbanken (vor allem der sog. Spielhagenbanken) wiederum eine Panik. Gerade die Electricitätsindustrie, die im September und October mit Curssteigerungen von neuem voranging, erfuhr sehr bald eine kritische Beleuchtung ihrer eigenen Ueberproduction durch den Director der Allgemeinen Electricitätsgesellschaft selber. So kriselt es an allen Ecken und Enden, wenn auch ein jäher Zusammenbruch, wie 1873, vermieden worden ist und vielleicht noch länger vermieden werden wird.

Die Stagnation der Börsen und die Zurückhaltung der Industrie spricht sich auch im Rückgang des Discontsatzes gegen das Vorjahr aus. Der Privatdiscont stellte sich im Durchschnitt des ersten Drittels des December — weiter können wir, während wir dies schreiben (am 15. December) die Ziffern noch nicht verfolgen — 1900 auf 4,38, 1899 dagegen auf 5,78, 1898 auf 5,08, 1897 auf 4,46, 1896 auf 4,65 und dann 1895 sogar auf 3,00 und 1894 auf 1,43 %<sub>0</sub>. Von diesem Sinken des Zinsfusses, von dem Zurückweichen der Concurrenz höher erträglicher Industriepapiere werden die festverzinslichen Anleihen von Staat und Gemeinde profitieren, die bekanntlich während der letzten Jahre tief in der Bewertung herabgegangen waren und die man daher selbst bei drängendem Bedarf nach neuen staatlichen und communalen Unternehmungen möglichst hinauszuschieben suchte. Möglich, dass die grössere Thätigkeit von dieser Seite (Eisenbahnen, Kleinbahnen, Electricitäts-, Gas-, Wasserwerke, Neubauten u. s. f.) auch manchen Industrien zeitweilig ein paar Aufträge mehr zuführt.

Aber das geschwundene Vertrauen wird sie nicht wiederbringen können.

Selbst die Hoffnungseligsten vom Vorjahre werden diesmal bei der Jahreswende zufrieden sein, wenn das langsame Abwärtsgleiten nicht zum halsbrechenden allgemeinen Absturz wird.

*Max Schippel.*

### Socialistische Bewegung.

Der Einfluss der Arbeiterclassen auf die Gesetzgebung, wie auf den Gang des ganzen öffentlichen Lebens überhaupt, nimmt in der Masse einen von Tag zu Tag ausgeprägteren Charakter an, als die socialistischen Ideen in den Köpfen der Masse immer fester Wurzel zu fassen beginnen. Die Fortschritte der socialistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern sind für jeden unparteiischen, in keinem Vorurteil gegen sie befangenen Zuschauer unverkennbar und als überaus erfreuliche zu bezeichnen. Sie machen sich in allen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen fühlbar und tragen ihr Teil dazu bei, dass gewisse veraltete Einrichtungen und Erscheinungsformen allmählich vor moderneren Anschauungen capitulieren müssen. Das stetige Umsichgreifen der collectivistischen Lehren ist demnach ganz danach angethan, allmonatlich eine gedrängte Uebersicht zu rechtfertigen, deren Hauptaugenmerk sich im wesentlichen auf die nennenswerthesten Erwerbungsformen und die wichtigsten Actionen der organisierten Arbeiterschaft des In- und Auslandes innerhalb der politischen Sphäre concentriren wird.

\*

Bei uns in Deutschland wird in puncto Socialreform noch immer ein recht laues Tempo beobachtet, auf das der Centralverband deutscher Industrieller unverkennbaren Einfluss ausübt. Das Characteristicum der vom grünen Tisch der Regierung aus entworfenen Gesetzesvorlagen zum Schutz und Wohl der Arbeiterclassen, ist ein nervöser Dilletanismus. Mehrere Anträge der socialdemokratischen Reichstagsfraction, die sie unmittelbar nach Eröffnung der neuen Session eingebracht hat, sind bestimmt, wieder einen frischen Zug in die Socialpolitik hineinzubringen. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen: Antrag, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Gewerbegerichte, Ausdehnung derselben auf alle im Bergbau, in der Land- und Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr oder als Gesinde beschäftigten Personen, Ausmerzung der noch im Gesetz formulierten reactionären Bestimmungen; Antrag, betreffend die Beschäftigung gewerblicher Arbeiterinnen, welcher einschneidende Massregeln in hygienischer und moralischer

Hinsicht für die erwerbsthätigen Frauen fordert, wie: Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot des Ueberstundensystems und der Nacharbeit, Entbindung von der Arbeitspflicht während einer gewissen Zeit vor und nach der Niederkunft, Krankencassenunterstützung im Mindestbetrage des ortsüblichen Tagelohnes bis zur Wiederaufnahme der Arbeit, ferner sollen die dem weiblichen Organismus besonders nachteiligen Arbeiten den Arbeiterinnen nicht anvertraut werden dürfen; Gesetzentwurf zwecks Sicherstellung und weiteren Ausbaues des Vereins- und Versammlungsrechtes etc. Auch eine Revision des Reichspressgesetzes ist beantragt worden.

\*

Ein erfreuliches Zeugnis von dem Vorwärtsdringen unserer Partei legen mehrere neue Wahlergebnisse ab.

Die Landtagswahlen in Württemberg zeigen ein gewaltiges Anschwellen der socialdemokratischen Stimmen an. Von 300 000 abgegebenen Stimmen fielen ca. 60 000 auf unsere Candidaten, gegenüber 30 000 im Jahre 1895, also das Doppelte. In sämtlichen 70 Wahlbezirken candidierten wir. Auch der Gewinn an Mandaten wird nicht unerheblich sein. Einen Sitz errangen unsere Genossen im ersten Wahlgang: Stuttgart-Land. An 10 Stichwahlen sind sie beteiligt. Günstige Stichwahlaussichten dürften in mindestens 6 Kreisen vorhanden sein: Esslingen, Ludwigsburg-Amt, Neuenburg, Tuttlingen, Göppingen, dazu gesellt sich noch der Wahlkreis Stuttgart-Stadt, wo die Wahl des Genossen Kloss als sicher gilt. Ausschlaggebend sind die volksparteiichen Stimmen. Hoffentlich lässt sich die Demokratie durch die „rationale“ Hypnose zu keinem politischen Selbstmord verleiten. — Auch die Thore des Landtags in Sachsen-Weimar haben sich unseren Genossen geöffnet: zwei Socialdemokraten sind durchgedrungen. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Leipzig siegten im 3. und 4. Wahlkreis die Socialdemokraten mit glänzender Majorität. — In Frankfurt a. M. wurde in der Stichwahl Genosse Dr. Quarck zum Stadtverordneten gewählt. Somit ist Bresche gelegt in das Frankfurter Stadtparlament. — Die Stadtverordnetenwahl in Rixdorf haben den Socialdemokraten einen neuen Triumph bereitet. In allen 9 Bezirken der dritten Abteilung sind fast ohne Kampf unsere Genossen siegreich hervorgegangen. — Bei den Gemeindewahlen in Erfurt erhielten die 6 Candidaten unserer Partei 1034 bis 1098 Stimmen, gegen 619—639 im Jahre 1898. Zwei Genossen kommen in die Stichwahl. Die ganze Wahl wird aber angefochten werden, da die vom

Magistrat getroffenen mangelhaften Wahl-einrichtungen weit über 6000 Wähler, das sind fast  $\frac{2}{3}$  der Wähler der dritten Classe, an der Ausübung ihres Wahlrechts hinderten. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Stettin wurden 6008 Stimmen für die Socialdemokratie abgegeben, während die Gegner nur 5950 auf sich vereinigten. Die Partei erhielt also die absolute Majorität, und nur die Einteilung in 8 Wahlbezirke hatte zur Folge, dass nur 4 Socialdemokraten definitiv gewählt wurden, während 3 in die Stichwahl kamen und einer von vornherein unterlag. — In Dessau sind die Genossen Peus, Franke, Stelzer und Christian mit 296, 2226, 1875 und 1872 Stimmen zu Stadtverordneten gewählt. Die Stimmenzahl hat sich in zwei Jahren verdreifacht. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Gera wurden 5 „Umstürzler“ gewählt. Ein Sitz ist neu gewonnen, die anderen sind alter Besitzstand der Partei. 25 902 socialistische Stimmen stehen 25 502 bürgerlichen gegenüber. — Bei der Stadtverordnetenwahl in Solingen erzielten in der 3. Abteilung unsere Genossen die höchste Stimmenzahl. Stichwahl mit der bürgerlichen Partei hat stattzufinden. Schunacher und Consorten sind unterlegen.

\*

Die belgischen Socialisten bereiten dem tugendsamen Leopold manch' bittere Stunde. Mitte November veransalteten sie eine gewaltige Massendemonstration in Brüssel zu gunsten der Amnestie und des allgemeinen Wahlrechts. Eine Deputation begab sich zum Oberbürgermeister und unterbreitete ihm die Petition, welche die Forderungen der Arbeiterschaft an die Regierung enthielt. Für das Proportionalwahlssystem hat sich der ausserordentliche Parteitag der belgischen Socialdemokratie entschieden, und zwar mit 366 gegen 108 Stimmen. Die Minorität, die besonders aus den Vertretern der Kohlenbecken Mons und Charleroi bestand, erklärte, sich der Minorität fügen zu wollen. Mit der von den Bierbarphilisten getaselten Spaltung ist es demnach also nichts. Wieder ein Glied mehr in der langen Kette ihrer Enttäuschungen! Die socialistische Gruppe der belgischen Kammer hat dem Militarismus den Fehdehandschuh hingeworfen und einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, dahingehend, die einjährige Dienstpflicht zu decretieren als Uebergangsstufe zur Miliz. Die Radicales haben ihre Unterstützung zugesagt. Viel Glück!

\*

In Frankreich gewinnt der Socialismus trotz allen Beschwörens der Christlich-Socialen zusehends an Terrain. Verschiedene Gemeinde-

wahlsiege, wie der in Bondy-Forêt, sind zu registrierten. Bedauerlicherweise tobt noch immer jener mit dem unseren französischen Genossen eigenem leidenschaftlichen Temperament geführte häusliche Streit innerhalb des französischen Socialismus. Vor mir liegt eine Nummer des Petit Sou, in welcher Lafargue Millerand als Schlächter strikender Arbeiter apostrophiert und Jaurès den lebenswürdigen Rat erteilt, seinem „grausamen Spiel“ mit den Proletarierinteressen ein Ende zu setzen, er besorge ja doch nur die Geschäfte des Kanonen- und Schienenkönigs Schneider in Creusot. Jaurès sei die Incarnation der Tartufferie und Harlekinade. Und in diesem anheimelnden Tone wird lustig weiter discutiert. In der Kammer gehen die Socialisten ziemlich geschlossen vor. Die unter Jaurès' Einfluss stehenden Genossen haben durch den Mund Vivianis der Regierung quasi ein Vertrauensvotum attestiert. Sie begrüßen mit Freuden das Schulgesetz der Regierung sowie das Vereinsgesetz, um den Staat im Schutz der Gewissensfreiheit gegen die Maulwurfsarbeit der Kirche zu unterstützen. In dem vom socialistischen Handelsminister Millerand gemachten Vorschlag obligatorischer Schiedsgerichte bei Strikes sehen sie eine Frucht des revolutionären proletarischen Classenkampfes, eine Siegesetappe der organisierten Arbeiterschaft über das autokratische Unternehmertum, nicht, wie die Guesdisten, eine Verwischung des Classenkampfprinzips zu verschwimmenden Conturen. Dem Projecte der Altersversicherung bekunden sie ihre Sympathie. Die Guesdisten und Blanquisten zeigen sich spröde, wenn sie sich auch nicht gerade a priori auf anti-ministeriellen Bahnen bewegen wollen. Nun, die Suppe wird nicht so heiss gegessen, wie sie gekocht wird.

\*

Anlässlich der verflossenen Präsidentenwahlen in Nordamerica entfalteten unsere dortigen Genossen eine äusserst rege Agitation in Wort und Schrift. Die Wahlstatistik zeigt ein Wachstum des nordamericanischen Socialismus, das selbst die optimistischen Erwartungen noch übertroffen hat. Annähernd 200 000 Stimmen sind für die „rote Internationale“ abgegeben: 140 000 erhielt die den Gewerkschaften freundlich gesinnte Social Democratic Party mit Harriman und Debbs, dem americanischen Lassalle, an der Spitze; ca. 60 000 vereinigten die Ueberbleibsel der alten Socialistischen Arbeiterpartei auf sich, deren geistiges Haupt de Léon ist. Die Socialdemokratie jenseits des grossen Wassers vereinigte auf sich 1888: 2062 Stimmen, 1890: 13 331, 1892: 21 152,

1894: 36 564, 1898: 82 204, 1900: 200 000 Stimmen.

\*

**Kurze Chronik.** Die Berliner Genossen legten in 9 Volksversammlungen einen Protest gegen die herrschende Kohlen- und Wohnungsnot ein. — Das internationale socialistische Secretariat hat mit dem 1. December seine Thätigkeit begonnen, Secretair ist der Belgier Serwy. Von deutscher Seite sind in das Comité gewählt als Delegierte: Auer und Singer, als Schriftführer Kautsky. Frankreich vertreten Jaurès und Vailant, England Quelch und Hyndman, die österreichischen Polen Jedrzejewsky und Wojnarowska. — In Italien haben namens der Linken die Genossen Turati und Ciccali, sowie die demokratischen Republikaner de Andreis und dell'Acqua einen Antrag auf Errichtung gesetzlicher Gewerbegerichte eingebracht.

Oskar Petersson.

### Gewerkschaftsbewegung.

Zum Capitel: **Unternehmertum, Staatsgewalt, Justiz und Polizei im Kampf gegen organisierte Arbeiter** haben die letzten Wochen wieder einige recht drastische Belege gebracht.

„Mundus vult decipi!“ (Laesz.)

„Der Druckkostenfonds des Reichsamt des Innern beträgt 190 000 Mk., und die Oberrechnungskammer würde es wohl nicht moniert haben, wenn man diese Mittel zur Verbreitung des amtlichen Materials (nämlich die Denkschrift zur Zuchthausvorlage) benutzt hätte. Wenn das nicht geschehen ist, so mag die Ursache eine gewisse bureaukratische Aengstlichkeit gewesen sein — — —“ (Staatssecretair des Innern Graf Posadowsky im Reichstage am 11. December 1900.)

„Leute, es freut mich, dass die Sache mit eurer Sperre in Ordnung ist. Ich weiss auch, dass ihr verführt seid von ganz gewissenlosen Hetzern, die euch und eure Familien ins Unglück stürzen wollen und von euren Groschen leben, die ihr ihnen opfert — — — Geht heraus aus eurem Verband, welcher ja doch kein gewerkschaftlicher Verband ist, sondern nur ein socialdemokratischer, und gerade die Socialdemokraten, diese Rhinocerosse, haben euch verführt — — — und ich verspreche euch, so lange die Kaiserin baut, werden stets die Unorgansierten beschäftigt werden — — —“ (Freiherr von Mirbach, Oberhofmeister der deutschen Kaiserin.)

Mit obigen Citaten ist eine ganze Reihe von Vorgängen aus den wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart angedeutet. Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter sehen sich vor die Aufgabe gestellt, nicht nur



allein den organisierten Widerstand des Unternehmertums gegen den socialen Fortschritt zu überwinden, sondern auch die offen ausgesprochene Gegnerschaft der Staatsgewalten, Justiz und Polizei. Das Strafconto der Arbeiterbewegung ist nach den Zusammenstellungen des Vorstandes der socialdemokratischen Partei im September mit 6 Jahren 5 Monaten 3 Wochen 3 Tagen Gefängnis und 1136 Mk. Geldstrafen, im October mit 2 Jahren Zuchthaus, 1 Jahr 5 Monaten 8 Wochen 6 Tagen Gefängnis und 3273 Mk. Geldstrafen und im November 1900 mit 2 Jahren 6 Monaten und 5 Wochen Gefängnis und 2958 Mk. Geldstrafen belastet worden. Der überwiegende Teil solcherart gehandeter „Strafthaten“ dürfte mit den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter im Zusammenhange stehen. Wurde doch allein im September wegen Strikepostenstehens und wegen angeblicher Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung gegen Arbeiter auf über 3 Jahre Gefängnis erkannt.

In Arbeiterkreisen weiss man diese Seite reichsdeutscher Rechtspflege wohl zu würdigen, man bezeichnet sie als Classenjustiz, zumal, wenn Vergleiche gezogen werden zwischen der Behandlung organisierter Arbeiter und Angehörigen der sogenannten oberen Zehntausend! Vom bekannten Dreschgrafen und seiner Freisprechungen ganz zu schweigen, verursachen doch Urteile, wie das vom 20. October gegen die vier Mitglieder des Grubenvorstandes der Zeche Unser Fritz, starkes Aufsehen. Es handelte sich um fortgesetzte Uebertretungen der Bestimmungen betreffend Beschäftigung jugendlicher Arbeiter. Gegen die reichen Kohlenbarone wurden je 500 Mk. Geldstrafe und gegen die Aufseher je 30 Mk. beantragt. Das Essener Gericht verurteilte die ersteren zu je 75 Mk. und die letzteren zu je 10 Mk. Die Vorinstanz hatte gar auf Freisprechung erkannt.

Die sonderbare Beurteilung der Gewerkschaftsbewegung in Regierungs- und Verwaltungskreisen findet eine weitere Erklärung durch die Enthüllungen der Leipziger Volkszeitung, betreffend den Bueckschen Brief vom 3. August 1898. Es erscheint immerhin nützlich, dieses merkwürdige Document auch an dieser Stelle zu verewigen. Es lautet:

„Centralverband deutscher Industrieller.

Berlin, den 3. August 1898.

Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber den Wunsch geäußert, dass die Industrie ihm 12000 Mk. zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen

Arbeitsverhältnisses zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Centralverbandes, Herrn Geh. Finanzrat Jencke, unterbreitet, der es aus naheliegenden Gründen für zweckmässig erachtet hat, dieses etwas eigentümliche Verlangen nicht zurückzuweisen. Herr Geheimrat Jencke hat für die Firma Krupp 5000 Mk. zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.

.....  
gez H. A. Bueck.“

Der allgemeinen Ertrüstung, welche dieser Fall im ganzen Reiche entfachte, wurde in der Reichstags Sitzung vom 24. November 1900 nachdrücklichst Ausdruck verliehen, und selbst der Reichskanzler Graf Bülow konnte auf die vom Abgeordneten Auer begründete Interpellation nicht anders antworten, als von einem Missgriff zu reden und zu versichern, dass, so lange er im Amte sei, derartiges sich nicht wiederholen solle.

Am 11. December behandelte der Abgeordnete Bebel in seiner Eratsrede noch einmal diese Angelegenheit in Verbindung mit der Thätigkeit des Reichsamts des Innern und veranlasste dadurch den Grafen Posadowsky zu einer Erklärung. Allgemeines Befremden rief aber des Grafen Erklärung hervor, welche dahin ausklang, dass er entgegen der Auffassung der Reichstagsmehrheit, des Reichskanzlers und des deutschen Volkes überhaupt die Haltung des Reichsamtes des Innern in der 12 000 Mark-Geschichte für vollkommen correct halte.

Schon die bekannte Trunkgeldaffaire aus dem Jahre 1890 liess tief blicken. Die Metallindustriellen Berlins spendeten damals aus Anlass der Maifeier und den daraus entstandenen Conflicten der Polizei 3000 Mk. für die „thakräftige Unterstützung und wesentlichen Dienste“, die ihnen von dieser Seite im wirtschaftlichen Kampfe gegen Arbeiter geworden waren. Der Polizeipräsident von Berlin quittierte den Empfang und sprach dem Herrn Kühnemann den „ergerbesten Dank der beteiligten Beamten“ aus. Zu einem Einschreiten auf Grund des § 331 des Strafgesetzbuches konnte sich die Justiz trotz verschiedenseitiger Aufforderungen in der Presse nicht verstehen.

Kommen nun noch hinzu die bei der Beratung der Seemannsordnung und von dem Abgeordneten Raab aufgedeckten Scandalstückchen aus der Seeberufsgenossenschaft, so weiss man in deutschen Gewerkschaftskreisen wohl, was zu thun ist. Bei dieser Gelegenheit sei noch das Verhalten des Bürgermeisters der Stadt Vetschau in der Strikesache der Arbeiter der dortigen landwirtschaftl.

lichen Maschinenfabrik gebührend gewürdigt. Die Arbeiter waren im Begriff, mit dem Director der Werke zu verhandeln, als der Bürgermeister hinzukam und mit den Worten: „Das sind Socialdemokraten, mit denen werden Sie doch nicht verhandeln!“ den Director scharf machte und die Einigung hintertrieb. So stehen nun 500 Arbeiter noch länger im Ausstand, und der Betrieb ruht. — Im übrigen vergleiche man all dem gegenüber die unbefangene Stellungnahme des französischen Cabinets zu der Gewerkschaftsbewegung und den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter und berücksichtige besonders die Vorlage Millerand, betreffend Einführung der gesetzlichen Einigungsämter, welche für gewisse Fälle sogar auch den Strikezwang vorsieht.

Sehr erhebliche Fortschritte des Malerverbandes konnten auf dem kürzlich in Würzburg abgehaltenen Verbandstag der Maler constatirt werden. Segensreich hat auch hier die Gewährung von Zuschüssen zum Krankengeld für Organisation und Mitglieder gewirkt. Der Verband der Maler zählte 1888, in seinem Gründungsjahr, 1096 und 1900 10 599 Mitglieder. Auf diesem Verbandstage äusserte auch der dort mit anwesende Vertreter der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands bezüglich der Gewerkschaftscartelle, dass deren Einfluss erheblich eingeschränkt werden müsse. Wir zählen zwar in Deutschland über 320 solcher Cartelle, indessen von einem zu grossen Einfluss derselben war bisher wenig zu spüren. Im Gegentheil! Wenn man die Aufgaben der Cartelle auf socialpolitischem sowohl als auf allgemein gewerkschaftlichem Gebiete betrachtet, die da noch alle ihrer Erledigung harren, so kann man eine durchgreifende Stärkung dieser so wichtigen Organisationen nur dringend wünschen.

Die Weiterentwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung bringt **Organisationsgründungen** und **Organisationsschwierigkeiten** in bunter Folge. Die organisierten Barbiergehilfen klagen allgemein über den Verlust besserer Tarifpositionen, welche in der ersten Hälfte des Jahres errungen worden sind. Leider muss man zugestehen, dass vor allen Dingen der Mangel an innerem Halt in der Organisation diese Fatalitäten zeitigt. Auch bei den Schlachtern zeigen sich jetzt die vielen Organisationsschwierigkeiten deutlicher. Immerhin sind schon 12 Verbandsgruppen geschaffen. In Hamburg haben die in der Arbeiterbewegung thätigen Frauen Louise Zietz und Helma Steinbach eine thatkräftige Organisations- und Werbe-

arbeit unter den Näherinnen der Wäsche- und Corsetbranche entfaltet. Hoffentlich sind diese Bemühungen nicht vergeblich.

**Kurze Chronik.** Die Dresdner Polizei hat ein Radicalmittel gegen die Arbeitslosigkeit erfunden: sie verbietet Arbeitslosenversammlungen. — 500 Maurer in Halle striken seit Monaten, die Unternehmer verlangen bedingungsloses Wiederaufnehmen der Arbeit. — Die Direction des Breslauer Consumvereins massregelte mehrere Bäcker wegen Verbandszugehörigkeit! — Die Eisenbahndirection Magdeburg massregelte 37 Arbeiter kurz vor Weihnachten aus demselben Grunde. — Die sächsische Eisenbahnverwaltung schrieb einen Judaslohn von 100 Mk. aus für diejenigen, welche die Correspondenten des Weckruf glaubhaft nachweisen. — Die Berliner Tischlerzwangsinnung will mit Hilfe von Controlbüchern allgemeine Tarifverschlechterungen für die Gesellen durchsetzen. — Erlanger Buchbindereibesitzer wollen die Arbeiter aushungern, wenn sie ihre Arbeitsplätze zu wechseln sich erdreisten. — Arbeiterinnen der Firma Vorwerk & Sohn in Barmen wurden, weil sie eine 10—20procentige Lohnreduction nicht annehmen wollten und lieber ganz auf die Arbeit verzichteten, von den Unternehmern zu einer dreimonatigen Hungercur verdonnert. — Die Nachrichten über Lohnreductionen und damit verbundene Abwehrmassregeln mehren sich fortgesetzt. — Die thüringischen Holzarbeiter haben für ganz Thüringen mit den Arbeitgebern einen gemeinsamen Arbeitsnachweis errichtet. Die Verwaltung liegt in Händen der Gewerkschaft, die Unternehmer haben die Controle.

Heinrich Bürger.

### Genossenschaftsbewegung.

Der letzten Sommer in Hildesheim abgehaltene Verbandstag des Verbandes nordwestdeutscher Consumvereine hatte sich principiell für die Notwendigkeit der Eigenproduction durch die Consumvereine ausgesprochen und zur näheren Prüfung und Untersuchung dieser Frage und der hier zu erfüllenden Vorbedingungen eine Commission eingesetzt. Dieselbe hielt am 25. November in Bremen ihre erste Sitzung ab, als deren Ergebnis die folgende Resolution zur Annahme gelangte:

„Bevor für die Consumvereine eine gemeinschaftliche Warenproduction in Betracht kommen kann, müssen sich diese zu Vereinigungen zum gemeinschaftlichen Wareneinkaufe und zum gemeinschaftlichen Warenbezüge zusammenschliessen. Diese gemein-

schaftliche Thätigkeit wird den beteiligten Vereinen zeigen, welche Artikel sich zur gemeinschaftlichen Production eignen und in welchem Umfange die gemeinschaftliche Production geboten ist.“

Es wurde sodann die Gründung von drei Einkaufsvereinigungen in Nordwestdeutschland beschlossen, von denen die eine die Gegend von Hannover und Hildesheim, die zweite die von Stadthagen und die dritte die Consumvereine Bant und Oldenburg umfassen soll.

Während so die deutschen Consumvereine immer noch in den Vorbereitungen zur Erfüllung dieser so wichtigen Seite der ihnen zufallenden Aufgabe stehen, sind die niederländischen Genossenschaften hier bereits einen Schritt weiter. Der Bundesrat des niederländischen Genossenschaftsbundes teilt in seinem diesmaligen Jahresberichte die im November stattgefundene Eröffnung einer eigenen Seifenfabrik mit, die zunächst die Fabrikation von Haushaltsseifen in die Hand genommen hat, der aber die von Toiletteseifen sehr bald folgen soll. Die Zahl der in den niederländischen Genossenschaftsbund vereinigten Genossenschaften beträgt 64, worunter sich 29 Consumvereine, 12 Molkereigenossenschaften 2 Molkereiverbände mit 75 Molkereien, 4 Genossenschaftsdruckereien, drei Genossenschaftsbäckereien befinden. Der Gesamtumsatz des Bundes fiel von 1125490 fl. im Geschäftsjahre 1898—99 auf 1006712 fl., 1899—1900 dagegen stieg der Umsatz an die Verbandsvereine von 786310 fl. auf 940520 fl. Das Betriebscapital beläuft sich (incl. der verschiedenen Reservefonds) auf 15846 fl.; es wird gebildet durch Einzahlungen der angeschlossenen Genossenschaften in der Höhe von 3% ihres eigenen Betriebscapitals.

Von welchem Werte die genossenschaftliche Organisation aller Consumenten und wiederum die gemeinschaftliche Organisation dieser Organisationen auch in Bezug auf die Kohlenfrage ist, das haben die Reichstagsverhandlungen über die Interpellation wegen der Kohlennot bewiesen. Bekanntlich hat der Handelsminister Brefeld den landwirtschaftlichen Genossenschaften vor einiger Zeit gewisse Vergünstigungen bei dem Bezug von Kohlen aus den staatlichen Zechen zugesagt. Bei Gelegenheit obiger Verhandlungen hat nun der Abg. Richter, gestützt auf Äußerungen eines ihm befreundeten Genossenschaftsanwaltes, seine Zweifel darüber ausgesprochen, ob die gewerblichen Genossenschaften hier mit gleichem

Masse gemessen werden würden. Minister Brefeld hat darauf die hochwichtige Erklärung abgegeben, dass dieselbe Gunst bei der Reservierung und Verteilung von Kohlen, die den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu teil werde, auch den gewerblichen gesichert sein solle, wenn sie ihre Bestellungen vereinigen würden. Nur werde das hier nach seiner Meinung viel schwerer halten, da, während die landwirtschaftlichen Genossenschaften in zwei großen Verbänden vereinigt seien, die gewerblichen in Consumvereine, Innungen, Beamtenvereine u. s. w. zerfielen. Hier wird also auf diesen Vereinigungen sogar von oben herab das Signal zu gemeinsamem Vorgehen gegeben. Mögen sie es befolgen!

In No. 45 und 46 bringt der Wochenbericht deutscher Consumvereine einen interessanten Artikel aus der Feder Ed Bernsteins über die Entwicklungsgeschichte, und das Thätigkeitsgebiet des englischen Genossenschafts-Frauenbundes The women Cooperative Guild. Die Einsicht, dass es nötig sei, die Frauen nicht nur zu Käuferinnen in den Genossenschaftsläden, sondern zu wirklichen, verständnisvollen und begeisterten Genossenschaftlerinnen zu erziehen, wenn anders die Genossenschaftsbewegung, die ja in erster Linie auf die Unterstützung der Frauen angewiesen ist, nicht in ihrem innersten Wesen einen toten Punkt haben soll, hat dieser Bund ins Leben gerufen. Den äusseren Anstoss dazu gab ein im Jahre 1883 in dem seither zur ständigen Rubrik gewordener Women corner (Frauenecke) der Cooperative News veröffentlichter Artikel der Frau des späteren liberalen Unterrichtsministers Acland, der dieser Auffassung Ausdruck verlieh und die Bildung zunächst einer losen Vereinigung von den gleichen Anschauungen huldigenden weiblichen Genossenschaftlern mit Frau Acland an der Spitze zur Folge hatte. Diese Vereinigung gewann rasch an Ausdehnung und besass Ende des Jahres bereits Zweigvereine in Rochdale, Zebden, Bridge und Woolwich. Im Jahre 1884 erhielt sie eine feste Organisation und ihren endgiltigen Namen. Heute umfasst der Bund, dessen Leitung inzwischen durch verschiedene Hände gegangen ist und sich jetzt in denen von Miss Margarete Ciewelyn Davies befindet, in seinen 5 Gauverbänden (Sections) in Mittel-England, Norden, Nordwesten, Süden, West und Südwest 27 Kreisverbände (Districts), die wiederum in 273 Zweigvereine (Branches) mit 12 809 Mitgliedern zerfallen. Die Thätigkeit des Bundes besteht zunächst in der

Förderung der allgemeinen Propaganda und Aufklärung unter den Frauen. Bernstein erwähnt da rühmend, dass der Bund besonders der ungesunden Dividendenjägeri entgegentritt, die die Verwaltungen der Consumvereine zu hohen Preisen nötigt, durch die wiederum der ärmste und daher der Segnungen des Genossenschaftswesens bedürftigste Teil der Bevölkerung von diesen ausgeschlossen wird. Ferner sucht der Bund den Einfluss der Frauen auf die Leitung und den Ausbau der Genossenschaften zu fördern. Was in dieser Beziehung bis jetzt erreicht ist, geht aus folgenden Zahlen hervor. Es sassen Mitglieder des Bundes: im Centralvorstand des grossen Genossenschaftsverbandes 1, im Erziehungsausschuss dieses Verbandes 1, in verschiedenen Erziehungscomités in Unterverbänden 7, in örtlichen Erziehungsausschüssen von Genossenschaften 163, in Geschäftsvorständen von Genossenschaften 21.

Der Bund widmet sich aber nicht nur der reinen Genossenschaftsthätigkeit, sondern er hat in sein Actionsprogramm auch „andere Methoden socialer Reform“ sowie die „Verbesserung der Bedingungen des häuslichen Lebens“ aufgenommen. Er hat seine Aufmerksamkeit den Fragen des Arbeiterinnenschutzes, der Beaufsichtigung und Einschränkung der Erwerbsthätigkeit von Schulkindern zugewendet; eine Reihe Mitglieder von ihnen sitzen in Schulämtern und in Armenräthen. Er hat zur Bekämpfung des Wohnungselends beigetragen durch aufklärende Vorträge mit Lichtbildern, die er vor 22 Vereinen abhalten liess. Er hat frauenrechtlerische Bestrebungen unterstützt, insbesondere durch Forderung der Zulassung der Frauen zu den Gemeinde- und Grafenschaftsräten! Er hat sich sogar mit den Fragen der äusseren Politik beschäftigt, indem sein Centralausschuss eine Denkschrift zu gunsten friedlicher Beilegung des Conflicts in Südafrika unterzeichnet hat.

Wie mansieht, eine bewunderungswürdige vielseitige Thätigkeit, von der Bernstein noch eine Reihe weiterer Beispiele anführt. Hoffentlich findet das Vorgehen der englischen Genossenschaftlerinnen, wie in Holland, in dem vor kurzem ein ähnlicher Frauenbund gegründet worden ist, so auch in den übrigen Continentländern bald erfolgreiche Nachahmung.

\*

**Kurze Chronik.** Der württembergische Minister des Innern Herr von Pischeck hat dem Stuttgarter Consumverein kürzlich einen Besuch abgestattet und sich nach eingehender Besichtigung sämtlicher Einrich-

tungen höchst befriedigt und lobend über den erhaltenen Eindruck ausgesprochen habe. — Der Frankfurter Consumverein hat am 1. December seine erste und am 15. desselben Monats seine zweite Verkaufsstelle eröffnet. — Die Hamburger Production, die jetzt 6600 Mitglieder zählt, hat soeben ihren 14. und 15. Verkaufsladen in Bergedorf und in Stellingen-Langensfelde aufgemacht. — Neugründungen von Consumvereinen wurden beschlossen in Riesa und Grossottersleben (Provinz Sachsen). — Mit einer Reihe imposanter Festlichkeiten, verbunden mit einer Ausstellung genossenschaftlicher Producte wurde in der Woche vom 9.—16. November in Oldham das 50jährige Gründungsjubiläum der beiden dortigen Consumvereine gefeiert, die heute zusammen 30726 Mitglieder zählen.

Gertrud David.

### Sociale Communalpolitik.

Die von Jahr zu Jahr wachsende Bedeutung der Communalverwaltung und das Interesse, das von stets weiteren Kreisen allen Ereignissen auf diesem grossen Gebiete unseres öffentlichen Lebens entgegengebracht wird, haben in den letzten Jahren die socialdemokratischen Parteien in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten veranlasst, Communalprogramme aufzustellen, damit dieselben der Thätigkeit der Partei in den Communalkörpern, vor allem in den Gemeinden, als Richtschnur dienen. Damit hat die Partei ihre Absicht, in dieses wichtige Verwaltungsgebiet einzugreifen und die auf demselben herrschenden Tendenzen nach Erweiterung der Grenzen gemeindlicher Thätigkeit zu beschleunigen, in klarer und scharfer Weise ausgesprochen. Und mit Recht! Die Gemeindeverwaltung berührt das einzelne Gemeindemitglied an zahllosen Punkten in der intimsten Weise; zugleich ist aber auch ein jeder sich seines Einflusses auf dieselbe in viel klarerer Weise bewusst, als dies auf dem Gebiete der Staatsverwaltung je der Fall sein kann. Ferner musste mit der in den Reihen der Socialdemokratie wachsenden Erkenntnis, dass sich der Marsch zur socialistischen Gesellschaft nicht auf einer Hauptlinie, sondern gleichzeitig auf einer ganzen Reihe convergierender Linien bewegen würde, sich auch die Anschauung durchsetzen, dass in der Entwicklung der Gemeindeverwaltung ein wichtiger Fortschritt zur Socialisierung der Gesellschaft gemacht werden könne und müsse. Als der Ausdruck dieser Erkenntnis und zugleich als eine Declaration dieses Willens fassen wir die socialdemokratischen Communalprogramme auf.

\*

Bei der grossen Bedeutung, die die englischen Städteverwaltung für die deutsche gehabt, bei dem grossen Interesse, mit dem die deutsche Socialdemokratie die Entwicklung des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens in England verfolgt, dürfte es nicht unangebracht sein, das Programm der Progressive Party bei den im November stattgefundenen Wahlen zu den Boroughs in London hier zu besprechen, um einen Vergleich mit den socialdemokratischen Forderungen zu ermöglichen. Der erste Teil des Programms beschäftigt sich mit der Geschäftsordnung der neuen Stadträte. Die Sitzungen sollen abends stattfinden und öffentlich sein. Ueber die sanitären Zustände der Gemeinde sollen ausführliche Berichte veröffentlicht werden, ebenso über die Verwaltung der Stiftungen. Die Stadthalle und übrigen öffentlichen Gebäude sollen den Bürgern zu Versammlungen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Weitergehende Forderungen enthält der Teil des Programms, der sich mit der öffentlichen Gesundheitspflege beschäftigt. Unsanitäre und überfüllte Grundstücke sollen streng nach dem Gesetz behandelt werden. Von der grössten Bedeutung ist die Anstellung eines ausreichenden Stabes von Sanitätsinspectoren und -inspectorinnen. Periodisch sollen dieselben eine Sanitätsinspection von Haus zu Haus vornehmen. Vollständige Registrierung und Inspicierung der Werkstätten, Bäckereien, Molkereien, Wäschereien und Schlachthäuser, sowie der Heimarbeiter, eine wirksame Strassenreinigung und Müllabfuhr, stricte Bekämpfung der Nahrungsmittelverfälschung und ansteckenden Krankheiten, freie Verteilung von Desinfectionsmitteln bei Epidemien werden gefordert. Auf dem Gebiete der Hausung der arbeitenden Classen werden bedeutende Anforderungen an die Stadträte gestellt. Bei Abbrüchen unsanitärer Viertel sollen die Stadträte für die dislocierte Bevölkerung die notwendigen Wohnungen zu den alten Mietspreisen zur Verfügung stellen. Darauf soll sich aber ihre constructive Thätigkeit nicht allein beschränken. Die Gemeinden sollen den Bau von Arbeiterwohnungen in ausgedehnter Weise betreiben und, wo notwendig, die erforderlichen Logierhäuser für Männer und Frauen errichten. Mit diesen Mitteln hofft man der gewaltigen Wohnungsnot in London etwas begegnen zu können. Man ist also hier auch in bürgerlichen Kreisen bereits so weit gekommen, dass man von der privaten Thätigkeit kein Heil mehr erwartet. Direct auf der Höhe der socialdemokratischen Anschauungen steht der Teil des Programms, der sich mit dem Verhältnis der Arbeiter zu

der Stadtverwaltung beschäftigt. Für alle Arbeiter sollen die Lohnsätze und sonstigen Arbeitsbedingungen der Gewerksvereine gültig sein. Soweit als angängig soll der Zwischenunternehmer ausgeschaltet und der Arbeiter direct beschäftigt werden. Alle Contracts über Lieferung von Arbeiten und Waren sollen die Bedingungen des Grafchaftsrates enthalten. Darin wird die Weitervergebung von Contracts und das Schwitzsystem (sweating) verboten und die Bezahlung von Gewerkschaftslöhnen gefordert; für Uebertretungen sind Geldstrafen festgesetzt. Für die Arbeitslosen soll durch die Verteilung öffentlicher Arbeiten auf die Jahreszeiten mit schlechtem Geschäftsgange gesorgt werden. Ein Schlussabschnitt beschäftigt sich mit Reformen des Steuerwesens (Besteuerung der Grundrente, Ausgleichung der Localsteuern in London, Reform der Steuereinschätzung) und anderen Punkten, die nur auf dem Wege der Gesetzgebung bewirkt werden können. Wie man sieht, hält das Programm der progressiven Partei den Vergleich mit dem der Socialdemokratie in den meisten Punkten aus, Was es vor dieser auszeichnet, das ist die wichtige Rolle, die es der öffentlichen Gesundheitspflege zuteilt. Nicht, als ob dieser Punkt in den deutschen Programmen ganz vergessen sei. Es fehlt aber den deutschen Städten an der gesetzlichen Grundlage und an den erforderlichen Organen, die für die sociale Volkshygiene unbedingt erforderlich sind. Die Verbindung der Wohlfahrtspflege mit der Sicherheitspolizei, die Verwaltung der Ortspolizei durch staatliche Behörden oder communale Beamten im Auftrage des Staates rächt sich auf die empfindlichste Weise. Und das Volk muss für den Unverstand oder die Herrschsucht seiner Regierenden büssen.

Wie geringschätzig die hygienischen Grundsätze von manchen Stadtverwaltungen behandelt werden, dafür sind die Vorgänge bei den Beratungen über die Stuttgarter Stadterweiterung sehr bezeichnende Beispiele. Unter dem früheren Stadtvorstande war ein Stadterweiterungsplan ausgearbeitet worden, bei dem die Grundsätze der weiträumigen Bebauung in weitestgehender Ausdehnung zur Anwendung gekommen waren. Der Plan hatte in den Kreisen der Haus- und Grundstücksspeculanten von vornherein den lebhaftesten Widerstand gefunden, und mit dem Amtsantritt des jetzigen Oberbürgermeisters Gaus war der Kampf gegen den Stadterweiterungsplan und seine Baubeschränkungen mit neuer Energie und mit Erfolg wieder aufgenommen worden. Ein Gutachten des Directors des statistischen Amtes suchte aus

volkswirtschaftlichen Gründen die weiträumige Bobauungsweise speciell für Stuttgart als ungeeignet nachzuweisen, während die Schriit eines anderen Beamten (Abele: Weiträumiger Städtebau und Wohnungsfrage) sie allgemein für die Verteuerung der Wohnungen verantwortlich machte. Eine Kritik dieser Kritik der weiträumigen Bebauung ist hier natürlich nicht möglich. Die vollständige Vernachlässigung oder Verkehrung der hygienischen Grundsätze, besonders in dem ersten Gutachten, veranlasste den Stuttgarter Aertzlichen Verein im November zu einem Proteste an den Gemeinderat. Er wies dabei darauf hin, dass ein eingehendes Gutachten des Stadtarztes d. h. des hygienischen Beraters der Stadtverwaltung, trotz mehrfacher Bitte nicht veröffentlicht wurde. Die Oeffentlichkeit kennt also nur die einseitige Darstellung der Freunde weitestgehender Bodenausnutzung. Der Verein hob dann in seinem Gutachten mit allem Nachdrucke hervor, dass die geschlossene Bauweise und das Bestreben, den Grund und Boden in weitestgehender Weise zu Wohnungszwecken auszunutzen, in directem Widerspruch mit den durch Erfahrung und Wissenschaft allgemein festgestellten und anerkannten Lehren der öffentlichen Gesundheitspflege stehen, und dass die Herstellung von Mietscasernen durch den damit verbundenen Licht- und Luftmangel der Volksgesundheit schädlich sei. Er verlangt für die äusseren Teile der Stadt weiträumige Bauweise und eine Zonenbauordnung. Es ist sehr angebracht, in diesen Zeiten der Wohnungsnot auf diese Stellungnahme des Stuttgarter Aertzvereins hinzuweisen. Von den Grundstücks- und Häuser-speculanten wird ja mit Vorliebe der Trick gebraucht, der weiträumigen Bauweise und den modernen, von hygienischen und socialpolitischen Grundsätzen wenigstens in einigen Punkten beeinflussten Bauordnungen die acute Wohnungsnot der letzten Jahre in die Schuhe zu schieben. In Frankfurt a. M. und anderen Orten ist es ihnen ja auch gelungen, in den Stadtverordnetenversammlungen sich die erforderliche Majorität zu verschaffen und durch dieselbe die ihnen unbequemen Punkte der Bauordnungen wenigstens für die Bauten mit kleinen Wohnungen aufheben zu lassen. Das bedeutet, dass der Schutz gerade da, wo er am nötigsten ist, bei den Arbeiterwohnungen, genommen und das Wohnungsbedürfnis der ärmsten Schichten der Speculation zur schrankenlosen Ausbeutung überliefert wird — alles im angeblichen Interesse der Verbilligung der kleinen Wohnungen.

\*

Auf keinem Gebiete tritt die Rückständigkeit unserer städtischen Behörden, vor allem der von der Hausbesitzerklasse beherrschten Stadtverordnetenversammlungen, wohl deutlicher hervor, als auf dem Gebiete der Socialpolitik. Die geringen Fortschritte, die die Vorlagen des Magistrats enthalten, werden von dieser regelmässig entfernt. So wieder in München. Hier war eine neue **Arbeitsordnung für die vom Bauamt beschäftigten Arbeiter**, 2000 an der Zahl, vorgelegt worden, die das grösste Aergernis der Innungen und ihrer Vertreter in dem Collegium der Gemeindebevollmächtigten erregte. In der Vorlage war die bisherige 10stündige Arbeitszeit durch eine solche von 9½ Stunden ersetzt. Für die zahlreichen Feiertage sollte ein halber Tagelohn gezahlt werden. Als Mindestlohn für vollkommen leistungsfähige ständige Arbeiter wurden angesetzt: Vorarbeiter 53 Pfg., Gehilfen (gelernte Arbeiter) 48 Pfg., Tagelöhner 32 Pfg., Frauen 24 Pfg. per Stunde. Nicht ständige und nicht voll leistungsfähige Arbeiter, ebenso die Arbeiter unter 18 Jahren fallen nicht unter diese Bestimmung; für sie wurde ein Mindestlohn von 28 Pfg. per Stunde angenommen. Die ständigen Arbeiter sollten fünfmal alle 3 Jahre eine Zulage von 2 Pfg. per Stunde erhalten. Diese bei den hohen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen in München sehr bescheidenen Lohnsätze, vor allem in Verbindung mit der Herabsetzung der Arbeitszeit, wurden von den Arbeitgeberverbänden in der gehässigsten Weise bekämpft. Die Festsetzung eines Minimallohnes wurde als eine Prämie auf die Faulheit, Nachlässigkeit und Ungeschicklichkeit bezeichnet, die Verkürzung der Arbeitszeit ein unsittliches Princip genannt, die städtischen Arbeiter als faul beschimpft — und diese Klänge borniertesten Unternehmertums fanden in der Stadtvertretung bereitwilligen Widerhall. Die Arbeitgeber hatten um so leichteres Spiel, als die städtischen Arbeiter sich vollkommen gleichgiltig in dieser wichtigen Sache verhielten. Trotz eifriger Bemühung gelang es nicht, weder sie zu organisieren, noch eine Bewegung unter ihnen in Gang zu bringen. Mit grosser Mehrheit lehnten daher die Gemeindebevollmächtigten den Magistratsentwurf ab. Der 10stündige Arbeitstag blieb erhalten; die Arbeitszeit im Winter wurde von 8 auf 8½ Stunden erhöht, die Bezahlung der Feiertage fiel, und der Minimallohn wurde in einen Durchschnittslohn verwandelt. Nur mit Mühe und Not gelang es, für die Arbeiter, die schon mindestens 5 Jahre lang in städtischen Diensten sind, einen

Urlaub von 4 Tagen und für solche mit mehr als 10jähriger Dienstzeit einen Urlaub von einer Woche durchzusetzen. Der einzige weitere Fortschritt der neuen Arbeitsordnung ist die Einsetzung eines Arbeitersausschusses zur Regelung von Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis entstehen.

\*

In derselben Richtung, wie der Erlass von Arbeitsordnungen, nämlich in der Richtung auf Hebung der Lage der städtischen Arbeiter, bewegen sich auch die Pensionsordnungen, die in den letzten Jahren in einer Reihe von Städten eingeführt worden sind. Zu den von Heimann in einem Artikel in der Neuen Zeit erwähnten Städten sind jetzt noch hinzugekommen: Cassel, Königsberg, Berlin. In Berlin soll die Höchstpension nicht  $\frac{3}{4}$  des Lohnes überschreiten, in Königsberg sogar nur die Hälfte desselben erreichen. Ein klagbares Recht wird dem pensionierten Arbeiter in diesen drei Städten so wenig wie in den andern eingeräumt. Beiträge zur Pensionscasse sollen nicht erhoben werden. Ich werde später, wenn die Verhandlungen über diese Vorlagen abgeschlossen sind, auf dieselbe zurückkommen. In Leipzig hat man einen anderen Weg eingeschlagen. Hier sollen 71 städtische Arbeiter, die besondere Vertrauenspersonen oder sonst hervorragendere Stellungen einnehmen, vom 1. Januar 1901 zu Beamten ernannt und in die Gruppe C, Classen V—IX, der Gehaltsordnung eingereiht werden. In erster Linie würde Arbeitern der Gasanstalt und des Wasserwerks, dann der Gärtnerei, des Vieh- und Schlachthofes etc. diese Umwandlung zu gute kommen. Selbstverständlich kann ein derartiges Vorgehen der Leipziger Stadtverwaltung nur als Abschlagszahlung gelten. Die Frage der Pensionierung der übrigen Arbeiter wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden.

\*

**Kohlennot und Notstandsvorlagen** haben im letzten Monat auf der Tagesordnung vieler Städte gestanden. Ueber die Kohlennot ist viel debattiert worden, aber ein directes Eingreifen, z. B. durch Ankauf von Kohlen und Verteilung zum Selbstkostenpreis, nur selten beschlossen worden. Offenbach hat 13600 Mk. zum Ankauf von Kohlen bewilligt und beschlossen, dieselben zum Preise von Mk. 1,10 pro Centner an Private abzugeben. In Mainz will der Finanzausschuss den Ankauf von 10000 Centnern empfehlen, falls sich die Kohlenhändler nicht bereit erklären sollten, die Kohlen an Minderbemittelte billiger abzugeben. Die kommende Krise fängt schon

an, ihre dunklen Schatten zu werfen, die Arbeitslosigkeit wird gross werden. Vorsorgliche Städte, wie Mainz u. a., haben daher in der letzten Zeit Gelder für Notstandsarbeiten ausgeworfen und die erforderlichen Vorbereitungen in Angriff genommen. Es wird sich hierbei zeigen, wie tief die socialpolitischen Grundsätze in die Städteverwaltungen eingedrungen sind, ob die Arbeit der letzten Jahre auf diesem Gebiete nicht ohne Erfolg geblieben ist. C. Hugo.

## Wissenschaft.

### Naturwissenschaften.

Die Masse der Erde ist noch immer nicht mit derjenigen Sicherheit bestimmt, die dieser fundamentalen Grösse, welche die Grundeinheit der Masse für die gesamte himmlische Mechanik darstellt, nach der Genauigkeit der modernen Instrumente und Beobachtungsmethoden eigentlich zukäme. Die Masse, um die es sich hier handelt, geht in die Trillionen von Kilogrammen; um eine so ungeheure Zahl nicht unter den wichtigen Constanten aufzuführen, dividirt man sie durch das Volumen der Erde, wodurch man die Masse pro Volumeneinheit oder die mittlere Dichte der Erde erhält. Zu Ende des vorigen Jahrhunderts erhielt Lord Cavendish für diese Grösse die Zahl 5,45, d. h. also, die Erde ist im Mittel etwa  $5\frac{1}{2}$ mal so dicht, als wenn sie vollständig aus Wasser bestände. Da die Oberflächenschichten nur etwa 2—3mal so dicht sind, als Wasser, deutet dieses Resultat darauf hin, dass die tieferen Schichten aus erheblich dichterem Material, vielleicht zu einem grossen Teil aus Eisen bestehen. Wiederholte Messungen bestätigten dies Resultat im allgemeinen, nur wichen die Zahlen der einzelnen Beobachter ziemlich stark von einander ab; die Zahlen, die nach verschiedenen Methoden erhalten wurden, reichten von 4,74—6,57, zeigten also von einander Abweichungen fast bis zu 40%. Neuere Versuche ergaben die vier Werte: 5,403, 5,505, 5,527, 5,577, welche sämtlich den Anspruch auf eine Genauigkeit bis auf 2 pro Tausend erheben, dabei aber doch von einander Abweichungen bis zu 15 pro Tausend zeigen. Diese Abweichungen von  $1\frac{1}{2}$ % sind freilich erheblich geringer, als die älteren von 40%; aber sie sind doch immer noch unerwünscht gross, und, was das Feinlichste ist, sie sind grösser, als die wahrscheinlichen Fehler, die den einzelnen Beobachtungsmethoden nach ihrer eigenen Genauigkeit zukommen. Es müssen daher noch unbekannte Ursachen vorhanden sein, welche diese Abweichungen hervorbringen.

Prof. Richarz macht soeben in der Physikalischen Zeitschrift auf einen Umstand aufmerksam, durch welchen diese Abweichungen vielleicht erklärt werden könnten.

Bei allen derartigen Versuchen wird die Anziehung zweier Massen auf einander bestimmt, erhält man dieselbe zu gross, so wird sich die Masse der Erde und mithin die mittlere Dichte etwas zu klein ergeben, zu gross dagegen im umgekehrten Falle. Bei den Versuchen nun, welche die beiden kleineren Zahlen ergeben haben, befanden sich die beiden Massen, deren Wirkung auf einander beobachtet wurden, vertical unter einander; bei den andern dagegen, welche die grösseren Zahlen lieferten, horizontal neben einander. Nun sind alle genannten Versuche in höheren geographischen Breiten angestellt worden, und hier ist die Richtung der erdmagnetischen Kraft nicht die horizontale, sondern sie weicht von der horizontalen so bedeutend ab, — die Inclination beträgt fast  $70^{\circ}$  — dass die verticale Componente der erdmagnetischen Kraft nicht unerheblich grösser ist, als die horizontale Componente. Nimmt man nun an, dass in den zu den Beobachtungen verwendeten Massen Spuren magnetischen Materials vorhanden waren, — etwas magnetisch ist übrigens jedes Material — so würde die Anziehung der vertical über einander befindlichen Massen zu gross ausfallen, d. h. die beobachtete Anziehung müsste grösser sein, als es der blossen Gravitation entspricht. Ferner würde sich dann ein zu kleiner Wert für die Masse und mittlere Dichte der Erde ergeben. Befinden sich dagegen die zu den Versuchen benutzten Massen horizontal neben einander, so wirkt die magnetische Kraft abstossend — die Massen befinden sich dann mit gleichnamigen Polen neben einander — wirkt also der gegenseitigen Anziehung entgegen; infolge dessen würde sich die Masse und Dichte der Erde als zu gross ergeben. Somit würden also die beiden ersten der oben genannten Zahlen einen zu kleinen Wert ergeben, die beiden anderen einen zu grossen. Immerhin ist durch diese Bemerkung die Frage nach der Dichte der Erde noch nicht endgiltig gelöst, sie wird erst dann als abgeschlossen gelten können, wenn nach verschiedenen Methoden — allerdings mit Berücksichtigung der hier angegebenen Fehlerquelle — ein- und derselbe Wert erhalten wird.

\*  
Bruno Borchardt.

Die Gegner der **Descendenztheorie** haben oft darauf hingewiesen, dass, wenn Arten je aus anderen hervorgegangen sind, dieser Process auch heute noch beobachtet werden müsste. Darwin suchte diesen Ein-

wand dadurch zu entkräften, dass er eine sehr lange Zeitdauer für den Uebergang einer Species zu einer anderen in Anspruch nahm. Infolgedessen sei es wahrscheinlich unmöglich, jemals alle Zwischenformen zu beobachten, die zwischen zwei nahe verwandten Arten entstünden. Darwins Beweisführung hat sich indes nicht einmal als ganz richtig, zum mindesten aber als überflüssig erwiesen. Ganz abgesehen davon, dass schon die Umwandlung von Haustieren und Culturpflanzen in neue, von den ursprünglichen sehr abweichende Formen eine genügende Stütze für die Descendenztheorie sein könnte, so ist es doch in mehreren ganz einwandfreien Fällen gelungen, das Auftreten plötzlich neu entstandener Arten zu constatieren. Erst neuerdings sind wieder einige solche Fälle bekannt geworden.

Auf dem Marktplatze zu Landau wurde, wie Solms-Laubach in der Botanischen Zeitung (1900, Heft 10) mitteilt, ein Kreuzblättergewächs gefunden, das gänzlich unbekannt war. Erst nach Aussaat des Samens, bei welcher Rückschlagsformen an einigen Individuen auftraten, zeigte es sich, dass die Pflanze aus dem Hirtentäschel, dem bekannten Gartenunkraut, hervorgegangen war. Die Mehrzahl der Individuen blieb indes in ihren Merkmalen constant, es hatte sich also eine neue Pflanzenart gebildet, und zwar eine solche, die im Bau ihrer Frucht von der Mutterpflanze gänzlich verschieden war, also in einem Hauptmerkmale, auf das man sonst die Verschiedenheit von Gattungen, ja Familien gründet. Da diese neue Art, die als *Capsella Heegeri* bezeichnet wird, früher nie bemerkt worden ist, so muss sie wohl ziemlich unvermittelt entstanden sein, ohne dass sie durch Zwischenglieder mit der Mutterart verbunden wäre.

Das plötzliche Auftreten neuer Arten ohne Uebergänge ist gewiss die auffälligste Erscheinung, die sich bei dieser Neubildung ergeben hat. Auch in einem zweiten Falle, in dem der berühmte holländische Botaniker Hugo de Vries (*Comptes rendus*, 1900, T. 131, pag. 124) das Auftreten einer neuen Pflanzenform beobachtete, vollzog sich diese Neuformung plötzlich, ohne dass es zur Ausbildung von Uebergangsformen gekommen wäre. Unter Tausenden von Sämlingen einer Nachtkerzenart (*Oenothera Lamarckiana*) trat einer auf, der von allen übrigen in sehr vielen Organen erheblich abwich. Es wurde von diesem wiederum Samen genommen, und die neue Form erbt sich weiter und blieb auch in den folgenden Aussaaten constant. Ohne dass also zunächst Varietäten aufgetreten wären, die nur wenig differiert



und daher Uebergangsformen von der alten Art zur neuen dargestellt hätten, tauchte hier plötzlich eine vollständig neue Pflanze in vollkommenster Ausbildung ihrer Eigenart auf. Sie besitzt einen viel stärkeren Wuchs, breitere Wurzelblätter, dickere Stengel, dichter gestellte Blätter, grössere und zahlreichere Blüten und kürzere Früchte als die Stamm-pflanze.

Wie wenig Arten constant sind, ist bekannt. Dass aber ein plötzlicher Eingriff, sei es von seiten elementarer Naturereignisse, sei es von seiten des Menschen, sofort eine ganz grosse Veränderung in der Form einer Pflanzen- oder Tierwelt hervorbringt, wird meist zu wenig beachtet. Von grösstem Interesse ist die Ueberführung einer Art in eine andere bekannte Art, ein Experiment, das jüngst F. Nobbe und L. Hiltner geglückt ist. (Centralblatt für Bakteriologie, 1900, Abs. 2, Bd. VI.) Verschiedene Hülsenfrüchte, Erbsen, Bohnen etc. leben in Symbiose mit gewissen Mikroben, den sogen. Knöllchenbakterien. Diese setzen sich in den Wurzelspitzen der Leguminosen fest und bilden dort knöllchenartige Wucherungen. Indem sie die Fähigkeit besitzen, den freien Stickstoff der Luft aufzunehmen und dem Hülsenfruchtgewächs zuzuführen, leisten sie diesem grosse Dienste, ja ermöglichen ihm überhaupt auf armem Boden ein freudiges Gedeihen. Nun hat aber jede Leguminoseart ihr specielles Knöllchenbakterium, das allein ihr den erwähnten Dienst leisten kann. Es ist aber jetzt den beiden Forschern gelungen, die Knöllchenbakterien der Erbsen in solche der Bohne überzuführen. Es soll auf die Einzelheiten des Experiments nicht eingegangen werden, nur sei erwähnt, dass die beiden Forscher die Knöllchenbakterien der verschiedenen Hülsenfruchtgewächse nicht als verschiedene Arten, sondern nur als mehrere Anpassungsformen eines und desselben Bakteriums ansehen. Eben dieser Gedanke führte sie auch zu dem Versuche der Ueberführung der einen Form in die andere. Es ist nun aber doch lediglich eine Sache der Bezeichnung, ob man diese ohne Zweifel verschiedenen Bakterien als Arten oder Varietäten anspricht. Die Hauptsache ist hier, dass es gelang, ein Bakterium, das sonst nur im stande ist, in Symbiose mit Erbsen zu gedeihen, jetzt in ein solches überzuführen, das nun an den Wurzeln der Bohne leben konnte und auf Erbsen nicht mehr so gut gedieh. Gerade solche Experimente geben uns einen viel tieferen Einblick in das Wesen der Artenentstehung. Die Anpassung besteht keineswegs immer in dem Aussterben unzähliger nichtpassender Elemente und dem

Ueberleben solcher Formen, die zufällig für das Milieu, in das sie geraten sind, passen. Vielmehr muss jedes Individuum die Fähigkeit besitzen, sich selbst in eigener Person sofort den Einwirkungen anzuschmiegen, die ihm entgegenreten. Denn die Bakterien, die den Bohnenpflanzen genähert wurden, wuchsen sofort auf diesen, wenn sie zu, nächst auch nicht die Fähigkeit hatten, Stickstoff zu assimilieren. Aber der Stamm von Knöllchenbakterien, der an den Wurzeln der Bohnen herangewachsen war, nahm dann sofort Stickstoff auf und trat also zu der Bohnenpflanze in dasselbe Verhältnis, in dem sonst die specifischen Bakterien der Bohnen stehen. Nach solcher Experimenten erscheint es nicht unmöglich, auch noch andere Arten in verwandte umzuwandeln, indem man sie in die Milieuverhältnisse brächte, unter denen die verwandten Arten leben.

Wenn es erst neuerdings gelungen ist, die Entstehung neuer Arten ganz sicher nachzuweisen, so ist bisher noch immer kein recht absoluter Beweis dafür gefunden worden, dass der Mensch ebenfalls aus einem anderen organischen Wesen hervorgegangen ist. Unglücklicherweise sind gerade die Documente, die eine sehr grosse Beweiskraft haben könnten, wie der berühmte Neanderthalschädel oder der Pithecanthropus erectus unter Umständen gefunden worden, die ihre Herkunft nicht ganz sicher erscheinen lassen. Der viel umstrittene Neanderthalschädel hat ein gewisses Seitenstück in den menschlichen Backenzähnen aus dem diluvialen Travertinsand von Taubach bei Weimar. An diesen Zähnen hat Nehring pithecoide (affenartige) Merkmale erkannt. Die Bedeutung dieser Thatsache wird aber erst in das rechte Licht gerückt, durch eine Abhandlung von Hugo Möller in der Zeitschrift für Naturwissenschaften (1900, 73 Bd., 1. und 2. Heft). In dieser Arbeit bezieht sich der Verfasser auf noch nicht veröffentlichte Studien von Arthur Weiss, der die Taubacher Travertinschicht von neuem untersucht und in ihr keine Vergletscherungsspuren gefunden hat. Demnach muss die Schicht schon vor der Eisperiode abgelagert worden sein, jedenfalls also in einem Zeitabschnitt, der dem Tertiär sehr nahe liegt. Die menschlichen Ueberreste von Taubach sind also die ältesten, die überhaupt bekannt und dabei zuverlässig sind. Denn der Neanderthalschädel, der so ausgeprägte pithecoide Eigentümlichkeiten besitzt, müsste, wenn er wirklich einem vorzeitlichen Menschen angehört hat, wohl in die Tertiärzeit zurückversetzt werden. Virchow hat bekanntlich dieser Schädel für eine Missbildung eines recenten Schädels

erklärt. Es scheint aber, dass die Ansicht dieses bedeutenden Gelehrten (doch etwas zu schroffen Gegners der Descendenztheorie) nicht mehr als massgebend betrachtet werden kann. Denn auch der Pithecanthropus, den Virchow für einen wirklichen Affen hält, wird von einer Reihe hervorragender Paläontologen für ein Bindeglied zwischen Affen und Menschen gehalten und zwar speciell für eine Uebergangsform von anthropoiden Affen zum Neanderthalmenschen, mit dem er viele Berührungspunkte zeigt. Dem Homo Neanderthalensis, wie ihn G. Schwalbe nennt, würde alsdann der Mensch von Taubach w. d. n. nahe stehen. So stellen alle drei die Etappen dar, über welche wahrscheinlich die Entwicklung des heutigen Herrn der Erde gegangen ist.

\*

**Kurze Chronik.** Das Werk des Leiters der deutschen Tiefsee-Expedition, Carl Chun: Aus den Tiefen des Weltmeers, liegt nun vollständig vor. — Oskar Hertwigs Rede auf der letzten Naturforscherversammlung: Die Entwicklung der Biologie im XIX. Jahrhundert, ist jetzt bei G. Fischer in Jena im Druck erschienen. — Neu erschienen: H. v. Buttel-Reeper: Sind die Bienen Reflexmaschinen? Leipzig, A. Georgi; W. Haacke und W. Kunert: Das Tierleben der Erde, Lieferungen 6 und 7 Berlin, Oldenburg. *Curt Grottewitz.*

### Socialwissenschaften.

Für die Einleitung der sociologischen Rundschau scheint es angebracht, ein paar von den allgemeineren Thematia in grossen Zügen anzudeuten, die wohl eine eingehendere Betrachtung verdienen, die bei dem beschränkten Raum, der hier zur Verfügung steht, aber nur gelegentlich berücksichtigt werden können.

Es handelt sich zunächst um den gegenwärtigen Zustand und die voraussichtliche Zukunft der Sociologie in Deutschland im Vergleich zu dem der übrigen in Betracht kommenden europäischen Länder. Wer die Bibliographie der sociologischen Litteratur kennt, wird wohl die merkwürdige Beobachtung gemacht haben, wie wenig deutsche Namen im Vergleich zu denen von Engländern, Americanern, Franzosen und Italienern in ihr vorkommen. Die Sociologie, die Lehre von den allgemeinen Gesetzen des gesellschaftlichen Lebens, ist eine Disciplin, die in Deutschland sich noch nicht recht eingebürgert hat. Mit Ausnahme von Lorenz von Stein, Tönnies, Simmel und Ratzenhofer ist wohl kein einziger deutscher Forscher von Bedeutung zu nennen,

der auf dem Gebiete der allgemeinen Sociologie etwas Positives geleistet hätte, der Sociologe vom Fach wäre: Schäffle ist ein Oesterreicher und O. Lilienfeld ein Russe (aus den Ostseeprovinzen). Die sociologischen Probleme vom Wesen der Gesellschaft, vom Verhältnis der einzelnen Individuen zum Collectivleben des Ganzen, von den Grundformen alles gesellschaftlichen Zusammenlebens und ihrem Einflusse auf die Schicksale der Individuen und von den Causalzusammenhängen im gesellschaftlichen Sein und Werden interessieren wohl auch die deutschen Denker und Gelehrten. Dies geschieht aber meistens nur en passant und wird in Untersuchungen behandelt, die zu den Hilfswissenschaften der Sociologie oder zu deren angrenzenden Disciplinen gezählt werden müssen: es sind meistens ethnologische, culturhistorische, vergleichende rechts- und wirtschaftsgeschichtliche, und geschichtsphilosophische, ja sogar statistische Forschungen, in denen die allgemein sociologischen Probleme ihre mehr oder minder wissenschaftliche Behandlung finden. Eine Minderheit deutscher Gelehrter verfällt in das andere Extrem, die Grenzen der Sociologie soweit auszudehnen, dass sie fast vollständig mit den Grenzen der „Geisteswissenschaften“ überhaupt zusammenfallen.

Dieser der Sociologie wenig günstige Zustand rührt wohl daher, dass das geistige Leben Deutschlands der letzten Hälfte des verflorbenen Jahrhunderts, also der Zeit des Entstehens und Wachsens der modernen Sociologie, unter dem Einfluss dreier Geistesrichtungen stand, die sämtlich der Sociologie als selbständigem Gebiete wissenschaftlicher Forschung ungünstig waren. Das ist zunächst die abstract-philosophische Richtung, die ihre Grundmethoden von der classischen deutschen Philosophie der ersten Hälfte des verflorbenen Jahrhunderts übernahm und bis in die letzte Zeit bewahrte. Soweit die allgemein philosophischen Betrachtungen auf das Studium gesellschaftlicher Phänomene angewandt werden mussten, verwandelte sich dieses Studium entweder — in Anlehnung an Kant und Fichte — in reine Moralphilosophie, oder — in Anlehnung an Hegel — in reine Geschichtsphilosophie. Das Problem der Gesellschaft, als eines eigenen Objectes wissenschaftlicher Forschung, musste von Lorenz von Stein erst bei den französischen Socialisten entdeckt werden. Diese Entdeckung frömmte aber weder Lorenz von Stein selbst, noch der deutschen Forschung überhaupt. Bei jenem blieb sie wegen seiner speculativ-hegelschen

Methode unfruchtbar, bei dieser aus Gründen, die im folgenden auseinanderzusetzen sind.

Die zweite, der Sociologie ungünstige Geistesrichtung war die Entstehung und das Ueberhandnehmen der historischen Schulen in der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie. Wie notwendig auch die historischen Untersuchungen auf diesen Gebieten für die Sociologie sind, so liegt im Wesen des Historismus schon eine Abneigung gegen allgemeingiltige Gesetze und Behauptungen, die nicht nur für eine bestimmte Gesellschaft auf einer bestimmten Gesellschaftsstufe gültig sind, sondern dem Wesen der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Lebens als solchem zukommen. Denn auch die sociale Dynamik und die sociale Entwicklungslehre, welche die Veränderungen im Leben der Gesellschaft und ihre gesetzmässige Abfolge zu untersuchen haben, fassen ihre Probleme dennoch sub specie aeterni, indem sie Gesetze abzuleiten hoffen, die für alle Gesellschaften (unter gleich bleibenden Bedingungen) gelten müssen. Dies ist aber dem übertriebenen Historismus durchaus entgegengesetzt, der in der Geschichte nur individuelle Erscheinungen erblickt, die sich niemals wiederholen.

Drittens käme als der Sociologie feindlich in Betracht die während der fünfziger und sechziger Jahre erstarkte naturwissenschaftliche Anschauungsweise, die unstreitig in Zusammenhang steht mit dem Aufblühen der deutschen Technik und Industrie. Diese Betrachtungsweise, die an exacte Forschungsmethoden und ebenso exacte Ergebnisse gewöhnt ist, kann ihrem Wesen nach den noch schwankenden wissenschaftlichen Verfahren und den einanderso sehr widersprechenden Resultaten sociologischer Forschung kaum Geschmack abgewinnen.

Andererseits lag für das aufblühende Bürgertum, das die Befriedigung seiner geistigen Bedürfnisse hauptsächlich in den kühnen und grossartigen naturwissenschaftlichen Weltanschauungen suchte und fand, kein Bedürfnis vor, das Problem der Gesellschaft als eigenes Forschungsobject behandelt zu sehen: es fühlte sich in der aufkommenden Gesellschaftsform wohl und hatte daher kein Interesse, ihre Grundlagen in Frage, wenn auch nur in eine wissenschaftliche Frage zu stellen. Diese Grundlagen sociologisch zu verteidigen und somit seinen Ideologen diese Verteidigung zu suggerieren hätte das Bürgertum nur dann Anlass, wenn der socialistische Angriff theoretisch von der Sociologie her erfolgt wäre. Dies war aber in Deutschland nicht der Fall. Der theoretische Kampf des

Socialismus gegen die bürgerliche Weltordnung wurde nicht von der Sociologie, sondern von der Geschichtsphilosophie geführt, und dazu noch von einer Geschichtsphilosophie, welche die sociologischen Grundlagen der modernen Gesellschaft für die Gegenwart nicht nur nicht anfocht, sondern im Gegenteil ihre Gesetzmässigkeit und Notwendigkeit nachzuweisen suchte und erst für die mehr oder weniger in die Ferne gerückte Zukunft ihren Untergang prophezeite.

So waren in Deutschland weder die materiellen noch die geistigen Vorbedingungen vorhanden, die der Entwicklung einer Sociologie in dem Sinne, wie sie hauptsächlich in England und Frankreich betrieben wird, günstig sein konnten. In der angelsächsischen und romanischen Rasse sind die Extreme selten anzutreffen, die in Deutschland so häufig vorkommen: ein abstractes Denken, das sich nur in höchsten Verallgemeinerungen bewegt und jeder Anschaulichkeit ermangelt, einerseits, und ein Kleben am empirischen Detail, dem jedes begriffliche Denken abgeht, andererseits. Beide Extreme stammen wohl aus einem und demselben Grundzug des deutschen Denkergeistes: der Unweltlichkeit, der Zurückgezogenheit in sich selbst, der Abgewandtheit vom pulsierenden Staatsleben und seinen Tagesinteressen. Vielleicht stammt dieser Grundzug von der Epoche her, in der der deutsche Denker und Gelehrte im Staatsleben überhaupt nicht mitzureden hatte. Wenn es sich so verhält, wird dieser Grundzug als geschichtliches Ueberbleibsel wohl früher oder später verschwinden. Thatsache ist aber, dass man nirgends in England, America, Frankreich und Italien einen wissenschaftlichen Schriftsteller finden wird, der bei der Ausarbeitung seiner Werke so wenig um ihre Einwirkung auf das Leben bekümmert ist, wie der Deutsche, der nur seiner Wissenschaft lebt und mit seiner Arbeit zufrieden ist, wenn er sie versteht oder an ihrem Stoff Gefallen findet. Wenigstens scheint es nur so erklärlich, wie ein deutscher Gelehrter, ein Netz von obscuren Gedankenhieroglyphen, in denen nur er sich zurechtfinden kann, oder ein Sammelsurium von einzelnen abgerissenen Thatsachen, bei denen nur er sich was gedacht haben mag, oder sogar ein mechanisches Gemengsel von diesen beiden Bestandteilen (vide: Professor Ad. Bastians letzte Arbeiten) dem Publicum vorlegen kann.

Ganz anders liegen die Verhältnisse für die Sociologie in England und Frankreich. Weder die abstract-philosophische noch die rein historische Richtung hatten bei diesen je den Einfluss gewinnen können,

den sie in Deutschland erlangt haben. In noch viel höherem Masse, als diese Thatsache, wirkte bei ihnen im, für die Sociologie wenigstens, äusserlich günstigen Sinne aber die Thatsache, dass die herrschende Gesellschaftsordnung auf socialistischer Seite nicht von geschichtsphilosophischer, sondern von sociologischer Grundlage aus angegriffen worden ist. Wie schon erwähnt, ist das Problem der Gesellschaft von dem Socialismus in die wissenschaftliche Debatte geworfen worden. Und wenn auch die ersten Versuche einer socialistischen Sociologie bei Fourier und Proudhon keineswegs von nachhaltender Wirkung waren, so ist doch die Sociologie direct und indirect ein Product des Socialismus. Direct, weil ihr moderner Begründer, Auguste Comte, aus der socialistischen Schule Saint Simons hervorgegangen ist, in der schon die Keime zu einer wissenschaftlichen Sociologie vorhanden waren. Indirect, weil die Ideologen des Bürgertums, in deren Händen die moderne Sociologie sich hauptsächlich befindet, gezwungen waren, entweder unmittelbar die socialistischen Theorien mit sociologischen Waffen zu bekämpfen, oder die schreienden Missstände der herrschenden Gesellschaftsordnung in den eigenen Augen und in den Augen der herrschenden Classe wissenschaftlich zu rechtfertigen.

So wurde die sociologische Lieblingswaffe zurechtgeschmiedet, die dem Socialismus den Garaus machen sollte und die noch jetzt fast das ganze sociologische Denken beherrscht: die organische, oder die „organisistische“, wie sie Oppenheimer taufen möchte, oder auch die organologische Richtung in der Sociologie, wie sie mit P. Barth wohl am richtigsten zu nennen ist.

An sich ist die organologische Theorie in der Sociologie weder socialistisch noch hant-socialistisch. Ihre Grundauffassung war wohl auch einem Marx eigen; auch Saint Simon und selbst Comte huldigten dieser Auffassung, und in der letzten Zeit hat ein socialistischer Sociologe, Dr. Franz Oppenheimer, den Versuch gemacht, die schon ziemlich discreditierte Doctrin wieder in Ehren zu bringen. Was sie zu einer antisocialistischen Doctrin stempelt, ist die bestimmte Ausführung des organologischen Grundgedankens, nach dem die Arbeitsteilung in der Gesellschaft nach demselben Princip geregelt werden muss (in der Sprache der Sociologie hiess es: naturgemäss geregelt wird), welches auch die physiologische Arbeitsteilung in einem biologischen Organismus beherrscht. Die alte Fabel des Menenius Agrippa von dem Kopfe und den „Händen“, die dem Kopfe gehorchen,

müssen, mit der er den Slavenaufstand in Rom beschwichtigen wollte, wurde in der modernen Sociologie zu einem Grundpfeiler der Wissenschaft. Selbstverständlich war nicht jedem Forscher, namentlich in den späteren Stadien der sociologischen Forschung, der Zusammenhang seiner Lehre mit dem Classenkampf seiner Zeit klar. Für die meisten Forscher ist er jedoch kein Geheimnis geblieben, und so suchte man in ihr bewussterweise eine Stütze gegen das Anstürmen der feindlichen Macht.

So liegt das Verhältnis von Socialismus und Sociologie, namentlich organologischer Sociologie, in den erwähnten ausserdeutschen Ländern, und auf diese Weise lässt es sich jedenfalls erklären, warum in der sociologischen Litteratur nichtdeutsche Namen verhältnismässig häufiger vorkommen, als deutsche.

Es ist aber anzunehmen, dass die Bedingungen, die einer Sociologie in Deutschland ungünstig waren, jetzt anderen, günstigeren Verhältnissen Platz machen werden. Sowohl die abstract-philosophischen Spintisierungen, wie die Einseitigkeiten der historischen Schule verlieren von Tag zu Tag an Credit in Deutschland. Auch ist der naturwissenschaftliche Rausch längst verpflogen, und die socialen Fragen dringen immer siegreicher vor. Ebenso endet der geschichtsphilosophische Kampf gegen die moderne Gesellschaftsordnung, der von der socialistischen Seite geführt wird, nicht immer mit einem Sieg, und schon zwingt diese Thatsache manchen socialistischen Theoretiker Deutschlands, sich sociologische Waffen zu schmieden.

Unter diesen Umständen darf man wohl die Prognose wagen, dass das angehende Jahrhundert auch in Deutschland einer regeren Thätigkeit auf rein sociologischem Gebiet entgegensehen wird, die zu verfolgen und in ihren Hauptzügen den Lesern der Socialistischen Monatshefte vorzuführen die Aufgabe unserer sociologischen Rundschau sein wird. Aus dem Gesagten geht auch klar hervor, warum gerade der deutsche socialistische Leser die weitere Gestaltung der Sociologie in Deutschland mit Aufmerksamkeit verfolgen muss.

Chajm Schilowsky.

### Technik.

Der Stand der technischen Entwicklung unserer Tage scheint, rein äusserlich betrachtet, eine gewisse Stagnation aufzuweisen, die übrigens ursächlich gar nicht mit dem augenblicklich vorhandenen wirtschaftlichen Niedergang zusammenhängt. Es ist auch in der That nicht zu leugnen, dass das ganze letzte Jahrzehnt merkwürdig arm

an grossen und tief einschneidenden Erfindungen gewesen ist: die Wellentelegraphie, die Vervollkommnung des Automobiles, die elektrolytische Darstellung des Calcium-Carbids als Ausgangsmaterial für die Acetylen-erzeugung, das Nernstsche Glühlicht, der Dieselmotor — man kommt wirklich in Verlegenheit, wenn man diese Aufzählung noch vergrössern sollte, — das sind die grossen Schlagere der letzten Jahre, und von den genannten haben weder der Dieselmotor, noch das Nernstsche Glühlicht bisher eine grössere praktische Bedeutung zu erlangen vermocht. Auch das Acetylen steht noch immer im Hintergrund, und das Automobil dient kaum mehr, als blossen Sport- oder Reclamezwecken.

Aber die technische Entwicklung steht heute nicht mehr auf blossen „Schlagern“ begründet, wie in der Zeit der ersten Spinnmaschine oder der ersten Dampfmaschine. Sie hat sich längst consolidiert und ist zu einem in sich festgefügt System geworden. Selbst eine einzelne epochale Erfindung von der Bedeutung des elektrischen Wärme-problems würde aus diesem System nicht mehr herausfallen. Der Zusammenschluss der einzelnen technischen Disciplinen, die wissenschaftliche Durchtränkung der rein empirischen Erfahrungen, die sogar das Erfinden aus dem Rahmen des bloss Zufälligen herausgehoben haben; das sind die charakteristischen Erscheinungen der technischen Entwicklung unserer Zeit; und in dieser Richtung ist noch in keinem Augenblick eine Stagnation zu verzeichnen gewesen. Im Gegenteil! Indem sich die Thätigkeit der Ingenieure mit demselben Interesse auf die technisch vollkommene Durchbildung des anscheinend geringfügigsten Détails wie der gigantischsten Grossthat gerichtet hat, ist die technische Entwicklung im allgemeinen zu einer grossartigen Vertiefung gelangt. An dieser Vertiefung aber hat, und dafür besonders legte die Pariser Weltausstellung, die so ohne jeden „Clou“ verlaufen musste, das glänzendste Zeugnis ab, das letzte Jahrzehnt den intensivsten Anteil gehabt. Natürlich kann es dabei aber nicht wunder nehmen, dass dieser Gang der Entwicklung dem Nichteingeweihten am ehesten entgeht.

Im allgemeinen beruht der Einfluss der Technik auf das ganze Cultur- und Wirtschaftsleben wesentlich auf der Vervollkommnung der Constructionsmaterialien, der Vervollkommnung der Werkzeuge, der Ausnutzung und Verteilung der Naturkräfte, der Verwendung hoher Geschwindigkeiten und hoher Energiespannungen, der Kosten- und Zeitersparnis durch vervollkommnete Arbeitsmittel, der Concentrierung der Energie zur

Bewältigung grosser Aufgaben und der wirtschaftlich richtigen Verwendung der technischen Mittel. Unter diesen Gesichtspuncten sollen deshalb an dieser Stelle fortlaufend einzelne interessante technische Leistungen besprochen und gewürdigt werden.

Besonders markant tritt in den letzten Jahren auf allen Gebieten der Technik die Verwendung hoher Geschwindigkeiten und hoher Energiespannungen als Mittel zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit in Erscheinung. Rasch laufende Werkzeugmaschinen: Fraisen an Stelle des Drehstahls, des Hobels oder des Bohrers in den Fabriken zur Metall- oder Holzbearbeitung; das automatisch arbeitende Werkzeug an Stelle des von Hand und Auge beaufsichtigter; Kraftmaschinen mit hoher Umlaufzahl zum Zweck des directen Antriebes von Dynamomaschinen; Pumpen und Wasserhaltungsmaschinen für directe Verbindung mit dem rasch rotierenden Elektromotor; die Erhöhung der Geschwindigkeit bei den moderner Formänderungsmaschinen aller Art: Webstühlen, mechanischen Spindeln, Holzschleifmaschinen für die Papierfabrication; Rotationsmaschinen für Illustrations- und Mehrfarbendruck; photographische Copiermaschinen mit nach Kilometern zu bemessender Leistung; Formmaschinen in den Giessereien; die Erhöhung des Dampfdruckes und Ueberhitzung des Dampfes bei den Kesseln; Erhöhung des Druckes in den Gas- und Wasserleitungen, um bei gering dimensionierten Leitungen grosse Quantitäten befördern zu können; die dem gleichen Zweck dienende Erhöhung der Spannung bei der Elektricitätsverteilung; die Verwendung immer gigantischer werdender Maschinenaggregate, wie viertausendpferdiger Dampfmaschinen in den Berliner Elektrizitätswerken; — dazu noch hundert andere Maschinenarten und Hunderte von verschiedenen Verfahren: das sind die Mittel der modernen Technik, um die Wirtschaftlichkeit der Production zu erhöhen, ohne dass im Grunde die Qualität des Mittels eine andere geworden wäre.

Auf dem Gebiete des Verkehrswesens treten diese Principien natürlich auch für den Laien am auffälligsten in Erscheinung. Wir Bewohner der Reichshauptstadt sind ja in dieser Richtung allerdings bisher nicht verwöhnt worden. Bis vor kurzem haben wir uns in den Strassen der Stadt noch mit den antiquiertesten Beförderungsmitteln begnügen müssen, und selbst die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Strassenbahnen, die das elektrische Bahnnetz Berlins

bereits jetzt zu dem grossartigsten der ganzen Welt gemacht hat, hat nichts daran zu ändern vermocht, dass die Berliner Verkehrsverhältnisse in Bezug auf die Schnelligkeit so lange rückständig sein werden, so lange nicht der ganze Strassenbahnverkehr aus dem Niveau der Strassen nach oben oder nach unten verlegt sein wird. Der Bau der elektrischen Hochbahn Berlins, die nun allmählich ihrem Ende entgegengeht, wird dieser Anschauung sicher zum Siege verhelfen. Heute steht die elektrische Hochbahn Berlins zunächst nur erste als ein ästhetisches Monstrum da, niemandem zur Freude, allen aber zum Aerger. Wird aber erst der Betrieb eröffnet sein, so wird die Freude an der Zweckmässigkeit auch zu einer ästhetischen Würdigung dieses in seiner Art grossartigen Bauwerkes führen, bei dem die moderne Ingenieurkunst glänzende Triumphe feiert. Wie die ausserordentlichen Schwierigkeiten überwunden worden sind, die sich dem Bau der Hochbahn an den verkehrsreichen Strassen und Plätzen entgegengestellt haben, und die bis ins Ungeheuerliche bei der Ueberschreitung der Potsdamer und der Anhalter Bahn angewachsen waren, davon soll gesprochen werden, wenn die Bahn selbst fertig dastehen wird; heute aber sei bereits einer Anlage gedacht, die, so unscheinbar sie auch aussehen mag, doch von grosser betriebstechnischer Bedeutung ist.

Bekanntlich machen bei den Vollbahnen die sogenannten Niveaure Kreuzungen ganz besondere Sicherheitsvorkehrungen erforderlich, um verhängnisvolle Zusammenstösse zu vermeiden. Dadurch leidet natürlich aber, wenn mit einer raschen Zugfolge gerechnet werden muss, die Schnelligkeit des Verkehrs. Bei der elektrischen Hochbahn nun, die von vornherein eine sehr dichte Zugfolge vorsieht, sollen Züge in beiden Richtungen, sowohl die durchlaufende Linie vom Schlessischen Bahnhof nach dem Zoologischen Garten befahren, als auch in der Nähe des Potsdamer Bahnhofs nach dem Bahnhof Friedrichstrasse abbiegen können. Bei der Berliner Stadtbahn, wo ähnliche Verhältnisse vorhanden sind, hat man sich nicht gescheut, Niveaure Kreuzungen zuzulassen, mit dem Ergebnis allerdings, dass häufig die Züge auf offener Strecke halten müssen, bis die kreuzenden Züge vorüber sind. Hierdurch wird aus Gründen der betriebstechnischen Sicherheit eine obere Grenze der Zugfolge von vornherein festgelegt, die im crassen Widerspruch zu den Verkehrsbedürfnissen der Reichshauptstadt steht. Dieser schwerwiegende Fehler in der ursprünglichen

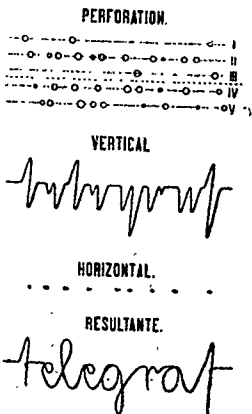
Anlage der Berliner Stadtbahn ist bei der Hochbahn dadurch vermieden worden, dass an keiner Stelle eine Niveaure Kreuzung stattfindet, dass man vielmehr im Interesse eines unbehinderten raschen Verkehrs an der Stelle, wo zwischen Anhalter und Potsdamer Bahn ein Geleisdreieck entsteht, die Züge über- bzw. untereinander fortleiten wird. Während auf der glatten Strecke die beiden Parallelgeleise der Hochbahn in demselben Niveau verlaufen, müssen sie an den Uebergangsstellen ihre Höhen gegeneinander auswechseln. Es entsteht auf diese Weise ein ausserordentlich complicierter Bau, und noch dazu an einer für die Bauausführung recht unbequemen Stelle, wie er in gleicher Weise meines Wissens noch nirgends versucht worden ist, und der auch nur durch die Voraussetzung eines zugleich leichten und festen Materials, des Flussstahls, den man vor einem Jahrzehnt erst in dem bescheidensten Umfange angewandt hatte, ausgeführt werden konnte. Dieses Geleisdreieck, das späterhin Tausende befahren werden, ohne von demselben auch nur so recht Notiz zu nehmen, stellt eine von den in ihren Aeusserungen bescheiden auftretenden, in Wahrheit grandiosen Ingenieurleistungen dar.

\*

In ihrer wirtschaftlichen Bedeutung durchsichtiger ist dagegen eine andere Erfindung, die ebenfalls das Verkehrswesen tangiert, nämlich eine weitere Ausbildung der **Schnelltelegraphie**. Während der sogenannte Morseapparat, der ein aus kürzeren und längeren Strichen zusammengesetztes Alphabet zu übertragen gestattet, eine Leistungsfähigkeit von 25—45 Worten in der Minute und der Hughessche Typentelegraph eine Leistungsfähigkeit von 60—110 besitzt, gestattet der neue Schnelltelegraph von Pollak & Virag eine Telegraphiergeschwindigkeit von 800—1000 Worten in der Minute, und noch dazu in einer deutlich lesbaren gewöhnlichen Cursivschrift. Allerdings ist zunächst erforderlich, dass vorher durch eine besondere Lochmaschine ein Papierstreifen perforiert wird, der nachher die automatische Zeichengebung vermittelt. Da die Herstellung des durchlochten Papierstreifens nicht viel weniger Zeit in Anspruch nimmt, als die Abgabe einer Depesche auf dem Typendruckapparate, so kann der Schnelltelegraph von Pollak & Virag natürlich nur dann zweckmässige Verwendung finden, wenn, wie dies bei der Uebermittlung von Parlamentsberichten der Fall ist, mehrere Depeschen der gleichen Art von einer Centrale aus nach den verschiedensten Orten zu senden sind.

Der Apparat ist so interessant, dass wenigstens ein Worte auf sein Constructionsprincip eingegangen werden soll.

Der perforierte Papierstreifen rollt über Metallwalzen, auf ihm schleifen Metallbürsten. Bei jedem Loche des Papierstreifens trifft Metall auf Metall, und ein elektrischer Stromkreis wird geschlossen. Durch die Anordnung der Löcher in dem Papierstreifen und ihre relative Grösse lassen sich Ströme verschiedener Richtung und verschiedener Zeitdauer nach einem beliebig entfernten Orte übertragen. Diese Ströme wirken auf die Membranen zweier Telephone, von denen die eine einen kleinen Spiegel um eine senkrechte Achse, die andere den Spiegel um eine verticale Achse in kleinem Ausschlage dreht. Auf den Spiegel fällt das Licht einer elektrischen Glühlampe und er reflectiert dieses Licht auf ein bewegtes, endloses Band photographischen Papiers. Gehen nun Ströme verschiedener Richtung durch den Elektromagneten des ersten Telephone, so wird offenbar der Spiegel und damit auch der Lichtstrahl gezwungen, eine auf- und absteigende Bewegung zu machen, die, je nach der Zeitdauer des Stromimpulses, längeren oder kürzeren Ausschlägen entspricht. Auf diese Weise kann man also auf dem photographischen Papiere eine auf- und absteigende Wellenlinie verzeichnen, deren verschieden gerichteten Ausschläge bezw. deren verschieden langen Ausschläge eine verabredete Bedeutung haben können. Nun kommt aber noch die Wirkung des zweiten Spiegels hinzu: dieser giebt dem Lichtstrahle unter Umständen auch noch eine seitliche Bewegung. Durch das berechnete Zusammenwirken der verticalen und der horizontalen Impulse aber ist es leicht, auf dem photographischen Papierstreifen wirkliche Schriftzüge zu verzeichnen, wie sie in der nachstehenden Abbildung sichtbar sind:



Mit technisch durchaus bekannten Mitteln ist hier eine Leistung erzielt worden, die gegenüber dem älteren Telegraphieverfahren etwas qualitativ Neues darstellt. Im Grunde hat aber hier nun genau derselbe Gedanke geherrscht, wie er bei der Construction des erwähnten Gleisdreieckes der Berliner Hochbahn obwaltete: im Interesse der Wirtschaftlichkeit die Schnelligkeit zu erhöhen, ohne dabei doch neue Mittel und neue Principien der Technik zu ersinnen.

Heinrich Lux.

## Kunst.

### Bildende Kunst.

Der Tod Wilhelm Leibls, der am 5. December in Würzburg erfolgt ist, bedeutete für die deutsche Kunst einen schweren Verlust. Leibl stand noch im besten Mannesalter, — er ist sechsundfünfzig Jahre alt geworden, — und seine künstlerische Entwicklung schien noch nicht abgeschlossen, seine Kraft noch im Wachsen; man durfte noch Grösseres von ihm erwarten als er schon geleistet.

Geschichtlich ist seine Stellung in der Geschichte der neueren deutschen Malerei wohl fest. Er war für diese, was die Präraphaeliten der fünfziger Jahre in der englischen gewesen sind. Er trat, wie jene, einer Malerei gegenüber, in der die Leere der nach akademischen Recepten erklügelten Composition und der conventionellen, an fremden Vorbildern geübten Farbengebung durch einen bedeutenden historischen Inhalt verdeckt werden sollte, und er stellte gleich ihnen sein Schaffen auf eine unbedingte Hingabe an die Natur, die so treu, so voller Ehrfurcht war, dass auch das Kleinste ihm nicht zu gering erschien, sie trieb ihn zu einer Detaillierung, die unerreicht dasteht. Es ist natürlich, dass eine so wahre Kunst, deren Technik ganz unerhört schien, besonders auf die werdenden Künstler tiefen Eindruck machte. Wenn ihr Einfluss sich dennoch nicht direct geltend machte, wenn Leibls Richtung nicht, wie die der Präraphaeliten, eine Schule bildete, so lag es daran, dass die allgemeine Entwicklung schon weiter gekommen war; der Impressionismus war in Frankreich entstanden und ausgebildet, und er hatte als vollkommenster Ausdruck dessen, was in der Malerei seit einem Jahrhundert angestrebt wurde, den Sieg errungen; ihm wandten sich auch in Deutschland die aufstrebenden Elemente zu. Leibls Einfluss ist direct daher nur bei ganz wenigen Künstlern zu spüren, der geistige Gehalt seiner Kunst aber, ihr tiefer Ernst und ihre Wahrheit, ist mächtig wirksam gewesen, er hat den jungen Malern der

siebziger und achtziger Jahre die Augen geöffnet, er hat sie von der Schablone befreit und auf die Natur verwiesen.

Auch Leibl hat sich, so selbständig er in seinen reifen Werken war, nicht unabhängig von allen Vorbildern entwickelt. Seine ersten Versuche verraten den Einfluss der Holländer; dann entführte ihn Courbet, der grosse Realist, nach Paris, und er hat sich dort viel von dessen kraftvoller breiter Technik angeeignet, und erst als er sich in den siebziger Jahren unter den bayrischen Bauern niedergelassen hatte, bildete er sich jene stupendespitzinselige Technik, durch die er dann Aufsehen erregte, wohl nicht, ohne dass die Art der alten deutschen Maler ihm entscheidende Anregungen gegeben hätte. In dieser Epoche entstanden die Dorfpolitiker (1879) und In der Kirche (1882), die Bilder, in deren subtiler Feinheit der Geist des jüngeren Holbein wieder lebendig geworden zu sein scheint. Und in der letzten Zeit machte sich in seinen Arbeiten wieder ein gewisser Einfluss der modernen Farbenanschauung bemerkbar; wie sie im ganzen breiter gehalten waren und so mehr an die Werke seiner früheren Zeit erinnerten, so zeigten sie, im Gegensatz zu diesen, eine weichere, mehr auf ein zartes Blau gestimmte Tönung, die sicher nicht ohne die Entwicklung des modernen Colorismus zu erklären ist.

Durch die ganze Zeit seines Schaffens lässt sich bei Leibl ein gewisser Gegensatz verfolgen: in ihm rang der Colorist mit dem Charakteristiker, der sich nicht genug thun konnte in der Wiedergabe der feinsten Einzelheiten. Er war der geborene Maler, wohl der grösste, den die deutsche Kunst unserer Zeit gehabt hat, er beherrschte die malerischen Erscheinungsformen der Dinge mit unfehlbarer Sicherheit und bis ins Kleinste; wie er in einem Gesicht eine Nase, ein Auge, das Absetzen der vielen kleinsten Flächen gegeneinander, wie er das complicierte Spiel der vielfach gebrochenen Lichter darüber sah und so scharf anschaulich im Gedächtnis behielt, dass er es prima heruntermalen konnte, wie er den Stoffcharakter aller Dinge, die Structur eines Kleides wie die Blätter eines Buches gleichmässig kannte und darzustellen wusste, das zeugte von einer spezifisch malerischen Begabung und einer Technik, in der keiner ihm gleichkommt. Er hat die Vereinzelung in einem Teil seiner Bilder so weit getrieben, dass von einer coloristischen Wirkung im eigentlichen Sinne nicht mehr gut die Rede sein kann; man muss nur staunen, und es beweist die Grösse seiner

coloristischen Begabung, dass sie eine so gute malerische Haltung haben und nicht in der Farbe völlig auseinander fallen. Dass er auch ein echter Colorist sein konnte, dessen Farbe einen eigenartigen Zauber hatte, das zeigen Bilder aus allen Epochen, die weichen, goldig-braunen Harmonieen in den Arbeiten seiner Frühzeit, die köstlichen Dachauerinnen aus dem Ende der siebziger Jahre, und gerade schien es, nach seinen zarten Mädchenbildnissen der letzten Zeit, als sollte der feine Colorist in ihm noch zu einer glänzenden Entfaltung kommen, als der Tod diese Entwicklung abschchnitt.

Leibl war der grösste deutsche Bauernmaler. Er hat unter den Bauern in Aibling gelebt und er hat sie geschildert, wie sie sind, ohne sie zu verschönen, ohne sich über sie lustig zu machen oder sie irgend-  
 Da sitzen sie beisammen in ihren Stuben, kaum dass sie miteinander reden. Es liegt eine grosse Ruhe über ihrem Thun. Das giebt Leibls Bildern einen so eigenen Reiz, dass bei aller Detaillierung nichts Zerrißenes, Zersplittertes in sie gekommen ist, dass vielmehr alle diese Elemente zu einer einheitlichen Gesamtwirkung zusammengefasst sind. Leibls Bilder wirken beinahe fremd, wenn sie inmitten anderer moderner hängen; sie verraten nichts von der nervösen Hast des modernen Lebens, dessen Zeugnisse diese naturgemäss sind. Es ist so still in ihnen, sie atmen eine schlichte Grösse, als wären sie von einem jener Alten gemalt, die friedlich in ihrer Clause sassen und mit unendlicher Liebe ihre köstlichen Färblein auf ihre Tafeln malten.

Von der Wiener Moderne handelt ein durch Illustrationen reich unterstützter Aufsatz von Ludwig Abels im Decemberheft der Decorativen Kunst. Der Berliner sieht mit einem gewissen Neide auf Wien. Dort ist wenigstens Leben und Bewegung, die Leute von hüben und drüben erhitzen sich noch um die Secession, die jungen Künstler dringen vor, und während man vor wenigen Jahren kaum etwas wusste von Wiener Kunst, hat sie jetzt auf der Weltausstellung von sich reden gemacht; es giebt also wirklich eine Wiener Moderne! Wir haben ja in Berlin auch unser Secessionöchen, aber alle Jahre einmal eine gute Ausstellung im Sommer, — und dass diese gut ist, dafür können vielleicht auch nur ihre kundigen Leiter, — sonst ist unsere Secession nirgends zu bemerken. Mehr Zutrauen hat man zu der Wiener



Moderne von vornherein schon, weil ein Architekt die Seele des Ganzen ist und die Führung auf kunstgewerblichem Gebiete bei den Architekten liegt. Aeusserlich liegen die Verhältnisse dabei, wie Abels ausführt, nicht einmal günstig. Die modernen Architekten kommen in Wien zu spät; alle die grossen monumentalen Aufgaben, die zunächst vorlagen, hat die vorhergehende Generation in ihrem eklekticistischen Sinne gelöst. Es bleibt ihnen also das Miet- und Familienhaus und das Warenhaus als Hauptfeld der Bethätigung.

Die grösste Bauleistung der modernen Generation ist aber die Anlage eines grossartigen Stadtbahnnetzes in Verbindung mit der Regulierung der die Stadt durchziehenden Flussläufe. Otto Wagner ist der Erbauer dieses Werkes; er ist der Architekt, der dem modernen Wiener Schaffen die Richtung gewiesen hat. Er will den neuen Stil, den „Nutzstil“. Auch er ist von den alten Stilen ausgegangen, wenn er auch von Anfang an die Besonderheiten des Materials berücksichtigt und die Construction nie verschleiert hat, wie dies in seiner Umgebung üblich war; aber er streifte alle Reminiscenzen immer mehr ab. Vor den Abbildungen von der Wiener Stadtbahn wird es dem Berliner freilich weh ums Herz, wenn er an den unförmlichen Wall denkt, der sich durch seine Stadt zieht. Das sind elegante, ansprechende Bauten, die die Stadt zieren.

„Die Stadtbahnbauten,“ schreibt Abels, „bilden ein Werk, das wienerisch im besten Sinne des Wortes und zugleich modern ist, das praktisch ist und doch hübsch. Eine eminente Geschicklichkeit, aus dem praktischen Erfordernis heraus eine den nütternen Bahnhofscharakter glücklich vermeidende, für die Wohnbauten der Umgegend vorbildliche Form zu schaffen, prägt sich in diesen Stationsgebäuden aus. Es hat sich gezeigt, dass Wagner, für den die Construction das oberste Princip der Stilbildung bedeutet, es in der Praxis sehr wohl versteht, die Notwendigkeit durch die Form zu besiegen. Während aber manche Architekten den modernen Eisenconstructions Holz- oder Steincharakter zu geben suchen, sie mit Formgestaltungen der Antike oder Renaissance „behängen“, lässt Wagner das Aeusserere seiner Architektur, wie es die Amerikaner thun, frisch aus sich selber herauswachsen. Bei jeder Station ist der Grundriss aus den localen Bedingungen heraus mit sorgfältiger Abwägung aller Erfordernisse entworfen, die Auswahl des Materials diesen entsprechend getroffen und

in der exacten und sauberen Durchführung zu einer reizvollen Wirkung gebracht.“ Als ein Hinweis darauf, was alles bei einer Stadtbahn sein kann, haben diese Sätze eine allgemeine Bedeutung.

Das Problem des modernen Miethauses, das gegenwärtig bei den Bodenpreisen der Grossestadt nun einmal unumgänglich ist, zu lösen, ist in der That eine grosse Aufgabe für den heutigen Architekten. Wagner sucht auch hier die Consequenzen der Bedingungen, unter denen er arbeitet, in sehr interessanter Weise zu ziehen. Zunächst ist die Abtheilung und Auszeichnung der einzelnen Geschosse, die starke Betonung der Wagerichten, wie sie in Anlehnung an den italienischen Palaststil in heutigen Miethäusern noch fast durchweg geschieht, gänzlich verfehlt, da es sich nicht mehr um die eine „herrschaftliche Wohnung“ in Hauptgeschoss, sondern um die Unterbringung einer ganzen Anzahl Wohnungen, noch dazu in den verschiedenen Stockwerken in gleicher Anlage handelt; der Mietwert der einzelnen Geschosse ist überdies durch Anbringung von Personenaufzügen jetzt ziemlich ausgeglichen. Wagner drückt den Charakter einer Miethausfäçade sehr drastisch wienerisch aus, wenn er sagt, sie wäre „nix anders, als a Kas mit Löcher“, aber recht hat er, wenn er sie so behandelt und sie auch als eine glatte, durch viele gleichwertige Fenster unterbrochene Fläche hinstellt. Wie entsetzlich öde der Eindruck solcher Fensterzeilen ist, wird jeder schon mit Schauern empfunden haben. Während aber in den „vornehmen“ Vierteln der Grossestadt der Architekt durch allerhand künstlerliche Gliederungen die toten Flächen zu beleben sucht, durch mächtige Fensterumrahmungen, vielgestaltige Erker, Balcons, Säulen u. s. w. und dadurch im Strassenbilde ein Liniengekribbel zustande bringt, das einem Uebelkeit verursachen kann, will Wagner im Gegentheil — in Uebereinstimmung mit manchen englischen und belgischen Künstlern — die grossen unformen Massen zu einer einheitlichen Wirkung zusammenfassen. Das abgebildete Miethaus zeigt in der That von der üblichen Gliederung nichts. Die Fenster laufen in einer Reihe hin und haben nicht die Spur einer linearen Umrahmung. An Stelle der sonst beliebten Erker laufen nur vor den beiden unteren Stockwerken über die ganze Fläche einfache, von schlanken Eisensäulen gestützte Balcone mit hübschem Gitterwerk hin, und an der Seite ist durch alle Stockwerke je ein ein springender Erker eingebaut. Die Wirkung ist ganz durch die ausgedehnten, ent-

sprechend decorierten Flächen erzielt, die oben durch ein stark ausladendes schützendes Gesims abgeschlossen werden. Alles Détail ist einfach, die künstlerische Einheit wird durch die rhythmische Wiederholung gegeben. Völlig zusammengeschlossen aber ist dieses System durch eine einheitliche ornamentale Behandlung der ganzen Fläche der vier oberen Stockwerke. Zur Herstellung derselben nahm der Künstler Majolicafiesen mit eingebrannten Farben, mit denen er erst lange experimentieren musste, ehe er die technischen Schwierigkeiten überwand. Die ganze Fläche ist so mit einem zusammenhängenden grosslinigen System farbiger Ornamente bedeckt, die durch die Fenster einfach unterbrochen werden, sich aber doch für den Eindruck überall zusammenschliessen. Da wären wir also auch bei dem Grosstadtmiethause wieder bei der Farbe angelangt, die schon aus so vielen modernen Nöten als einzige Retterin erschien. Wagners Arbeiten auf diesem Gebiet sind jedenfalls der höchsten Beachtung wert. Im Innern sind die Häuser sehr einfach gehalten, mit weissem Verputz an den Wänden, die Decken nur mit linearer Zeichnung, die Zimmer nicht zu gross, mit grossen Fenstern und kleinen Thüren, vor allen Dingen vorzüglich angeordnet.

Wagner ist Wiener Akademieprofessor. Er hat auf die werdenden Architekten einen grossen Einfluss. Josef Olbrich, der jetzt in die Darmstädter Künstlercolonie Berufene, Josef Hofmann, der gegenwärtig Professor an der Wiener Kunstgewerbeschule ist, und Leopold Bauer sind die bedeutendsten der aus der „Wagnerschule“ hervorgegangenen Künstler.

**Kurze Chronik.** Henry van de Velde, der bedeutendste moderne decorative Künstler, ist von Brüssel nach Berlin übersiedelt. Er hat die künstlerische Leitung des Hohenzollern-Kunstgewerbehause übernommen, in dessen Räumen er jetzt eine Ausstellung seiner vollständigen Zimmereinrichtungen, Schmucksachen und Beleuchtungsgegenstände veranstaltet hat. — Unter der Firma: Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk, Stuttgart, hat der Maler Hagendorn auch eine Vereinigung schwäbischer Künstler und Kunstgewerbetreibender im gleichen Sinne, wie die entsprechenden in München, Dresden, Berlin, gegründet.

Oskar Bernhard.

### Litteratur.

Am 2. December starb im Alter von 32 Jahren Ludwig Jacobowski. Sein Tod

wurde als ein um so härterer Schlag empfunden, als er so vollkommen unerwartet hereinbrach. Eben hatte man ihm noch die Hand gedrückt, eben noch gelacht über irgend eine seiner geistvollen oder kecken Aeusserungen, man war ihm noch Dank schuldig für irgend eine besondere Liebenswürdigkeit, und da musste man ihm schon das Geleit geben zur letzten Ruhe. Es war ein allgemeines Trauern bis in weite Kreise hinein, denn man kannte den Verstorbenen als Persönlichkeit oder als Schriftsteller mehr, als er wohl selber ahnte. Seine Liebenswürdigkeit im Verein mit einer kräftigen, zielbewussten Männlichkeit und sein Bestreben, junge Talente und Verkannte zur Geltung zu bringen, sicherten ihm überall die Sympathien.

Für die künstlerische Persönlichkeit kommen die Novellen und Romane, mit Ausnahme des letzten; Loki, weniger in Betracht, als seine Gedichte, da, nach seinen vollendeten Arbeiten zu urteilen, die höchste Begabung des Verstorbenen auf dem Gebiet der Lyrik lag. Ein letzter dramatischer Versuch, Glück, wird in der nächsten Zeit über die Bretter gehen. Die letzte Gedichtsammlung, Leuchtende Tage, giebt uns das reifste und klarste Bild des Dichters, da er uns darin eigenstes aus seinen Erlebnissen und eigenstes aus seiner Gedankenwelt bietet. Immer hat man die Empfindung, als ob sich bei ihm ungezwungen Gedanke zur Ausdrucksform gefunden, und das verleiht den Gedichten etwas Harmonisches.

Jacobowski war vor allem klar, als Intelligenz und als Charakter; mit dieser Klarheit erfasste er die Zusammenhänge der verschiedenen Erscheinungen von Welt und Menschen, und wenn er, von den realen Verhältnissen ausgehend, uns in die Höhe führte, so waren das die Bergeshöhen, auf denen uns die freie Luft erquickt, und nicht neblige Fernen, in denen sich die Seele verliert. Weil er nur so weit ging, als der menschliche Fuss zu tragen vermag, so durfte er es auch unternehmen, andere zu führen, wie er dies ganz besonders durch die Herausgabe der früher an dieser Stelle gewürdigten Lieder fürs Volk versuchte. Der Erfolg lehrte, wie sehr er das Richtige getroffen.

Ida Häny-Lux.

**Kurze Chronik.** Von Stefan George ist Der Teppich des Lebens und die Lieder von Traum und Tod, mit einem Vorspiel, das bisher nur in der von Lechter besorgten schwer zugänglichen Luxusausgabe erschienen war, jetzt bei Georg Bondi (Berlin) auch in der einfachen Ausgabe zu haben

3.50 Mk.). — Von Jonas Lie ist ein Drama: Wulffin & Co. in der vom Dichter besorgten deutschen Originalausgabe gleichzeitig mit der norwegischen Ausgabe bei Albert Langen (München) erschienen — Seit dem October sind zwei neue Zeitschriften entstanden, in Hamburg Der Lotse, Hamburgische Wochenschrift für deutsche Cultur, und in Düsseldorf Die Rheinlande, Monatsschrift für deutsche Kunst. Eine dritte provinzielle Zeitschrift: Das Kunstgewerbe in Elsass-Lothringen wird seit einem halben Jahr von den Professoren Anton Seder und Friedrich Leitschuh in Strassburg herausgegeben. Das Erscheinen einer vierten: Südwestdeutschen Rundschau für deutsche Art und Kunst vom 1. Januar ab wird in Frankfurt a. M. angekündigt. Es hat den Anschein, als ob in Deutschland eine Bewegung zur Decentralisation wieder ziemlich früh eintrete. In allen vier Zeitschriften wird die Bedeutung der Provinzen im deutschen Culturleben betont.

Oskar Bernhard.

### Theater.

Die für die Theater stille Zeit vor Weihnachten hat in Berlin nur ein Ereignis gebracht, das hier zu erwähnen ist. Der Akademische Verein für Kunst und Litteratur hat den Versuch gewagt, die Orestie des Aischylos auf die Bühne zu bringen. Am 24. November wurden alle drei Teile in vier und einhalb Stunden im Theater des Westens aufgeführt. Die Uebersetzung von Wilamowitz-Moellendorf war zu Grunde gelegt, Hans Oberländer hatte sie für die Bühne bearbeitet, und Max Schillings hatte eine Musik dazu componiert, die in das Werk einführen und es an entscheidenden Stellen begleiten sollte.

Das Werk hat eine gewaltige Wirkung geübt, sowohl bei dieser ersten Aufführung als auch in den Wiederholungen, die schnell darauf gefolgt sind. Dasselbe wird aus Wien berichtet, wo im Burgtheater eine Aufführung der Orestie veranstaltet wurde. München will jetzt folgen, in Kiel trägt man sich mit der Absicht, eine Aufführung zu versuchen, — es scheint in der That, dass hier nicht eine flüchtige Laune zu einem theatralischen Experiment geführt hat, sondern dass das Werk in der Stimmung der Zeit einen Widerhall weckt, dass es Empfindungen auslöst, die im Theater zu erleben man sich sehnt. Man fühlte wohl, dass man hier vor einer „grossen Kunst“ stand, nach der zu rufen die Kritik in der letzten Zeit nicht müde wird. Es ist hier nicht Raum, von diesem Werke des Aischylos eingehend zu sprechen; es bleibt

nur zu berichten, wie es in der Gestalt wirkte, in der man es in Berlin vorführte.

Während der ersten beiden Teile der Trilogie, dem Agamemnon und den Choe-phoren, legte man sich über die Darstellung kaum Rechenschaft ab. Mit solcher dramatischer Wucht rauschte die Dichtung an den Zuschauern vorüber, dass man ihr völlig gebannt folgte, und erst die spätere Reflexion liess erkennen, was da bei den Darstellern alles fehlte. Die Bühne machte kaum einen anderen Eindruck, als sonst, wenn griechische Gebäude die Coullissen bilden; man hatte absichtlich jedes „archäologische Experiment“ vermieden und die Aufführung möglichst den Bedingungen unserer Bühne angepasst, wie ja Wilamowitz, der geistige Leiter des Unternehmens, auch in seiner Uebersetzung die Sprache möglichst unserem Gebrauch entsprechend behandelt hatte. In dem engen Rahmen vollzog sich nun das ungeheure Drama auch in Formen, die von den heute üblichen nicht allzu sehr entfernt waren. War so seine äussere Gestalt völlig verwandelt, so wirkte es doch wie eine Offenbarung über das Wesen des Dramatischen, die gewaltige Steigerung in dem Aufbau der Handlung, von dem Einzug des Agamemnon bis zu seiner Ermordung, die der Zuschauer durch die Seherin kommen sieht, zu verfolgen. Man war erschüttert durch die Entfesselung der Leidenschaften, man bewunderte die Grösse der Charaktere, und man war überrascht durch die Tiefe der Psychologie. Das hatte man beim alten Aischylos wohl am wenigsten erwartet; man wusste es doch von der Schule her, dass die Psychologie erst mit Euripides in das attische Drama gekommen ist. Es war eine der alten Meinungen, die das jetzt für diese Dinge wieder geschärfte Auge auch in ihrer Nichtigkeit erkannte. Die Regie hatte in den Choe-phoren unverständig gestrichen, aber es blieb doch noch genug von dem dramatischen Bild des furchtbaren Seelenkampfes in Orestes, dessen Innerstes sich gegen die ihm aufgetragene Rache sträubt — das Urbild des Hamlet! Und dieses Ringen um den Entschluss, diese tiefste Psychologie ist in dramatische Handlung umgesetzt; in Rede und Gegenrede der einzelnen Personen steigert sich die Rachestimmung in mächtigem Aufbau, immer tiefer bohren sie sich in sie hinein, bis sie sie ganz umfängt und der fürchterliche Entschluss feststeht! Noch einmal wird Orestes wankend — unmittelbar vor der That, als die Mutter vor ihn tritt. Den letzten Zweifel besiegt der Hinweis auf Apollon, auf das Recht. Und nach der

That jenes erschütternde Bild seelischer Entwicklung; wie in Orestes, der zuerst über seine That triumphiert, die Reue aufkeimt, sein Geist sich umnachtet und er, von den Rächerinnen wie ein Wild gehetzt, davonstürzt.

Umstritten war der dritte Teil, die Eumeniden. Hier versagte die Darstellung, die bis dahin im allgemeinen nicht gestört hatte, vollständig. Der schauerliche Rachechor wirkte sehr wenig schauerlich, und der Schluss war ein echtes „lebendes Bild“, tot wie alle Veranstaltungen dieser Art. Diese Darstellung trug wohl auch die Schuld, dass die Grösse der Schlusscene nicht erkannt wurde; sie erschien wie angehängt, und man behandelte sie auch wie eine patriotische Zuthat des Aischylos, die für die Athener sehr erhebend gewesen sein mag, — man dachte unwillkürlich an den Schluss der Meistersinger — uns aber eigentlich nichts anging. Es scheint mir, dass eine solche Auffassung das tiefste Wesen der ganzen Trilogie verkennt. Es giebt kein grandioseres Culturbild, als diese Orestie: die Ueberwindung des Rachedankens durch die Gnade. Alles darin baut sich auf diesem Grunde auf. Alle Greuel des fluchbeladenen Atridengeschlechts, in dem furchtbare Schuld immer neue Schuld geboren, werden entfaltet, alle Schrecken der Rachethaten führt der Dichter auf, um dann die verhängnisvolle Kette an den Punkt zu führen, wo die alten Urgesetze des Blutrechts durch die Gnade abgelöst werden. Innerlich ist dieses Recht schon überlebt, Orest folgt ihm nicht mehr aus innerem Triebe, sondern gedrängt durch seine starre Satzung: in der grossen Gerichtssitzung auf dem Areopag wird es besiegt. Man hat sich viel aufgehalten über die Sophismen, mit denen Apoll den Gerichtshof zu gunsten des Orestes stimmen will. Nicht in diesen liegt die Entscheidung, nicht das Urteil über Orestes, sondern die Versöhnung der Rächerinnen ist das Wesentliche dieses dritten Teils. Noch droht der wild erregte Chor der Erinyen sich an dem ganzen Lande zu rächen, weil ihm das Opfer entgangen ist; erst mit ihrer Bekehrung in die Eumeniden, die Gnädigen, ist die Rache überwunden, und sie ergeben sich, nachdem ihre Macht durch den Richterspruch der Geschworenen gebrochen ist. Und zugleich übernimmt der Mensch selbst die Ausübung der Rechtsprechung von den Göttern. So wird in grossen Symbolen ein grosser Culturfortschritt gefeiert.

Das Bild dieser Handlung blieb die Regie schuldig. Sie zeigte nichts von dem letzten Aufbäumen, dem letzten Kampf der Erinyen um ihre Herrschaft, und auch die Leistungen

der übrigen Schauspieler in diesem Teile genügten an keiner Stelle.

Im besonderen ist noch der Behandlung des Chores zu gedenken. Viel stärker, als bei Sophokles, nimmt er bei Aischylos an der Handlung teil, er ist viel leidenschaftlicher bewegt. Man hatte die Chöre zum grossen Teil in Einzelgespräche aufgelöst und liess sonst in verschiedenen Stimmlagen sprechen. Ganz allgemein hätte er wohl noch viel lebendiger gestaltet werden können. Die Greise im ersten Teil füllten ihre Stelle leidlich aus, die Choephoren und, wie schon erwähnt, die Erinyen genügten gar zu wenig.

Ob die Orestie des Aischylos der Bühne gewonnen sein wird? Sollen die Griechen, gegen die sich die moderne Bewegung in ihren Anfängen mit solcher Entschiedenheit wendete, wieder einmal in die Bewegung als wirkende Kraft eingreifen?

**Kurze Chronik.** Das Berliner Schauspielhaus fährt fort, die Werke Hebbels neu zu beleben. Am 1. December brachte es mit Erfolg Agnes Bernauer. — Nach Aischylos kam Aristophanes auf einer Berliner Bühne zu Wort, allerdings viel stärker umgearbeitet. Adolf Wilbrandt hat aus Lysistrate und den Ekklesiazusen ein Stück, Frauenrache, gemacht, das im Berliner Theater am 15. December aufgeführt wurde. In dieser Form wirkte es stark. — Ein neues Drama von Gerhart Hauptmann: Michael Kramer kam am 21. December im Deutschen Theater zu Berlin zur Erstaufführung. Der Erfolg beim Publicum war gering, für die Entwicklung des Dichters scheint das Drama von Bedeutung. Ausführlicheres im nächsten Heft. *Oskar Bernhard.*

## Diversa.

### Bücher.

**Landesrat Dr. Liebrecht: Reichshilfe für Errichtung kleiner Wohnungen.** Göttingen; Vandenhoeck & Ruprecht. 1900.

Die sehr inhaltreiche kleine Schrift ist in der Sammlung von Wohnungsreformschriften des Vereins Reichswohnungsgesetz erschienen. Bekanntlich hat die socialdemokratische Reichstagsfraction den Antrag gestellt: die Reichsregierung wolle baldigst einen Gesetzentwurf über die Beschaffenheit der Wohnungen und über die Wohnungsinspektion einbringen. Nun lässt sich eine tiefgreifende Wohnungsinspektion, welche die gesundheitsgefährlichen Wohnungen von jeder Vermietung ausschliesst, nur dann durchführen, wenn die Gesellschaft zugleich für das Wohnungsbedürfnis dieser aus den schlechten Behausungen hinausgeworfenen

Mieter sorgt. Im anderen Falle kann die Wohnungsinspektion nur eine Verschlimmerung des Wohnungselends hervorrufen. In Harburg z. B. glückte die Durchführung einer Polizeibestimmung, die die allerschlechtesten Wohnungen, die Kellerwohnungen schloss, erst mit der umfassenden Thätigkeit einer staatlich subventionierten Baugenossenschaft. Jeder weitsichtige Wohnungsreformer muss daher sein Augenmerk auf die Production kleiner, preiswerter Wohnungen richten. Von diesem Gedanken ist gleichsam die verdienstvolle Arbeit des Herrn Landesrat Dr. Liebrecht getragen. Herr Dr. Liebrecht betraut in erster Linie die Landesversicherungsanstalten mit der wichtigen Aufgabe, die Production kleiner, billiger Wohnungen zu befördern. Den Landesversicherungsanstalten soll die Wohnungsfürsorge gesetzlich auferlegt werden. Diese Anstalten haben den Baugenossenschaften, den gemeinnützigen Bauvereinen etc. ihre beträchtlichen Mittel zu niedrigem Zinsfuß (3—3 $\frac{1}{4}$ ) vorzustrecken. „Wenn nun,“ schreibt Herr Dr. Liebrecht, „die Anstalten nur bis zu Dreiviertel ihres Vermögens derartig anlegten, so würden gegenwärtig (das Gesamtvermögen betrug Ende 1897 ca. 539 Millionen) wohl ca. 500 Millionen für diesen Zweck verfügbar sein.“ Der Herr Landesrat will ferner die Landesversicherungsanstalten mit dem Rechte ausstatten, grössere Darlehen aufzunehmen, damit sie mit riesigen Geldmitteln die Herstellung billiger Wohnungen unterstützen können. Den Landesversicherungsanstalten stehen in den Rentenstellen die erforderlichen Organe zur Verfügung, um die Wohnungsfürsorge local betreiben zu können. In den Rentenstellen, sowie in den Landesversicherungsanstalten sind aber die versicherten Arbeiter selbst vertreten. Es muss nach unserer Ansicht ein besonderer Nachdruck auf die selbstverwaltende Thätigkeit dieser Organe für Wohnungsreform gelegt werden. Die Landesversicherungsanstalten haben sich deshalb nach der demokratischen Seite hin weiter auszugestalten. Diese demokratischen Landesversicherungsanstalten mit umfassenden lokalen Selbstverwaltungsorganen könnten sehr Erhebliches auf dem Gebiete der Wohnungsreform leisten. Natürlich dürften diese Anstalten ihre Mittel nur den Baugenossenschaften und den gemeinnützigen Bauvereinen vorstrecken und nicht den Unternehmern. Die grossgedachten Vorschläge des Herrn Landesrat Liebrecht verdienen die eingehendste Beachtung aller Wohnungsreformer.

*Paul Kampffmeyer.*

**Sigmar Mehring: Die französische Lyrik im XIX. Jahrhundert.** Mit eigenen Uebertragungen. Grossenhain und Leipzig; Verlag von Baumert & Ronge. 1900.

Der bekannte und verdienstvolle Redacteur des Ulk, der als einziges Opfer der Dreyfus-Affaire diesseits der Vogesen jetzt in Weichselmünde über die feige That von Rennes nachdenken kann, hat als hübsche Gabe soeben einen Band französischer Lyrik erscheinen lassen. Es ist das Buch zugleich eine kleine sehr geschickte zusammengestellte Litteraturgeschichte, wobei im allgemeinen der Standpunkt der socialen Lyrik mehr betont wurde. Die Uebertragungen sind ausserordentlich gut, was bei der kolossalen Schwierigkeit der Arbeit nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Eine Sprachkenntnis, die fremdländische Gedichte verstehen lässt, ist auch unter den Gebildeten eine so seltene Sache, dass man jedem dankbar sein muss, der uns gute Uebersetzungen bietet. Und zumal in diesem Falle, wo die Gedichte, jedes für sich von hohem Reiz, zusammen ein Bild der merkwürdigen Entwicklung der für uns Deutsche in formaler Hinsicht so merkwürdigen französischen lyrischen Kunst geben. Das Buch, das nicht mehr verspricht, als es hält, verdient es, viel gelesen zu werden.

*Ida Hänj-Lux.*

**Paula und Richard Dehmel: Fitzebutze. Allerhand Schnickschnack für Kinder.** Mit Bildern von Ernst Kreidolf. Im Insel-Verlag bei Schuster & Löffler. Berlin und Leipzig. Weihnachten 1900.

Fitzebutze ist der Hampelmann der kleinen Detta, den sie auf Vaters grossen, grünen Stuhl setzt, um ihm alle schönen Kinderversen vorzusagen, die er ihr leise nachsprechen soll. Als er aber bis zum Schluss still bleibt und auch auf ihr Versprechen, sie beide zu König und Königin zu machen, gar nicht reagiert, wirft sie ihn ärgerlich an die Erde, wo er dann in seiner ganzen platten Armseligkeit daliegt. Dieses ist der Rahmen, in den die dazwischen liegenden Verse und Gedichte gefasst sind. Man betritt mit diesem Buch eine Welt, die uns Grossen beinahe fremd geworden, hier aber zu neuem Leben erweckt ist. Das Eigenartige der Kinderphantasie und Kinderanschauungsweise tritt uns in seiner ganzen Lebendigkeit und Frische entgegen. da giebt es keine Phantasie ausserhalb einer wirklichen Welt, auch keine Wunder, denn den Kinderaugen ist alles gleich wunderbar, alles gleich natürlich; sie sehen ohnehin nirgends einen Zusammenhang, und so schwirrt Wirk-

lichkeit und tolle Phantasie in lustigstem Tanze durcheinander, eine unsinnige Vorstellung wird von einer noch verdrehteren abgelöst. — Und wodurch werden alle diese wahnsinnigen Ideensprünge zusammengeknüpft und gehalten? Nur durch Reim und Rhythmus, die in diesen Dehmelschen Versen von geradezu zwingender Gewalt sind, wie in der monumentalen Strophe:

„Ich bau, ich bau ein steinern Haus,  
vorne kuckt ein Esel 'raus  
hinten eine Kuh,  
muh.“

Man kennt diesen Stil von den Abzählreimen der Kinder her, der hier auf das Glücklichsche erweitert und bereichert ist.

Ich bewundere die Kreidolfischen Bilder noch mehr, als die Verse; sie repräsentieren auf dem Gebiet der farbigen Kinderillustrationen einen neuen Stil. Wenn auch der Struwpeter allen Anforderungen der Kinder an Deutlichkeit und Vollständigkeit entsprach, so war er doch mit allzu wenig Phantasie ausgestattet, während hier in den Farben und in der Freiheit, mit der Kreidolf die Formen schafft, sich ein starkes künstlerisches Empfinden ausspricht, ohne dass der kindliche Massstab aus den Augen verloren wird. Mit staunendem Eifer werden die Kinder diese Bilder ansehen; mit seinem gelben Kleide, seinen schwarzen, spärlichen Haaren am Kinn wird der Fitzbutze für das Kind bald eine wichtige, wohl bekannte Person sein, halb unheimlich durch seine Hässlichkeit; dann der Freund Husch, der auf Pfauenfedern herab zu den schlafenden Kleinen läuft, die abgepuschete Muhme Butterblume, die ganze Herrlichkeit des Kaufmannsladens mit Kamel, Vogel Strauss u. s. w., das sind Bilder, die die kindliche Phantasie unmittelbar in sich aufnehmen wird.

Zwei der Illustrationen bekommen, ohne ihre Kindlichkeit zu verlieren, einen mehr bildartigen Charakter, Weihnachtsmann und Maiwunder. Beim letzten besonders rührt die fromme Feierlichkeit, mit der die dünnbeinigen Engelchen ihre Frühlingsmusik machen, zu der die beiden Paare mit der kleinen Geiss unten auf der Wiese ihre Sprünge thun. Auch das Gedicht hierzu entfernt sich etwas von Kinderton: reichere Töne klingen an.

Bei dem lieben Weihnachtsmann klettert Knecht Ruprecht oben in Baumgipfeln von einem Ast zum andern, und unten — dunkler Abend ist's — liegt das Häuschen mit den hellen Fenstern, ein Knabe geht entlang, und an einem Baum ist das Weihnachtseiseln angebanden.

Lisbeth Stern.

## Reuven.

In der *Humanité Nouvelle* spricht sich Félix Régamey in einem ausführlichen Artikel über Japan in folgender Weise aus: Als Japan den Sieg über China errungen, sprach man in Europa laut und leise aus, dass gegen einen Feind, wie die Chinesen, der Sieg eine Kleinigkeit sei, und zog die absolute Kriegstüchtigkeit der Japaner mit mehr oder weniger überlegenem Lächeln in Frage. Die jüngsten Ereignisse haben aber Europa eines andern belehrt. Wenn man die Ereignisse vom Frühling dieses Jahres bis zur Einnahme von Peking verfolgt, so findet man überall in erster Linie mit dem grössten Heldenmuth kämpfend die Japaner. Die Berichte verschiedener französischer Officiere stimmen in diesem Urteil überein. Unser Gewährsmann sagt ausdrücklich, dass ohne die Japaner die Europäer in China glattweg verloren gewesen wären. Auch der französische Gesandte betont in einem Schreiben an den Minister des Auswärtigen, dass die Japaner mit einem Mut und einer Kriegstüchtigkeit vorgegangen sind, die über jedes Lob erhaben sei.

Auch über die Disciplin, die Verpflegung und vor allem die meisterhaft functionierende Ambulanz der japanischen Truppen sind die französischen Berichte des Lobes voll. Nach dem Gefechte von Taku hatte keine europäische Macht, nicht einmal das reiche England irgend welche Vorkehrungen für die Verwundeten getroffen, da erschien das „japanische Rote Kreuz“, das sofort vier Aerzte und 44 Krankenpfleger zur Verfügung stellte.

Seit dem Jahre 1889 ist in Japan die neue Constitution ins Leben getreten, die sich vollkommen auf das Repräsentativsystem stützt und dem Volke selbst die weitestgehenden Concessionen gestattet. Um diese Constitution entbrannte aber ein heisser Kampf zwischen den verschiedenen Parteien, aus dem schliesslich das heutige, aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengesetzte Ministerium sich herausbildete, das zur Erreichung seiner Ziele, die sich auf die innere Ausgestaltung der ökonomischen Verhältnisse des Reiches beziehen, bei den europäischen Staaten Anleihen erheben will. Die öffentliche Meinung, die zuerst vollkommen gegen derartige Verbindungen mit dem Auslande war, ist heute fast einstimmig dafür.

Vorderhand scheint Japan die meisten Sympathieen für Frankreich zu haben, und infolge der Ausstellung ist sogar eine besondere Société Franco-Japonaise ins Leben getreten.

Ida Häny-Lux.